

DER ZWEITE WELTKRIEG LAST ODER CHANCE DER ERINNERUNG?

WIDERSPRUCH GEGEN DAS EHRENMAL
DER 35. INFANTERIE-DIVISION IN KARLSRUHE

SYMPOSIUM AM 6. NOVEMBER 2014 IN DER ERINNERUNGSSTÄTTE STÄNDEHAUS



**STADTARCHIV
KARLSRUHE**
HRSG.

Der Zweite Weltkrieg – Last oder Chance der Erinnerung?
Widerspruch gegen das Ehrenmal der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe

STADTARCHIV KARLSRUHE
(HRSG.)

**Der Zweite Weltkrieg -
Last oder Chance der Erinnerung?**
Widerspruch gegen das Ehrenmal der
35. Infanterie-Division in Karlsruhe

Symposium am 6. November 2014
in der Erinnerungsstätte Ständehaus

INFO VERLAG

Inhalt

Herausgeber
Stadt Karlsruhe, Stadtarchiv
durch Ernst Otto Bräunche und Jürgen Schuhladen-Krämer

Redaktion
Jürgen Schuhladen-Krämer

Produktion
Info Verlag GmbH
Karlsruhe · Bretten
www.infoverlag.de

Titelbild
Ehrenmal der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe beim Haydnplatz
zwischen Nördlicher und Südlicher Hildapromenade

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.



Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier gedruckt.

© 2015 · Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck, auch auszugsweise, ohne
Genehmigung des Verlages nicht gestattet.

ISBN 978-3-88190-823-8

SUSANNE ASCHE Einführung zum Symposium	7
Programm des Symposiums am 6. November 2014 in der Erinnerungsstätte Ständehaus	13
RENÉ ROHRKAMP Ozarichi 1944 – Die Beteiligung der 35. Infanterie-Division an einem Kriegsverbrechen gegen Zivilisten	15
HANNES HEER Der Mythos von „der sauberen Wehrmacht“ – Das Ende einer Debatte und der Beginn einer neuen	29
MATTHIAS ROGG Totengedenken in der Bundeswehr – der lange Weg zum Ehrenmal	55
BILL NIVEN „Das Ende der Schuld“	73
SYLVIA SCHRAUT Der schwierige Umgang mit dem kommunalen Gedenken an die Kriegstoten	83

Einführung zum Symposium

Geschichtliche Erinnerung folgt meist Jahrestagen – der 100. oder 75., der 25. oder auch der 10. Jahrestag bieten jeweils einen Anlass, Geschehnisse öffentlich in Erinnerung zu rufen. Das Jahr 2014 war ein sehr herausragendes Datum für das Gedenken: 100 Jahre Beginn Erster Weltkrieg, 75 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs, 25 Jahre Mauerfall und 10 Jahre EU-Osterweiterung. Überblickt man diese zunächst sehr unterschiedlichen historischen Ereignisse insgesamt, so ermöglichte das Jahr 2014, an Siege und Niederlagen – um in der Sprache des Krieges zu bleiben – in dem Streben nach Frieden und Demokratie zu erinnern.

Doch hier soll das Gedenken an den Krieg im Zentrum stehen: Der Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren brachte eine nie dagewesene Anzahl an Publikationen, Vorträgen, Konferenzen, Medienbeiträgen, Kunstdarbietungen und -auseinandersetzungen, Exkursionen und Ausstellungen, die der Erinnerung an diesen Krieg und seine Folgen gewidmet waren. Dies überlagerte alle anderen historischen Narrative des Jahres.

Auch die Stadt Karlsruhe trug dazu bei: Im Frühjahr fanden die Europäischen Kulturtage zum Thema „Frieden und Krieg 2014/1914“ statt. Im Herbst endete die große stadthistorische Ausstellung „Der Krieg daheim“, die mit einer umfangreichen gleichnamigen Publikation verbunden war. Stellten die Kulturtage den Ersten Weltkrieg in den großen Zusammenhang europäischer Geschichte, so standen unter dem Schlagwort „Der Krieg daheim“ die unmittelbaren Auswirkungen und Folgen in Karlsruhe im Mittelpunkt.

Vor allem aber erwachte in diesem Erinnerungsjahr erneut eine Diskussion, die eher als abgeschlossen galt – die Frage nach der deutschen Kriegsschuld von 1914.

Erinnerung an Vergangenes ist immer geprägt durch die Gegenwart, aus der heraus erinnert wird. Häufig geht es um den Versuch, der Vergangenheit einen

JÜRGEN SCHUHLADEN-KRÄMER	
Das Denkmal der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe – Einfluss und Legendenbildung „alter Kameraden“	93
UTE FAHRBACH-DREHER	
Vom Umgang mit „schwierigen Denkmälern“ – abräumen oder damit leben?	111
JENS RÜGGERBERG	
Tübingen: Streit um ein Denkmal – Positionierung und Verlauf eines Streits um das Gedenken	123
Autorinnen und Autoren	136

Erkenntniswert für die Gegenwart zuzusprechen, d.h. es geht häufig nicht nur um eine wissenschaftliche Kontroverse, sondern auch um eine von Aktualitäten geprägte Debatte über die Historie. So mündeten die Diskussionen über Christopher Clarks Publikation „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ und die Bewertung dieses Buches sogleich in Einschätzungen der gegenwärtigen Situation.

Denn die derzeitigen europapolitischen und weltpolitischen Konflikte weisen – so schräg und falsch historische Vergleiche immer sind – eher darauf hin, dass wir uns in einer Welt befinden, die näher an 1913 denn – als willkürlicher Vergleich – an 1989 liegt. Europa ist umgeben von Krieg.

Die Erinnerungen an und der Rückblick auf den Ersten Weltkrieg wirkten vor dem Hintergrund dieser Situation wie eine Mahnung. Vor allem aber waren sie in Europa geprägt durch den Wunsch nach Versöhnendem, nach Gemeinsamem.

Hier sei erinnert an die große Geschichtsserie bei ARTE „14 – Tagebücher des Ersten Weltkriegs“, die auf Tagebüchern und Briefen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges von Menschen aus allen am Krieg beteiligten Nationen basierte. Alle Texte – gleichgültig ob von Belgiern, Franzosen, Russen oder Deutschen verfasst – erzählten Geschichten von Angst, Verlust, Trauer und Hoffnung.

Das große deutsch-französische Projekt „Menschen im Krieg 1914–1918 am Oberrhein“, für das das Generallandesarchiv Karlsruhe und die Archives Départementales du Haut-Rhin verantwortlich zeichneten, war von dem gleichen Blick auf die Vergangenheit gezeichnet.

Im Rahmen der schon erwähnten Europäischen Kulturtage gab es ein deutsch-französisches Projekt zweier Künstler, die sich der Vergangenheit mit Blick auf Risse, Verstörendes und auch Berührendes näherten. So verteilten sie das Wasser, das einer Quelle entstammt, aus der vor hundert Jahren die Soldaten zweier feindlich gegenüberliegender Schützengräben getrunken hatten.

Mit anderen Worten: an den Ersten Weltkrieg wurde und wird erinnert, um die zerstörerische Sinnlosigkeit dieses Krieges zu zeigen und um daraus Kraft und Ermutigung zu schöpfen, ein friedliches Europa zu schaffen und zu erhalten.

Dagegen führte die Erinnerung an den 75 Jahre zurückliegenden Beginn des Zweiten Weltkrieges – es wäre ja die Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen 1939 gewesen-, nur ein Schattendasein. Es gab kaum Veranstaltungen und Publikationen zu dem Thema, auch das Feuilleton verhielt sich auffallend ruhig.

Doch das Symposium „Der Zweite Weltkrieg – Last oder Chance der Erinnerung? Widerspruch gegen das Ehrenmal der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe“ stellte den Zweiten Weltkrieg ins Zentrum und bewies, dass die Erinnerung daran immer noch sehr viele Fragen aufwirft und die deutsche Gesellschaft immer noch dazu auffordert, eine politische Haltung zu entwickeln und öffentliche Diskussionen darüber zu führen, wie an was und an wen erinnert werden soll. Der öffentliche Raum als Ort der Inszenierung öffentlicher Erinnerung nimmt hier eine zentrale Funktion wahr: Es geht um Denkmäler für Soldaten.

Gegenüber 1914 ist das Erinnerungsdatum 1939 als „Auftakt des Vernichtungskrieges“ nicht nur schmerzhaft, sondern auch aufwühlend, denn die Erinnerung an 1939 zieht unausbleiblich die Fragen nach Tat, Tätern und Opfern, Schuld und Handlungsräumen nach sich, und es ist sehr schwer, ein gemeinsames europäisches oder auch weltweites Gedenken und Erinnern zu schaffen.

Obwohl die historische Aufarbeitung der Geschehnisse und die Erinnerung an die durch die Nationalsozialisten und ihre Mitläufer verfolgten und ermordeten Menschen in Deutschland inzwischen verbreitet sind, steht unsere Gesellschaft immer wieder vor neuen, oft auch verwirrenden Herausforderungen. Gleichzeitig ist unbestreitbar, dass die bundesdeutsche Erinnerungskultur, wie sie in den letzten 25 Jahren nach sehr konfliktreichen Kontroversen in der Geschichtswissenschaft und in der Politik ausgebildet wurde, ein hohes Gut ist, das immer wieder gefestigt werden muss.

Die Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors sowie des Holocaust und an die verbrecherischen Seiten schuf eine gänzlich neue Form der Vergangenheitsbetrachtung. Bis dahin war es nicht üblich, sich öffentlich an die eigene Geschichte als eine unrechte zu erinnern. Das Gedenken an frühere Kriege widmete sich den Siegen oder im Falle einer Niederlage den Opfern als Helden. Beides wirkte Identität stiftend für die Konstitution der nationalen Einheit.

Auch in Karlsruhe stehen einige solcher Mahnmale zum deutsch-französischen Krieg von 1870/71 oder zum Ersten Weltkrieg. So erinnerten z. B. die Leibdragoner an ihre während des Ersten Weltkrieges gefallenen Kameraden und errichteten ein sie ehrendes Denkmal, wie auch die anderen vier in Karlsruhe bzw. Durlach stationierten Regimenter.

An diese Tradition anknüpfend wurde 1964 ein Gefallenenehrenmal der 35. Division beim Haydnplatz errichtet, das der Anlass für das hier dokumentierte Symposium ist.

Es war der Gemeinderat, der im Jahr 2014 darauf aufmerksam machte, dass dieses Denkmal an einen Großverband der Wehrmacht erinnert, der die Verantwortung für eines der großen Kriegsverbrechen im Vernichtungskrieg gegen die damalige Sowjetunion trug. Die 35. Infanterie-Division war im Zuge der Remilitarisierung Deutschlands 1936 mit dem Standort in Karlsruhe aufgestellt worden, die einzelnen Regimenter waren auf verschiedene Garnisonsorte in Baden und in Württemberg verteilt worden. Schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bildeten Angehörige dieser früheren Wehrmachtsdivision als eingetragenen Verein einen der vielen Kameradenverbände, wie sie in dem damaligen Klima des Verschweigens und Vergessenwollens der Verbrechen der Wehrmacht zahlreich entstanden. Zudem gab es die Berichte der so genannten „Erlebnisgeneration“, die besondere Bedeutung gewannen vor dem Hintergrund der damaligen Diskussion über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

Dementsprechend stieß die Forderung der ehemaligen Divisionsangehörigen nach einem Denkmal für die Gefallenen der 35. Infanterie-Division – nicht auf dem Friedhof, sondern an herausragender Stelle im öffentlichen Raum – 1964 bei der Stadtverwaltung auf Zustimmung und wurde mit Aufstellen des Gefallenenehrenmals beim Haydnplatz verwirklicht.

Zeitgleich bemühte sich die Karlsruher Stadtverwaltung um die Wiederherstellung des Friedhofes des Lagers im südfranzösischen Gurs, auf dem viele badische und pfälzische Juden und Jüdinnen beerdigt sind, und begann sich intensiv mit dem Holocaust auseinanderzusetzen. Damals wollte man noch nichts davon wissen, dass die Wehrmacht an diesen Verbrechen beteiligt war.

Das Karlsruher Denkmal für die 35. Infanterie-Division entspricht durchaus zahlreichen anderen Gefallenenehrenmalen in der Bundesrepublik für einzelne Wehrmachtseinheiten oder weiteren Kriegsfolgedenkmalern, die in den 1950er- und 60er-Jahren zahlreich errichtet wurden, meist mit lokalem Bezug zu Kriegsgefangenschaft, Luftkriegstoten, Flucht und Vertreibung. In ihrer Formensprache und ihrem Inhalt sind sich diese Denkmale sehr ähnlich. Sie stehen für deutsche Kriegsgefangene, Flüchtlinge sowie Vertriebene, Trümmerfrauen oder für Deutschland insgesamt als Opfer und enthalten sich jeder Aussage über Ursachen und Schuld. Der Sprachgebrauch und die Sprachformel „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ schloss im Zweifelsfall Soldaten, Luftkriegstote, Tote von Flucht und Vertreibung oder auch die Toten der SS mit ein. Denkmäler dieser Art sollten kein DENK MAL im Sinne von Nachfragen auslösen.

Das Denkmal der 35. Division beim Haydnplatz ist damit Stein gewordener Umgang mit der NS-Geschichte der Wehrmacht, der einen herkömmlichen Soldatenmythos pflegte. Darin erschien die Wehrmacht als „sauber“ und ehrbar gegenüber der als einzigen zur verbrecherischen Organisation erklärten SS.

Das Denkmal interpretiert die Kriegsführung der Wehrmacht im Allgemeinen und die der 35. Infanterie-Division im Besonderen als Opfergang. Somit ist es ein Zeugnis für die Zeit seiner Entstehung und dadurch selbst Symbol einer inzwischen historischen Epoche: Die Entnazifizierung war nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland rasch zum Erliegen gekommen und selbst belastete Funktioneliten wurden wieder integriert.

Die belasteten Generationen sind längst nicht mehr in verantwortlichen Stellen, aber die Nachwirkungen und das Ausbleiben der seinerzeit nicht gewollten Auseinandersetzung beschäftigen uns noch heute. Hier sei nur verwiesen auf die vor wenigen Jahren erfolgte Aufarbeitung der NS-Geschichte des Auswärtigen Amtes oder auf die aktuelle Diskussion über die Geschichte des Verfassungsschutzes.

In Karlsruhe kam die Forderung auf, das Denkmal der 35. Division zu beseitigen. Der Gemeinderat und auch die Verwaltung stehen jedoch mehrheitlich auf dem Standpunkt, dass das inzwischen als Kulturdenkmal eingestufte Ehrenmal, obwohl es an eine an Kriegsverbrechen beteiligte Einheit erinnert, nicht entfernt werden kann und soll. Es ist Teil der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, über die wir uns immer wieder neu verständigen müssen.

Anstelle einer einfachen Lösung in diesem jüngsten Karlsruher Denkmalsstreit haben wir uns für die Durchführung eines Symposiums entschieden, dessen Ergebnisse in diesem Band dokumentiert werden und die die Grundlage für die weiteren Diskussionen bilden. Es geht um die Verantwortung der 35. Division und darum, was dieses Denkmal für den Umgang mit der Erinnerungskultur bedeutet. Welche Entwicklung hat die Erinnerungskultur genommen, wo liegen die Kontroversen heute, welche Tradition greift das Militär heute auf und welche nicht, wie nimmt das europäische Ausland die Gedenkkultur in Deutschland wahr?

Über allen Überlegungen aber steht: Der lange gepflegte Gestus, alle bis auf wenige seien Opfer gewesen, taugt nicht für den Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg eignen sich nicht als Anlässe für einen Diskurs über ein universelles Leiden.

**Programm des Symposiums am 6. November 2014
in der Erinnerungsstätte Ständehaus**

Der Zweite Weltkrieg - Last oder Chance der Erinnerung?
Widerspruch gegen das Ehrenmal
der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe

9 Uhr

Begrüßung durch Dr. Susanne Asche

9:15 bis 9:45 Uhr

Dr. René Rohrkamp, Ozarichi 1944 – Die Beteiligung
der 35. Infanterie-Division an einem Kriegsverbrechen gegen Zivilisten

9:45 bis 10:30 Uhr

Hannes Heer, Der Mythos von der „sauberen Wehrmacht“ –
Das Ende einer Debatte und der Beginn einer neuen

10:30 bis 11 Uhr

Aussprache und Diskussion

11:15 bis 11:45 Uhr

Prof. Dr. Matthias Rogg, Totengedenken in der Bundeswehr –
der lange Weg zum Ehrenmal

11:45 bis 12:15 Uhr

Prof. Dr. William Niven, Erinnern in Deutschland an Nationalsozialismus
und Krieg – ein Blick von außen

12:15 bis 12:45 Uhr

Aussprache und Diskussion

14 bis 14:30 Uhr
Prof. Dr. Sylvia Schraut, Der schwierige Umgang
mit dem kommunalen Gedenken an die Kriegstoten

14:30 bis 15 Uhr
Jürgen Schuhladen-Krämer, Das Denkmal der 35. Infanterie-Division
in Karlsruhe – Einfluss und Legendenbildung „alter Kameraden“

15 bis 15:30 Uhr
Aussprache und Diskussion

15:45 bis 16:15 Uhr
Dr. Ute Fahrbach-Dreher, Vom Umgang mit „schwierigen Denkmälern“ –
abräumen oder damit leben?

16:15 bis 16:45 Uhr
Jens Rüggeberg, Tübingen: Streit um ein Denkmal –
Positionierung und Verlauf eines Streits um das Gedenken

16:45 bis 17:15 Uhr
Aussprache und Diskussion

18 bis 19:30 Uhr
Podiumsdiskussion „Kriegsdenkmäler nach 1945 – aufräumen?“
Mit Dr. Ute Fahrbach-Dreher, Hannes Heer, Prof. Dr. Bill Niven,
Dr. René Rohrkamp, Jens Rüggeberg, Prof. Dr. Sylvia Schraut.
Moderation Dr. Susanne Asche

RENÉ ROHRKAMP

Ozarichi 1944¹ – Die Beteiligung der 35. Infanterie-Division an einem Kriegsverbrechen gegen Zivilisten

„Ich spürte die Veränderung zuerst an einem seltsamen erregenden Geräusch, welches ich nicht näher bestimmen konnte, bis ich in der Ferne das Lager entdeckte. Ein ununterbrochenes leises Wehklagen vieler Stimmen stieg daraus zum Himmel auf. Und dann sah ich, wie man gerade vor mir die Leiche eines alten Mannes abschleppte wie ein Stück Vieh. Man hatte einen Strick um sein Bein gebunden. Eine Greisin lag tot am Wege mit frischer Schußwunde in der Stirn. Ein Posten der Feldgendarmarie belehrte mich weiter. Er wies auf ein paar Bündel im Dreck hin: Tote Kinder, über die er ein Kissen gelegt hatte. Frauen haben ihre Kinder, die sie nicht mehr tragen konnten, am Wege liegen lassen. Auch sie wurden erschossen, wie überhaupt alles ‚umgelegt‘ wird, was wegen Krankheit, Alter und Schwäche nicht mehr weiter kann.“²

Was Josef Perau, Divisionspfarrer der 129. Infanterie-Division, hier nach dem Krieg in seinen Memoiren beschreibt, sind Eindrücke, die er gesammelt hat, als er am so genannten Endlager Süd bei Dert vorbeikam. Das „Endlager Süd“ war ein mit Stacheldraht und einigen Wachtürmen umgebenes Waldgebiet, das von der 35. Infanterie-Division im März 1944 gebaut und u. a. auch von ihren Soldaten bewacht wurde.

In diesem Lager mussten Alte, Kranke, Frauen und Kinder mehrere Tage unter freiem Himmel campieren, nachdem sie bereits vorher unter menschenunwürdigen Bedingungen in Eisenbahnwaggons deportiert worden waren und größtenteils vom Ausladebahnhof im 35 Kilometer entfernten Rudobelka in dieses so genannte Endlager marschieren mussten.

Das Lager diente dazu, diese im Wehrmachtjargon als „unnütze Esser“ bezeichneten Menschen bei der Rücknahme der Hauptkampflinie der 35. Infanterie-Division im Niemandsland zwischen den Fronten zurückzulassen.

Das Endlager Süd war neben zwei weiteren, von einer anderen Division dieses Frontabschnitts unterhaltenen Endlagern entstanden. Insgesamt wurden auf diese



So genannte Absetzzone mit eingezeichneten Transportwegen im Bereich des LXI. Panzerkorps (aus dem „Erfahrungsbericht über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten zum Feind“, verfasst von der Oberquartiermeisterabteilung der 9. Armee am 28.3.1944. (Quelle: BArch RH 20-9/197)

Weise zwischen 40.000 und 50.000 Zivilisten aus dem gesamten Gebiet der 9. Armee abgeschoben. Mit ihrem Vorgehen verstieß die 9. Armee gegen die Haager Landkriegsordnung und beging folglich Kriegsverbrechen.

Es handelte sich um eine geplante und koordinierte Aktion, die Federführung lag beim Quartiermeister der 9. Armee, der die Beteiligung der zur 9. Armee gehörigen Armeekorps und Divisionen steuerte. Eine dieser Divisionen war im März 1944 die 35. Infanterie-Division.

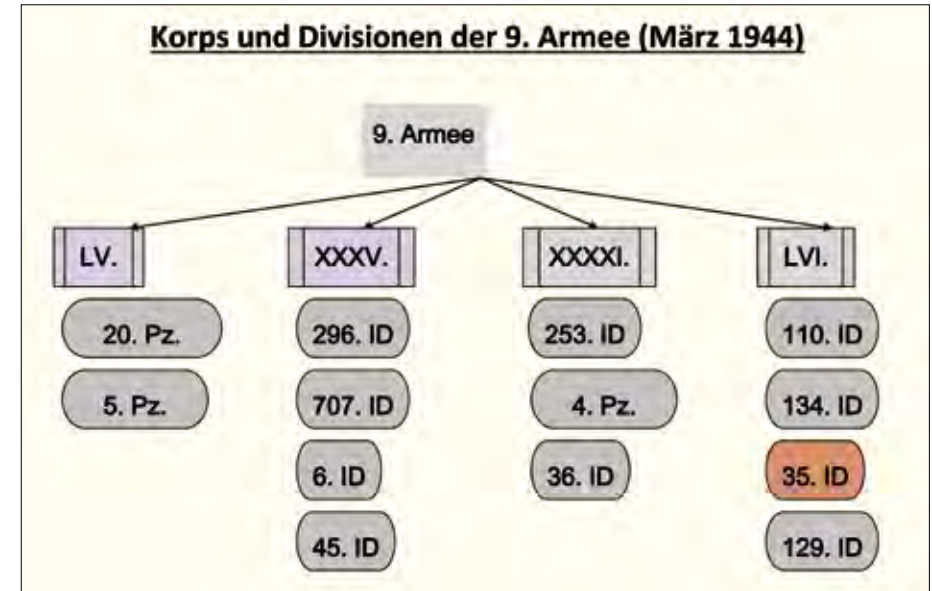
Wie kam es nun zur Beteiligung von Soldaten der 35. Infanterie-Division an diesen kriegsrechtswidrigen Handlungen?

Die Lage der 9. Armee im März 1944: Rückzugsbewegungen und Zivilbevölkerung

Seit dem Scheitern der deutschen Offensive bei Kursk im Sommer 1943 war die Heeresgruppe Mitte und mit ihr die 9. Armee auf dem Rückzug. Anfang März 1944 verliefen die Stellungen der 9. Armee in einem weiten Halbkreis mit einem Radius von fast 70 Kilometern östlich der Stadt Bobruisk. Auf dem südlichen Flügel hielt das LVI. Panzerkorps, zu dem die 35. Infanterie-Division gehörte, die Gegend um Ozarichi (auch Osaritschi genannt) besetzt.

Die Zivilbevölkerung im Bereich der 9. Armee

Auf dem Rückzug hatte die Heeresgruppe Mitte das Konzept der „Verbrannten Erde“ umgesetzt und die Infrastruktur und Produktionsmittel der aufgegebenen Gebiete zerstört. Neben Ausplünderung und Verwüstung war die Deportation der Zivilbevölkerung „integraler Bestandteil des Konzepts“. Es galt, der Roten Ar-



Korps und Divisionen der 9. Armee im März 1944. (Quelle: Tessin, Georg: Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg, 16 Bände, Osnabrück 1977-1997, Band 3.)

mee die wehr- und arbeitsaugliche Bevölkerung zu entziehen, um sie der Ausbeutung durch Wehrmacht und Reich zuzuführen, wo die Nachfrage nach Arbeitskräften seit der Niederlage von Stalingrad und der Ausrufung des „totalen Krieges“ stetig zunahm.³ Zugleich wurde die Masse der Deportierten zu einer immer größeren Belastung für Militärverwaltung und kämpfende Truppe.

„Durch die Rückführung von Einheimischen im Verlauf der Abwehrkämpfe westlich der Pantherstellung und die Räumung der 5-km-Zone war eine immer größere Verdichtung der Bevölkerung im rückwärtigen Gefechtsgebiet eingetreten. Die Entstehung von Fleckfieber-Seuchenherden und die Notwendigkeit, überbevölkerten Ortschaften bereits Lebensmittel zuführen zu müssen, um die Ernährung der Einwohner sicherzustellen, forderten dringend den Abschub eines Teils dieser Bevölkerung, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Räumung der 20-km-Zone.“⁴

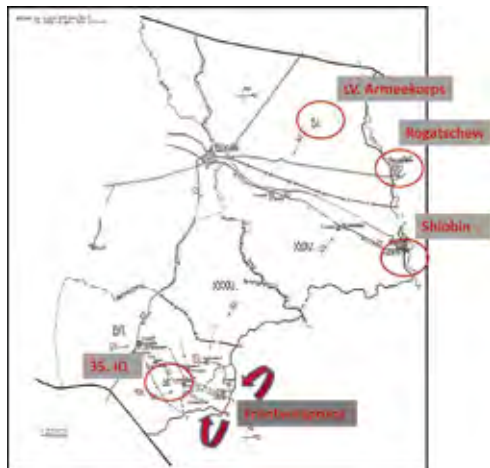
hatte ein solches Arbeitsbataillon mit Zwangsarbeitern aufgestellt.¹⁰ Die Zwangsarbeiter lebten getrennt von ihren Familien und waren kaserniert untergebracht. Auf diese Weise waren sie auch bei Rückzügen mobiler und besser verfügbar. Sie verrichteten in der Regel sehr schwere Arbeiten wie Stellungsbau und Holzfällarbeiten, Straßen- und Brückenbau.¹¹

Mit der Herauslösung der Arbeitsfähigen aus den familiären Strukturen lösten sich auch die sozialen Bindungen auf. Die Restfamilien bestanden fast ausschließlich aus weitgehend hilflosen Menschen. Sie blieben den erschwerten Bedingungen in Frontnähe mit Artilleriebeschuss, fehlender Hygiene und Seuchen ausgesetzt und waren nun auf die Versorgung durch die Wehrmacht angewiesen. Die 9. Armee sah sie zunehmend als Belastung.¹²

Ende Februar 1944: Blaupause Rogatschew

Aus dieser Situation heraus war es nur ein kleiner Schritt hin zu einer aktiven Abschiebung der „unnützen Esser“. Ende Februar 1944 wurde erstmals eine Rückzugsbewegung im Bereich der 9. Armee zur Abschiebung von Arbeitsunfähigen genutzt.

Das LV. Armeekorps hob seinen Brückenkopf bei Rogatschew, der starken Angriffen der Roten Armee ausgesetzt war, planmäßig auf und zog sich auf das west-



Anlage zum „Erfahrungsbericht über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten zum Feind“ mit vom Autor hervorgehobenen zentralen Orten und dem Standort der 35. Infanterie-Division, verfasst von der Oberquartiermeisterabteilung der 9. Armee am 28.3.1944. (Quelle: BArch RH 20-9/197)

liche Flussufer des Drut zurück. Unmittelbar vor der Räumung des Brückenkopfs ließ die 9. Armee 1.250 Typhusranke aus Shlobin nach Rogatschew deportieren, wo man sie mit den ortsansässigen „unnützen Essern“ bei der Räumung des Brückenkopfs einfach zurückließ. Die Armee hatte die Deportation durch Bereitstellung von 200 Tonnen Transportraum unterstützt.

Die durch sorgfältige Planung und Allokation von Ressourcen vorbereitete Deportation von Zivilisten zum Feind hatte in Rogatschew Eingang in das Handlungsrepertoire der Oberquartiermeisterabteilung der 9. Armee gefunden. Diese Aktion war die Blaupause für die Deportationen von Ozarichi ca. zwei Wochen später.¹³

Die 35. Infanterie-Division bei Ozarichi im März 1944

Bereits seit Februar 1944 bemühte sich das LVI. Panzerkorps mit Unterstützung des Oberkommandos der 9. Armee bei der Heeresgruppe Mitte um die Erlaubnis, die Front der 35. Infanterie-Division westlich der Ortschaft Ozarichi auf eine günstigere Verteidigungslinie zurücknehmen zu dürfen.

Dort hatte die Hauptkampflinie einen Frontvorsprung herausgebildet, der durch Flankenangriffe besonders gefährdet war. Die Frontbegradigung wurde Anfang März genehmigt und sollte am 16./17. März durchgeführt werden.

Die Stäbe des LVI. Panzerkorps sowie der 35. und 110. Infanterie-Division planten gemäß den „Grundlegenden Bestimmungen über Evakuierung“, nicht arbeitsfähige Zivilisten aus ihrem rückwärtigen Gefechtsgebiet zur Roten Armee abzuschicken. Der 2. Quartiermeister (Qu.2) des LVI. Panzerkorps holte am 8. März Informationen über die Zahl der arbeitsunfähigen Zivilisten ein, „die für einen dringenden Abschub festgelegt werden kann“.¹⁴

Der Stab der 9. Armee wollte die Gelegenheit nutzen, um im Zuge der geplanten Frontbegradigung bei der 35. Infanterie-Division eine umfassende Deportation durchzuführen. Die Feindlage und die logistischen Voraussetzungen – günstig gelegene Bahnstrecken, ruhige Feindlage – wurden als gut bewertet.

Die Armee beschränkte sich diesmal nicht wie in Rogatschew auf eine räumlich und zahlenmäßig begrenzte Operation. Vielmehr fasste sie den Entschluss, alle nicht arbeitsfähigen Zivilisten ihres gesamten, rund 500 Quadratkilometer großen Operationsgebietes feindwärts abzuschicken: eine beispiellose Maßnahme.



Anlage zum „Erfahrungsbericht über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten zum Feind“ mit hervorgehobenen Ein- und Ausladebahnhöfen, verfasst von der Oberquartiermeisterabteilung der 9. Armee am 28.3.1944, mit Hervorhebungen des Autors.
(Quelle: BArch RH 20-9/197)

Die 9. Armee begründete die Abschiebungen bei Ozarichi in ihrem Erfahrungsbericht rückblickend damit, dass „eine immer größere Verdichtung der Bevölkerung im rückwärtigen Armeegebiet eingetreten [war].“¹⁵ Die Seuchengefahr sollte reduziert, die angespannte Situation im überbevölkerten rückwärtigen Gefechts- und Armeegebiet durch Abschiebung nicht arbeitsfähiger Zivilisten verbessert werden.

Wie war die 35. Infanterie-Division an den Deportationen von Ozarichi beteiligt?

Die Befehlsausgabe am 9. März ist bestens dokumentiert.¹⁶ An diesem Tag hatten der Generalstabschef der 9. Armee, Generalmajor Helmut Staedtke, und ihr Oberquartiermeister, Oberst Werner Bodenstern, u. a. die Quartiermeister der Generalkommandos und der Divisionen (Ib) sowie den Führer des SD¹⁷-Sonderkommandos 7a, Sturmbannführer Helmuth Loos, zu einer Besprechung geladen. Auch der Quartiermeister der 35. Infanterie-Division war anwesend.

Der Quartiermeister des LVI. Panzerkorps dokumentierte die Besprechung in sein Kriegstagebuch wie folgt:

„Bei [Oberquartiermeister]¹⁸ Besprechung aller Quartiermeister und Ib [= Quartiermeister der Divisionen] der Armee über die Absicht, im Zuge einer Frontverkürzung im Bereich des LVI. [Panzerkorps] rund 20.000 Zivilpersonen aus dem Bereich der Armee feindwärts abzuschieben. (Befehl hierzu [Oberbefehlshaber] der 9. Armee Nr. 223/44 [geheime Kommandosache vom] 9.3.44 wird auf Befehl der Armee am 18.3.44 vernichtet).

Hierbei sind in erster Linie Seuchenkranke, Krüppel, Greise und Frauen mit mehr als 2 Kindern unter 10 Jahren, sowie sonstige Arbeitsunfähige zu erfassen. Die Aktion ist schlagartig am 12.3.44 um 4.00 Uhr auszulösen [...]“¹⁹

Alle Teilnehmer der Besprechung wurden darüber informiert, dass im Zuge der bevorstehenden Frontrücknahme bei der 35. Infanterie-Division die arbeitsunfähigen Zivilisten aus dem gesamten Operationsgebiet der 9. Armee zur Roten Armee abzuschieben sind.

Die Detailplanung zur Erfüllung ihrer Aufgaben war von den Quartiermeistern der Generalkommandos, den Ib der Divisionen und dem Führungsstab des Sonderkommandos 7a selbstständig auszuarbeiten.²⁰

Die Aufträge für die 35. Infanterie-Division lauteten:²¹

- Bau von End- und Zwischenlagern,
- Abstellung von Offizieren und Mannschaften zur Durchführung des Transports von Rudobelka nach Dert und
- Mitbewachung des Endlagers.²²

Am 11. März kam es auf dem Ia-Gefechtsstand der 35. Infanterie-Division zu einer Besprechung, an der der Kommandierende General des LVI. Panzerkorps, General der Infanterie Friedrich Hoßbach, der Kommandeur der 35. Infanterie-Division, Generalleutnant Johann-Georg Richert, sowie der Quartiermeister des LVI. Panzerkorps und der Führer des Sonderkommandos 7a, Sturmbannführer Helmuth Loos, teilnahmen.²³ Sie wollten sich abstimmen, um den Verlauf der Deportationen mit den taktischen Erfordernissen der bevorstehenden Frontrücknahme in Einklang zu bringen. Gesprächsgegenstand waren auch Zweckmäßigkeit, Anlage und Tarnung der Lager. Als Termin für die Frontrücknahme legte Hoßbach die Nacht vom 16. auf den 17. März fest.

Offiziere der 35. Infanterie-Division waren also bereits bei der Planung der Deportationen von Ozarichi beteiligt. Sie sind Planungstäter. Viele Soldaten der Division wurden bei der Durchführung der verschiedenen Aufgaben, die der 35. Infanterie-Division übertragen worden waren, zu Handlungstätern.

Die 35. Infanterie-Division baute das so genannte Endlager Süd westlich der Straße von Ozarichi nach Derbin.²⁴ Mit einer Kapazität für 12.000 Menschen war es das größte des gesamten Lagerkomplexes. Zusätzlich baute die Division zwei Zwischenlager an der Straße von Rudobelka zum Endlager.²⁵

Generalleutnant Richert, der Kommandeur der 35. Infanterie-Division, wusste, dass seine Division vom Quartiermeister des LVI. Panzerkorps den Auftrag zum Bau eines Lagers für 12.000 Menschen erhalten hatte. An der bereits erwähnten Besprechung vom 11. März auf dem Ia-Gefechtsstand seiner Division, die über die Anlage der Lager beriet, hatte er persönlich teilgenommen. Er muss spätestens in diesem Gespräch über das Ausmaß der Deportationen ins Bild gesetzt worden sein, waren sie doch anberaumt worden, um die Anlage der Lager mit den taktischen Erfordernissen der Frontrücknahme abzustimmen.²⁶

Erst nach dieser Besprechung wurde mit dem Aufbau der verschiedenen Lager begonnen. Der schnelle Aufbau des Lagerkomplexes wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter der Lager.

„Abgesehen von Wachtürmen an den Endlagern gab es keine Bauten. Die Lager waren sumpfige, mit Stacheldraht abgezaunte Areale, die keine Zuflucht vor den extremen Witterungsbedingungen boten. Hier warteten weder Gebäude noch Baracken, weder Hütten noch Zelte, weder Betten noch Decken auf die Ankömmlinge. Es gab nichts. Nur Menschen.“²⁷

Bilanz eines Kriegsverbrechens

Während und nach den Deportationen von Ozarichi starben ca. 9.000 der ca. 45.000 deportierten Menschen. Zur Verantwortung gezogen wurde kaum einer der hauptverantwortlich Handelnden. Allerdings wurde Johann Georg Richert, Kommandeur der 35. Infanterie-Division und am Kriegsende 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, am 16. Januar 1946 im so genannten Minsker Prozess durch die Außerordentliche Staatliche Kommission zum Tode verurteilt und zwei Wochen später, am 30. Januar 1946, hingerichtet.²⁸

Dieses Urteil traf damit eine der Personen, die Ozarichi erst ermöglicht hatten. Die Deportationen von Ozarichi ließen sich nur durchführen, weil in einer hierarchischen Struktur wie der Wehrmacht eine Vielzahl von Akteuren in einen sehr arbeitsteilig organisierten Deportationsprozess integriert werden konnte. Beteiligt

waren zahlreiche Wehrmachtssoldaten der mittleren und niederen Dienstränge, die im Gesamtrahmen dieser Operation Aufträge ausführten, die ihnen durchaus auch unverdächtig erscheinen konnten, weil sie solche Aufgaben durch praktische Erfahrung oder eigene Anschauung bestens kannten. Zivilisten aus Häusern herauszuholen, auf Lastwagen zu verladen und im rückwärtigen Bereich an eine andere Dienststelle abzugeben, das waren Tätigkeiten, die ihnen seit Beginn des Ostfeldzuges vertraut waren. Es ist daher im allgemeinen nicht anzunehmen, dass den Erfassungskommandos in den nördlichen Korpsgebieten bewusst war, dass sie sich gerade an einem Kriegsverbrechen neuer Dimension beteiligten.

Selbst für viele Zivilisten war das, was sich während der ersten Phase der Operation ereignete, eine gewohnte Erfahrung, waren sie doch auf den Rückzügen der Wehrmacht bereits mehrfach verschleppt worden. Dass sie zum Feind abgeschoben werden sollten, dürfte vielen an den Deportationen beteiligten deutschen Truppenteilen und den betroffenen Zivilisten jedoch zunächst nicht klar gewesen sein. Die Zerlegung der Operation in kleinste Einzelteile trug letztlich zur Verschleierung ihres wahren Charakters bei.²⁹

Die hervorgehobene Beteiligung der Einheiten des LVI. Panzerkorps, insbesondere der rückwärtigen Einheiten der 110. und 35. Infanterie-Division, lag an der besonderen Frontsituation: Dies war der Korpsbereich, in den die Deportierten verschleppt werden mussten, um die Frontverkürzung für ihre Abschiebung in Richtung Rote Armee zu nutzen. Sie waren an allen Teilaufgaben, die bei der Durchführung der Deportationen erledigt werden mussten, unmittelbar beteiligt: Sie bewachten Lager, halfen beim Ausladen der Züge in Rudobelka und unterstützten das Sonderkommando 7a bei der Durchführung der Gewaltmärsche.

Für die 9. Armee waren die Deportationen von Ozarichi eine vielversprechende Modelloperation. Die 9. Armee resümierte im Nachgang in ihrem Erfahrungsbericht:

„Die Erfassungsaktion hat für das gesamte Gefechtsgebiet eine wesentliche Erleichterung gebracht. Die Wohngebiete wurden erheblich aufgelockert und für Truppen Unterkünfte frei. Für nutzlose Esser wird keine Verpflegung mehr verbraucht. Durch Abschieben der Seuchenkranken wurden die Infektionsherde bedeutend verringert.“³⁰

Anmerkungen

- ¹ Eine detaillierte Untersuchung anhand der verfügbaren Quellen hat eine unveröffentlichte Magisterarbeit vorgelegt, die am Historischen Institut der RWTH Aachen entstanden ist: Ingo Deloie, „Nutzlose Esser – Die Deportation russischer Zivilisten durch die Wehrmacht bei Osaritschi im März 1944, Magisterarbeit RWTH Aachen, vorgelegt am 28. Januar 2013. Zu den Deportationen bei Ozarichi ist auch zwischen 2004 und 2006 unter der Leitung von PD Dr. Christoph Rass am Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte der RWTH Aachen ein Dokumentarfilm entstanden: „Ozarichi 1944 – Spuren eines Kriegsverbrechens“. Der Film ist unveröffentlicht.
- ² Josef Perau, *Priester im Heere Hitlers. Erinnerungen 1940–1945*, Essen 1962, S. 160.
- ³ Vgl. Deloie, *Nutzlose Esser*, S. 24 sowie Christian Streit, *Sowjetische Kriegsgefangene – Massendeportationen – Zwangsarbeiter*, in: Wolfgang Michalka, *Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz*, München 1989, S. 747-760.
- ⁴ Oberquartiermeisterabteilung der 9. Armee, *Erfahrungsbericht über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten zum Feind am 28.3.1944*; BArch RH 20-9/197. Das von den Divisionen besetzte Gefechtsgebiet war nochmals eingeteilt in die eigentliche Kampfzone (5-km-Zone), wo sich die Stellungen der Truppe befanden und der militärische Schlagabtausch stattfand, und in das etwa 15–25 Kilometer tiefe rückwärtige Divisionsgebiet (20-km-Zone), wo sich die Ruhebereiche und Quartiere der Fronttruppen befanden. Vgl. Christoph Rass, *Verbrecherische Kriegführung an der Front. Eine Infanterie-Division und ihre Soldaten*, in: Christian Hartmann (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte*, München 2005, S. 80-90, hier S. 83. Die Begriffe beziehen sich auf die damals geltenden Dienstvorschriften. Sie sind nicht wörtlich zu verstehen, in der Realität konnte die tatsächliche Ausdehnung dieser Zonen durchaus variieren.
- ⁵ Vgl. Deloie, *Nutzlose Esser*, S. 25.
- ⁶ Oberquartiermeisterabteilung der 9. Armee, *Erfahrungsbericht über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten zum Feind am 28.3.1944*; BArch RH 20-9/197.
- ⁷ Vgl. AOK 9, *Oberquartiermeister/Quartiermeister (Qu) 2*, Nr. 4007/44, *Zusammenfassung der grundlegenden Bestimmungen über Evakuierung/Erfassung von Arbeitskräften/Einsatz von Arbeitskräften*, 18.2.1944, National Archives Records Administration (NARA) T-314, Film 1441, Bl. 1f. Der Quartiermeister 2 war eine Unterabteilung beim Oberquartiermeister einer Armee und zuständig für Sicherungs- und Ordnungsdienste, vollziehende Gewalt und Kriegsgefangenenwesen.
- ⁸ Vgl. Deloie, *Nutzlose Esser*, S. 27.
- ⁹ Vgl. *Armeeoberkommando (AOK) 9, Oberquartiermeister/Qu2*, Nr. 4007/44, *Zusammenfassung der grundlegenden Bestimmungen über Evakuierung / Erfassung von Arbeitskräften / Einsatz von Arbeitskräften*, 18.2.1944; NARA T-314, Film 1441, Bl. 1f.
- ¹⁰ Schreiben der 35. Infanterie-Division vom 8.2.1944 an das LVI. Panzerkorps wegen der Aufstellung der Zivilarbeitsdienstabteilung (ZADA) 35, vgl. 35. Infanterie-Division, Ia, 319/44 geheim, Aufstellung von ZADA, 8.2.1944, NARA T-314 Film 1441. Die Gliederung und Stärke ergibt sich auch aus dem o. a. Schreiben: Rahmenpersonal 35. ID: ein Offizier, 20 Unteroffiziere, 51 Mannschaften und 102 Hilfswillige. Dazu kamen sechs Kompanien aus 98 bis 144 Männern und Frauen, die von jeweils zwei Unteroffizieren geführt wurden. Zwei Kompanien bestanden aus je 51 Männern, außerdem gab es eine Stabskompanie. Ohne Rahmenpersonal betrug die Gesamtstärke 569 Männer und 184 Frauen.
- ¹¹ Vgl. Deloie, *Nutzlose Esser*, S. 34f.
- ¹² Vgl. ebd., S. 28.
- ¹³ Vgl. zum Voranstehenden ebd., S. 29f.
- ¹⁴ Vgl. LVI. Armeekorps, *Quartiermeister, Kriegstagebuch*, 10.–17.3.1944; NARA, T-314, Film 1438, Eintrag vom 8.3.1944. Die Quartiermeister der Divisionen meldeten insg. 4.500 Personen, die Hälfte der nicht arbeitsfähigen Zivilbevölkerung.
- ¹⁵ AOK 9, *Oberquartiermeister/Qu.2*, Nr. 2685/44 geheim, *Erfahrungsbericht der 9. Armee über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten*, 28.03.1944, BArch RH 20-9/197.
- ¹⁶ Vgl. LVI. Panzerkorps, *Quartiermeister, Kriegstagebuch*, 10.–17.3.1944, NARA, T-314, Film 1438, Eintrag vom 9.3.1944.
- ¹⁷ Gemeint ist der Sicherheitsdienst der Schutzstaffel (SS).
- ¹⁸ In den eckigen Klammern wurden zur besseren Verständlichkeit Abkürzungen in der Quelle aufgelöst bzw. erklärt.
- ¹⁹ LVI. Panzerkorps, *Quartiermeister, Kriegstagebuch*, 10.–17.3.1944, NARA, T-314, Film 1438, Eintrag vom 9.3.1944.
- ²⁰ Vgl. AOK 9, *Oberquartiermeister/Qu.2*, Nr. 2685/44 geheim, *Erfahrungsbericht der 9. Armee über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten*, 28.3.1944, BArch RH 20-9/197, Bl. 2.
- ²¹ Vgl. LVI. Panzerkorps, *Quartiermeister, Kriegstagebuch*, 10.–17.3.1944, NARA, T-314, Film 1438, Eintrag vom 9.3.1944.
- ²² Zur Bewachung der Lager wurden der Division am 10. März 1944 fünf Finnenzelte (Aufnahmekapazität: je 16 Mann) ausgehändigt; vgl. ebd., Eintrag vom 10.3.1944.
- ²³ Vgl. LVI. Panzerkorps, *Quartiermeister, Kriegstagebuch*, 10.–17.3.1944, NARA, T-314, Film 1438, Eintrag vom 11.3.1944.
- ²⁴ Siehe Abbildung „Dislozierung der 9. Armee im März 1944“, S. 18.
- ²⁵ Vgl. Deloie, *Nutzlose Esser*, S. 54f.
- ²⁶ Vgl. ebd., S. 58.
- ²⁷ Ebd., S. 59.
- ²⁸ Genaue Zahlen lassen sich nur schwer feststellen, doch lassen die Zahlen aus den deutschen und sowjetischen Quellen eine Annäherung an die hier genannten Zahlen zu; vgl. auch Deloie, *Nutzlose Esser*, S. 79f.
- ²⁹ Vgl. ebd., S. 81f.
- ³⁰ AOK 9, *Oberquartiermeister/Qu.2*, Nr. 2685/44 geheim, *Erfahrungsbericht der 9. Armee über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten*, 28.03.1944, BArch RH 20-9/197, Bl. 5.

HANNES HEER

Der Mythos von „der sauberen Wehrmacht“.

Das Ende einer Debatte und der Beginn einer neuen

Mitte Oktober 1944, während Einheiten der 1. US-Armee die erste deutsche Großstadt, Aachen, eingeschlossen hatten, begann der amerikanische Offizier Saul K. Padover mit einigen Mitarbeitern, im Auftrag der *Abteilung für psychologische Kriegsführung* in den befreiten Ortschaften der Umgebung, die Bevölkerung zu interviewen, um Informationen über Einstellungen und Erwartungen der Deutschen für die künftige Militärregierung zu gewinnen. Aber sein Ergebnis war deprimierend. „Seit zwei Monaten sind wir hier zugange“, notierte er, „wir haben mit vielen Menschen gesprochen, wir haben jede Menge Fragen gestellt, und wir haben keinen einzigen Nazi gefunden. [...] Alle Leute sind gegen Hitler. Sie sind schon immer gegen Hitler gewesen. Was heißt das? Es heißt, daß Hitler die Sache ganz allein, ohne Hilfe und Unterstützung irgendeines Deutschen durchgezogen hat. Er hat den Krieg angefangen, er hat ganz Europa erobert, den größten Teil Rußlands überrannt, fünf Millionen Juden ermordet, sechs bis acht Millionen Polen und Russen in den Hungertod getrieben, vierhundert Konzentrationslager errichtet, die größte Armee in Europa aufgebaut und dafür gesorgt, daß die Züge pünktlich fahren. Wer das ganz alleine schaffen will, muß schon ziemlich gut sein. Ich kenne nur zwei Menschen in der ganzen Welt, die so etwas können. Der andere ist Superman.“¹ Nachdem Padover auch im mittlerweile befreiten Aachen zahlreiche Interviews geführt hatte, zog er Ende November Bilanz: „Psychologisch gesehen wollen sich die Deutschen Strafe und moralischer Verantwortung entziehen, indem sie der Welt einen Schuldigen präsentieren, den sie noch vor kurzer Zeit als Halbgott angehimmelt haben.“² Dieser Reflex zur Verleugnung, den Padover noch zu Lebzeiten Hitlers in seiner Aachener Mikroanalyse festgehalten hatte, wurde zur Strategie aller Deutschen, als das *Dritte Reich* mitsamt seinem *Führer* untergegangen war.

1. Die deutsche Schuld

Die deutsche Erinnerungskultur ist auf den Holocaust und die 6 Millionen ermordeter europäischer Juden fixiert. Vergessen werden noch immer die Opfer des anderen Völkermordes – den an den slawischen Völkern: Diesem fielen mindestens 27 Millionen Menschen der Sowjetunion, darunter 2 Millionen Juden, 6 Millionen Polen, die Hälfte davon Juden, 2 Millionen Jugoslawen und 360.000 Tschechoslowaken zum Opfer. 1,5 Millionen Menschen haben durch Krieg und Besatzung im übrigen Europa ihr Leben verloren.³ Rechnet man dazu die 1,5 Millionen deportierter Juden aus Großdeutschland, West- und Südeuropa, eine halbe Million Sinti und Roma und 250.000 „Euthanasie“-Opfer, kommt man auf insgesamt ca. 40 Millionen schuldlos Getöteter. Die maximal 1 Million Angehörigen von Polizei- und SS-Einheiten samt Kollaborateuren können Verbrechen dieser Größenordnung nicht alleine begangen haben. Die Hauptverantwortung müssen andere Formationen mit anders dimensionierten Kräften getragen haben – die 19 Millionen Soldaten der Wehrmacht, die 8 Millionen Mitglieder der NSDAP, Millionen Angehörige von Staatsbehörden und Privatunternehmen.

Das Kriegsziel der „bedingungslosen Kapitulation“ wie die nach dem Sieg geplanten Militärregierungen verraten die Einschätzung der angloamerikanischen Alliierten, dass es in Deutschland keine gesellschaftlichen Gruppen gab, mit denen man einen Neuanfang wagen konnte. Aufgrund der Berichte über den Massensoldat in den Vernichtungslagern und den besetzten Ländern ging man von Millionen deutscher Täter aus: Das britische Kabinett konstatierte im Januar 1943, dass es nicht mehr möglich sei, „eine vollständige Unterscheidung zwischen dem Hitlerstaat und dem deutschen Volk aufrechtzuerhalten“⁴ und US-Präsident Roosevelt forderte im Sommer 1944 seine Minister auf, den Deutschen klarzumachen, „daß die gesamte Nation in eine gesetzlose Verschwörung gegen den Anstand der modernen Zivilisation verwickelt“ gewesen sei.⁵ Entsprechend stand auf den Plakaten, die nach der Befreiung der KZ im April 1945 in den westlichen Besatzungszonen angebracht wurden, unter den monströsen Fotos von Leichenbergen der Satz: „Diese Schandtaten: Eure Schuld“. Und darunter kleingedruckt: „Ihr habt ruhig zugesehen und es stillschweigend erduldet!“⁶ Die Politik der drei Militärregierungen folgte dieser Linie, wie die Internierung Hunderttausender von Tatverdächtigen, die versuchte millionenfache Entnazifizierung und der Nürnberger Prozess mit seinen zwölf Nachfolgeprozessen demonstrierten.

Schon 1946 lagen zwei Abhandlungen vor, die aus unterschiedlichen Perspektiven diese deutsche Schuld kategorial zu erfassen versuchten. Die eine stammte von Karl Jaspers, der wegen seiner jüdischen Ehefrau 1937 seinen Heidelberger Lehrstuhl verloren hatte und 1945 von den Siegern an seine alte Universität zurückgerufen worden war. Angeregt durch die Botschaft der Plakate vor den befreiten Konzentrationslagern,⁷ hatte er sich des Themas in einer Vorlesung angenommen und diese unter dem Titel *Die Schuldfrage* publiziert. Er unterschied in seiner moral-philosophischen Abhandlung drei Schuldbegriffe – die kriminelle Schuld, die vor Gericht entschieden werde, die politische Schuld, die sich aus der Haftung aller Staatsbürger für die von ihnen gewählte staatliche Ordnung ergebe und deren Instanz die Siegermächte seien und schließlich die moralische Schuld, die aus der Verantwortung des Menschen für alle seine Handlungen folge und über die das eigene Gewissen entscheide.⁸ Während Jaspers aufgrund des geringen Kenntnisstandes nur „eine sehr kleine Minderheit von Deutschen“ für kriminell schuldig hielt,⁹ sah er für Hitlers Machtübernahme eine Kollektivschuld der Deutschen als gegeben an: „Es ist jedes Menschen Mitverantwortung, wie er regiert wird.“¹⁰ Die moralische Schuld von Millionen Deutschen sei es gewesen, durch die „zahllosen kleinen Handlungen“ der „bequemen Anpassung“ an das Regime, des „billigen Rechtfertigens“ wie der „unmerklichen Förderung“ des Unrechts Hitler ermächtigt zu haben, nach 1933 sein Programm auch reibungslos durchzusetzen.¹¹ Als Bilanz aus dieser Kette politischen und moralischen Versagens konstatierte Jaspers, „daß wir Deutschen, daß jeder Deutsche in irgendeiner Weise schuldig ist.“¹²

Im gleichen Jahr legte seine frühere Schülerin Hannah Arendt, die 1933 in die USA emigriert war, unter dem Titel *Organisierte Schuld* einen historiographisch-analytischen Beitrag zum Thema vor. Sie vertrat die These, dass die Terrorapparate des Regimes bis zu den siegreichen „Blitzkriegen“ 1940/41 getrennt von der Bevölkerung ihren Kampf gegen die „politischen“ und „rassischen“ Gegner geführt hätten. Erst in den Zeiten der Niederlagen habe Hitler die „aktive Identifikation des gesamten Volkes“ mit seiner Politik verlangt.¹³ Für die 1941 in Gang gesetzte „ungeheuerliche Maschine“ des Massenmordes habe man „nicht Zehntausende ausgesuchter Mörder, sondern ein ganzes Volk gebraucht.“ Jeder habe in dieser Mordmaschine seinen Platz gehabt, „auch wenn er nicht direkt in den Vernichtungslagern tätig“ gewesen sei.¹⁴ „Die ‚Volksgemeinschaft‘ des Verbrechens“ habe die „Gesamt-schuld des deutschen Volkes“ verursacht.¹⁵ Hannah Arendts Schlussfolgerung war eine Aporie: „Wo alle schuldig sind, kann im Grunde niemand mehr urteilen.“¹⁶

Zwei Jahrzehnte später wurde die Frage der Kollektivschuld noch einmal aufgeworfen. Der in Wien als Hans Mayer geborene Schriftsteller Jean Améry hatte als Jude und Résistance-Angehöriger u.a. die Lager Gurs, Buchenwald, Bergen-Belsen und Auschwitz überlebt und auf diesen Stationen, wie er gestand, keinen Unterschied zwischen einem Nazi-Funktionär, einem Wehrmachtssoldaten oder einem deutschen Zivilisten erlebt: „Mir schien, ich hätte die Untaten als kollektive erfahren.“¹⁷ Aber er leitete daraus keine Kollektivschuld im juristischen Sinn ab: Für ihn war der Begriff nicht mehr als „eine brauchbare Hypothese“ zur Erfassung und Darstellung einer Summe individuellen Schuldverhaltens: „Dann wird aus der Schuld jeweils einzelner Deutscher – [der] Tatschuld, Unterlassungsschuld, Redeschuld, Schweigeschuld – die Gesamtschuld eines Volkes.“ Der Begriff, so schloss Améry, taue also zu nicht mehr als „zu einer vagen statistischen Aussage.“¹⁸

Die Nachkriegsgesellschaft-West hat diese drei prominenten Denk- und Diagnoseangebote verteuft oder negiert und sich für eine Politik der „Amnestie und Amnesie“ entschieden: Von wenigen Ausnahmen abgesehen wurden die Mehrheit der NS-Eliten wie das Heer der ehemaligen Beamten in das neue Staatswesen integriert, die von alliierten Gerichten verurteilten Kriegsverbrecher freigelassen und synchron dazu das Dritte Reich samt seinen Verbrechen ungeschehen gemacht. Das geschah, indem man diesen Teil der deutschen Geschichte aus dem eigenen Leben abspaltete und ihn „den Anderen“ zuwies, Aliens unter dem Namen „die Nazis“ oder deren dämonischem Anführer „Hitler“. Dank dieser „Entwirklichung“, wie Alexander und Margarete Mitscherlich den psychischen Vorgang genannt haben,¹⁹ konnten sich Millionen Deutscher neue Personalpapiere verschaffen und aus Erlebtem und Erdachtem die dazugehörigen Wunschbiographien konstruieren: Keiner war's gewesen und niemand hatte etwas gewusst. „Mitte der fünfziger Jahre“, so das Resümee von Norbert Frei, „hatte sich ein öffentliches Bewusstsein durchgesetzt, das die Verantwortung für die Schandtaten des *Dritten Reiches* allein Hitler und einer kleinen Clique von *Hauptkriegsverbrechern* zuschrieb, während es den Deutschen in ihrer Gesamtheit den Status von politisch *Verführten* zubilligte, die der Krieg und seine Folgen schließlich sogar selber zu *Opfern* gemacht hatten.“²⁰

2. Die Legende von der „sauberen Wehrmacht“

Auch die Spitzen der ehemaligen Wehrmacht hatten sich für die von Saul Padover erstmals entdeckte Parole „Hitler war's“ entschieden. Im November 1945 verfassten fünf führende deutsche Feldmarschälle und Generäle für den Nürnberger Prozess eine Denkschrift, in der sie feststellten, dass das Verhältnis der Wehrmacht zur Partei wie zu Hitler stets kühl und distanziert gewesen sei, dass man vor dem Krieg die Judenverfolgung als der deutschen Nation unwürdig abgelehnt, im Krieg aber weder Einfluss auf das verbrecherische Tun der SS gehabt, noch davon je erfahren habe und dass die Generalität Hitlers Absicht, nach dem präventiven Einmarsch in die Sowjetunion dort einen Rassen- und Vernichtungskrieg zu führen, nicht gefolgt sei: Man habe den Feldzug ritterlich nach den Regeln des Völkerrechts geführt – auch gegen Stalins Partisanenbanden und deren Terror.²¹ Dieses Bild sollte ein halbes Jahrhundert Bestand haben, beglaubigt von den selbsterteilten Freisprüchen in den Memoiren der Generäle,²² den Heldenstücken der Landser in den Illustrierten-Romanen²³ und der Mitte der 1950er Jahre einsetzenden Welle der Kriegsfilm. Bis Mitte der 1960er Jahre machten diese bis etwa 10 Prozent der Spielfilmproduktion und deren einträglichste Sparte aus²⁴ und lieferten der Legende von der „sauberen Wehrmacht“ und dem „in treuer Pflichterfüllung sich aufopfernden deutschen Soldaten“ die visuelle Legitimation.²⁵ Diese Deutungsmuster verhalfen nicht nur den Millionen ehemaliger Wehrmachtssoldaten zu einer neuen, kollektiven Identität, sondern ermöglichten auch den zivilen Teilen der Nazi- und Kriegsgeneration, sich darin wiederzuerkennen. Das positive Bild der „sauberen“ und nur den Gesetzen von „Pflicht“ und „Opfer“ unterworfenen Wehrmacht verteidigen, bedeutete daher für die Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung auch immer das eigene gute Selbstbild aufrechtzuerhalten.

Diese millionenfache private Entnazifizierung erfuhr eine Legitimierung durch die damalige weltpolitische Lage: Die fast ohne Unterbrechung erfolgende Überleitung des Zweiten Weltkrieges in das Frontensystem des Kalten Krieges musste der Nazigeneration wie eine nachträgliche Bestätigung für die Richtigkeit von Hitlers antisowjetischem Kurs vorkommen und ließ das Vorgehen der Wehrmacht in Polen, auf dem Balkan und in der Sowjetunion wie den gescheiterten militärischen Prolog der aktuellen Politik des Westens erscheinen. Die vom ehemaligen alliierten Oberbefehlshaber und jetzigen NATO-Oberbefehlshaber Dwight

D. Eisenhower als Vorbedingung der Gründung der Bundeswehr verlangte und im Januar 1951 abgegebene „Ehrenerklärung“ für die ehemalige Wehrmacht und deren Kriegsführung – „[Ich] bin zu der Überzeugung gekommen, daß ein wirklicher Unterschied zwischen deutschen Soldaten und Offizieren als solchen und Hitler und seiner kriminellen Gruppe besteht“ – wurde von der Öffentlichkeit als Aufhebung aller gegen deutsche Militärs ergangenen alliierten Urteile und als unumkehrbare Rehabilitierung der ehemaligen Wehrmacht verstanden.²⁶

Aber politische und d. h. gesellschaftlich bedingte Prozesse sind reversibel. Sie wurden allerdings nicht von wehrmacht-kritischen Untersuchungen eingeleitet wie die von Manfred Messerschmidt über die systematische nazistische Indoktrination des deutschen Heeres nach 1933 und Christian Streit über die Ermordung von 3 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener in den Händen der Wehrmacht,²⁷ sondern durch eine Fernsehserie. Die in den USA produzierte vierteilige Serie *Holocaust* erzählte am Beispiel der Geschichte zweier deutscher Familien in Berlin, die sich kannten, die Stationen der „Endlösung“ – die sechsköpfige Familie des jüdischen Arztes Dr. Josef Weiss, von der nur zwei Angehörige die Schrecken der KZ und Vernichtungslager überlebten und ihr Antipode Erik Dorf, der als hoher SS-Führer den Holocaust organisierte und am Ende des Krieges Gift nahm. Die am 22., 23., 25. und 26. Januar 1979 auf Initiative des WDR in allen Dritten Programmen der ARD ausgestrahlte Serie wurde zum bis dahin größten Ereignis der deutschen Fernsehgeschichte: Mit Einschaltquoten, die sich von 31 auf zuletzt 40 Prozent steigerten, hatten mehr als 20 Millionen Menschen, fast die Hälfte aller Erwachsenen in der Bundesrepublik, die Serie gesehen.²⁸ Das ungeheure Interesse war auch daran ablesbar, dass nach den Sendungen insgesamt 30.000 Menschen Zuschauer beim WDR anriefen und über 100.000 Briefe dort eingingen.²⁹ In einer bundesweiten Umfrage äußerten sich 73 Prozent der Befragten positiv, 7 Prozent negativ, und 20 Prozent waren ohne Meinung. Die Mehrheit berichtete von Erschütterung, Tränen und Scham als Reaktion auf die Sendungen.³⁰

Die *Holocaust*-Serie hatte, wie der Historiker Klaus Wippermann formulierte, „die Deutschen ins Mark getroffen“.³¹ Und der ehemalige Buchenwald-Häftling Eugen Kogon deutete an, warum: „Ein Bann ist gebrochen. Man kann über die schrecklichen Dinge bis in die Schuld- und Mitschuldfrage [...] endlich miteinander sprechen.“³² Diese Einschätzung wird durch das Verlaufsprotokoll bestätigt,

das der junge Historiker Julius H. Schoeps, der aus den Anrufern die Teilnehmer für die anschließenden Diskussionen auswählte, später angefertigt hat. „Die meisten Anrufe“, notierte er, kreisten um die Begriffe ‚Vergessen‘, ‚Schuld‘ und ‚Wie konnte es dazu kommen?‘ Mir drängte sich das Gefühl auf, als ob viele Anrufer das Bedürfnis verspürten, mit irgendjemandem zu reden, ihre Betroffenheit, Bestürzung und Scham loszuwerden.“ Überrascht habe ihn, schreibt Schoeps, dass die Konfrontation mit dem Mord an den europäischen Juden auch das Schweigen um die Rolle der deutschen Wehrmacht aufgebrochen habe: „Dutzende von Anrufern baten wiederholt um die Klärung des Verhältnisses von Wehrmacht und Waffen-SS [...]. Ehefrauen riefen an, sie wären mißtrauisch gegenüber ihren Männern geworden, sie wüßten nicht, was diese in der NS-Zeit gemacht hätten. [...] Söhne teilten mit, sie hätten ihre Väter gefragt, die als Soldaten an der Ostfront waren, ob sie nichts von Auschwitz, Sobibor, Belsec und Treblinka gehört hätten. Väter riefen empört im Studio an, sie müßten sich vor ihren Söhnen rechtfertigen“.³³

In den Briefen wurden die Zuschauer deutlicher. Hier äußerten sich ehemalige Soldaten, Rot-Kreuzschwestern, Angehörige der Bau-*Organisation Todt* oder Beamte der Zivilverwaltung über das, was sie in der Sowjetunion meistens selbst gesehen hatten – die Räumung von Ghettos in Galizien, die Exekutionen von lettischen Juden durch SS und Hilfspolizei, die Ermordung von Zehntausenden von Juden in der Ukraine durch den SD, die Massaker der Polizei in Weißrussland. In einigen Fällen – so in Lemberg und Minsk – seien auch Wehrmachtseinheiten bei den Massenerschießungen eingesetzt worden.³⁴ Es zeigte sich, dass die Erinnerung an die deutschen Verbrechen nicht völlig gelöscht, sondern nur stillgelegt worden war. Jetzt, ausgelöst durch die Erschütterung und Beschämung in den deutschen Wohnzimmern über das Schicksal der Familie Weiss, war sie zurückgekehrt. Und eine zweite irritierende Erkenntnis hatte sich eingestellt – die Geschichte des *Dritten Reiches* und dessen Verbrechen war auch zugleich die Familiengeschichte von jedermann/jederfrau. Der deutsch-jüdische Philosoph Günther Anders, der 1933 nach Paris und dann in die USA geflüchtet war, hat die Serie 1979 so kommentiert: „Nun erst sind die Deutschen in die Nach-Hitler-Ära eingetreten. [...] Der Schock, der im Jahre 45 hätte eintreten müssen, [ist] nun erst eingetreten [...]“.³⁵ Diese Einschätzung sollte durch die heftigen Auseinandersetzungen der folgenden Jahrzehnte bestätigt werden.

3. Die kurze Geschichte der Wehrmachtsausstellung

Im Januar 1986, wenige Monate vor dem Tabubruch Ernst Noltes und Joachim Fests, die Schuld für den Holocaust aus der deutschen Geschichte zu eskamotieren und den russischen Bolschewiki bzw. deren Vorläufern in der französischen Revolution zuzuweisen, hatte der Vorsitzende des deutschen Historikerverbandes, Christian Meier, in einem Vortrag in Tel Aviv versucht, eine Bilanz der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit in der Bundesrepublik zu ziehen. Er reagierte damit nicht nur auf die Lawine von Gefühlen und Fragen, die durch die *Holocaust*-Serie 1979 ausgelöst worden waren, sondern auch auf das geschichtspolitische Roll-Back der neuen konservativen Bundesregierung ab 1982: Helmut Kohl hatte als Leitlinie ein „unbefangenes Verhältnis“ zur deutschen Vergangenheit angekündigt und durch seine Formulierung von „der Gnade der späten Geburt“ wie durch seinen gemeinsamen Besuch mit US-Präsident Reagan an den Gräbern von Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS 1985 in Bitburg zwei internationale Skandale verursacht.³⁶

Christian Meier stellte zu Beginn seiner Rede fest, dass zwar „die Erinnerung an die deutschen Verbrechen in die Fundamente der Bundesrepublik tief installiert“ sei, aber in der Ambivalenz sich widersprechender Gefühle die Symptome „einer im Ganzen unbewältigten Geschichtserinnerung“ zu Tage träten.³⁷ Er sprach von einem „Niemandland unserer Geschichte“, an dem „gearbeitet“ werde, das aber auch „selbst arbeitet“.³⁸ Meier sah die Ursache für diesen irritierenden Zustand darin, „dass die alte Frage weiter offen ist, ob und wie wir anerkennen, was wir zwischen 1933 und 1945 angerichtet haben. [...] Waren wir das, also das deutsche Volk – oder nur unsere Eltern und Großeltern, (die inzwischen tot oder an der Schwelle des Todes sind), das deutsche Bürgertum (oder eher Kleinbürgertum), der *Faschismus*, nur ein paar Verbrecher unter uns (in einer im ganzen *ansständig* gebliebenen Nation) oder war es gar nur Hitler?“³⁹ Diese Frage sollte in den neunziger Jahren auf mannigfache Weise beantwortet werden – durch Steven Spielbergs Film *Schindlers Liste*, Christopher Brownings Studie *Ganz normale Männer*, die Tagebücher des jüdischen Professors Victor Klemperer *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Daniel Goldhagens Publikation *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust* und nicht zuletzt durch die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*.

Vorgestellt wurde darin der neue Typ eines entgrenzten, weil außerhalb der Regeln des Völkerrechts geführten Krieges – der nationalsozialistische Vernichtungskrieg. Die Ausstellung demonstrierte dessen Charakter anhand dreier Fallstudien. Man sah, wie im Militärverwaltungsbezirk Serbien innerhalb des ersten Kriegsjahres 1941 alle männlichen Juden als Geiseln für mögliche jugoslawische Widerstandsaktionen verhaftet und dann sukzessive ermordet wurden. Man wurde Zeuge, wie die 6. Armee auf ihrem Weg durch die Ukraine von Juni bis Dezember 1941 die Einsatzgruppen der SS tatkräftig beim Judenmord unterstützte und den Hungertod zehntausender Zivilisten verursachte. Man erlebte, wie die Wehrmacht während der dreijährigen Besetzung von Weißrussland vom ersten Tag an einen unerbittlichen Krieg gegen die als partisanenverdächtig geltende Zivilbevölkerung führte und durch die Erfassung, Kennzeichnung und Ghettoisierung der Juden beim Vormarsch wie durch die zumeist logistische Unterstützung der Massensexekutionen der Einsatzgruppen zum Komplizen der „Endlösung“ wurde. Aufgrund dieses Materials formulierte die Ausstellung drei Thesen: 1. Der Holocaust begann in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, und die Wehrmacht war daran in vorab geplanter und arbeitsteiliger Weise beteiligt. 2. Die Verbrechen an den Juden wie an den andern Teilen der Zivilbevölkerung waren nicht nur das Werk einer hitlerhörigen Generalität und einiger fanatischer Nazioffiziere, sondern sie wurden von der Truppe ausgeführt, ohne dass es zu auffälligem Widerstand gekommen wäre. 3. Dafür verantwortlich war ein vorhandener und im Krieg radikalisierte Rassismus, der es ermöglichte, den von Hitler und der Wehrmachtsführung als Kriegsziel verlangten Mord an Juden und Slawen ohne moralische Skrupel auszuführen.⁴⁰

Als der ehemalige Wehrmachtsoffizier Klaus von Bismarck am 5. März 1995 in Hamburg die Ausstellung eröffnet hatte, wurde diese von der Zeit als „die wichtigste historische Ausstellung seit langem“ begrüßt: Anstatt der „Legende von der ‚sauberen Wehrmacht‘“ werde endlich „die fürchterliche Wahrheit“ offenbar, „die sich gegen eine Mauer einvernehmlichen Schweigens in der deutschen Öffentlichkeit nie durchsetzen konnte.“⁴¹ Das war auch der Tenor der meisten anderen Zeitungen. Die markante Gegenposition bezog, nach monatelangem Schweigen, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*: Sie nannte die Ausstellung ein „Pamphlet“, das einem nach Anlässen süchtigen „Schuldempfinden“ entspreche und machte, wie bisher üblich, die SS für alle Verbrechen verantwortlich.⁴² Zeitgleich ließ ein ehemaliger prominenter Fernsehjournalist unter Ministern und Abgeordneten in

Bonn eine Broschüre zirkulieren, in der er die Ausstellungsmacher als „Altkommunisten und Spät-68er“ diffamierte, die der Bundeswehr als Nachfolgeorganisation der Wehrmacht schaden wollten.⁴³

Beide Publikationen hatten politische Folgen: Verteidigungsminister Rühle verbot den Angehörigen der Bundeswehr jeden Kontakt mit der Ausstellung, CDU/CSU-Bürgermeister blieben deren Präsentation in ihren Städten fern, in Bremen wäre die Koalition von CDU und SPD fast geplatzt.⁴⁴ Zur Eskalation kam es in München, wo die Ausstellung auf Einladung der Stadt im Februar/März 1997 gezeigt wurde. Der dortige CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler höhnte, Reemtsma, der Erbe eines Tabakkonzerns und Finanzier der Ausstellung, solle lieber seine Millionen dem Andenken der gestorbenen Raucher widmen und inszenierte eine nächtliche Kranzniederlegung am Grabmal des *Unbekannten Soldaten*. Und der *Bayernkurier* unterstellte dem Projekt, es wolle einen „moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk“ führen.⁴⁵ Kein Wunder, dass der bayerische Kultusminister den Schulen von einem Besuch abriet. Mit dem Aufmarsch von 5.000 Neonazis in München erreichte die Kampagne ihren Höhepunkt und ihre Niederlage: Das Votum von 90.000 Besuchern machte die Ausstellung endgültig zu einem bundesweiten Ereignis. Abzulesen war das an der denkwürdigen Debatte des Bundestages am 13. März 1997: Redner aller Parteien versuchten, sich auf ganz persönliche Weise diesem bisher nicht eingestandenem Teil deutscher Schuld zu nähern. Einen Monat später wurde die Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche, dem Sitz des ersten deutschen Parlaments, eröffnet. Als Träger fungierten nun Landtage und Universitäten, Museen und Volkshochschulen, die Eröffnungsreden hielten Botschafter und Minister, Generäle und Schriftsteller, künftige Bundespräsidenten und ehemalige Bundeskanzler. Bis Herbst 1999 hatten fast eine Million Besucher in 34 österreichischen und deutschen Städten die Ausstellung gesehen. 70 weitere Anfragen aus dem In- und Ausland lagen vor.

Was hatte die Menschen so angezogen, sich diesem Dokument des Grauens zu stellen? Zuerst meldeten sich in den Gästebüchern die Landser, denen nach 1945 keiner hatte zuhören wollen: „Es stimmt alles. War vom ersten bis zum letzten Kriegstag dabei.“ – „War selbst zwei Jahre an der Front in Rußland und kann die hier gezeigten Dokumente aus eigener Anschauung bestätigen.“ – „Leider, leider, es war so!“ – „Ich war Offizier im Mittelabschnitt der Ostfront und übernehme meinen Teil an der Verantwortung.“⁴⁶ Die Sätze brachen aus den alten Soldaten heraus, als ob etwas in ihnen explodiert sei. Viele hinterließen Namen und Ad-

resse, notierten den Jahrgang und den Truppenteil. Manche fügten die Erinnerung an Verbrechen, deren Zeuge sie geworden waren, hinzu. „Ich war Kradmelder eines Nachrichtenzuges im Stab einer Panzerjäger-Abt. in der 87. Inf. Division. In Bobruisk hatte ich von Kameraden gehört, daß die 4. Kompanie ein Waldgelände absperren mußte, weil dort, von SD u. SS, Menschen erschossen wurden. S.W. (87 J. alt.)“ – „Ich bin stark erregt von den Erinnerungen. Man wußte es! Es gab Absprachen zwischen Wehrmacht und braunen Mordkommandos, [...] Es ist auch wahr, daß Wehrmachtssoldaten bei Mordtaten Absperrungen vorgenommen haben – und vereinzelt mitmachten. [...] Heinrich Gellermann.“⁴⁷ Die meisten der älteren Besucher aber reagierten empört: Sie bestritten die Fakten, verteidigten das geschönte Bild und leugneten, etwas gewusst zu haben oder gar beteiligt gewesen zu sein.⁴⁸ Renate Schostack, Redakteurin der FAZ, hat den Männern gelauscht, die sich jeden Tag auf dem Münchener Marienplatz gegenüber der Ausstellung trafen, um zu protestieren und auch, um miteinander zu reden: „Fast immer verlief das nach dem gleichen Muster. Der Sprechende wies auf sich oder zeigte ein Foto: Sehe ich, sieht mein Bruder aus wie ein Verbrecher? Sie erwarteten die Antwort: Nein, Sie sehen nicht aus wie ein Verbrecher. Dann erzählten sie rasch von Greueln, von denen sie gehört oder im Fernsehen gesehen hätten, um sogleich hinzuzusetzen: So etwas haben wir damals nicht gemacht. Danach der dritte Schritt: Wir mußten es ja tun. Man hätte Beichtvater sein müssen, um zu fragen, was sie denn gemacht hätten. Doch niemand nahm diesen Männern die Beichte ab.“⁴⁹

Alle diese stillen oder lautstarken Proteste trugen dazu bei, das jahrzehntelange Schweigen endlich zu brechen. Für die Söhne und Töchter der Kriegsgeneration wurde die Ausstellung deshalb zum Ereignis. „Vor allem die jüngere und mittlere Generation“, so hat die Historikerin Ute Frevert beobachtet, „zeigte sich erschüttert. Ihre Erschütterung hing, [...] nicht zuletzt damit zusammen, daß das Gesehene die unsichtbare, aber gleichwohl markante Grenze zwischen der öffentlichen und der privaten Erinnerung an das ‚Dritte Reich‘ niederriß. Die Wehrmacht-Ausstellung rührte folglich, gerade auch wegen ihrer ‚privaten‘ Exponate, an Gefühle, Solidaritäten und Generationenverträge, die von den Ausdrucksformen des kollektiven Gedächtnisses bislang teils gestützt, teils nicht tangiert worden waren. [Sie] erzwang [...] noch einmal jene ‚Intimisierung‘ der Auseinandersetzung mit dem NS, die erstmals im Anschluß an die TV-Serie *Holocaust* 1978/79 stattgefunden hatte.“⁵⁰ „Vater, wo warst Du?“ wurde der häufigste Eintrag in den Besucherbüchern.

Die Übereinstimmung mit der Holocaust-Serie ist ebenso markant wie der Unterschied dazu: Anders als die öffentlichen Debatten während und nach der Ausstrahlung der Serie im Fernsehen, war die Wehrmachtsausstellung kein einmaliges und rasch vorübergehendes Ereignis, sondern beschäftigte die österreichisch-deutsche Öffentlichkeit viereinhalb Jahre lang und hätte, wenn sie nicht Ende 1999 von ihrem Mäzen Jan Philipp Reemtsma abgebrochen worden wäre, ihren Erinnerungsparcours fast unbegrenzt fortgesetzt. Es muss also noch tiefere Ursachen für diese Faszination gegeben haben, als dies die Gästebücher vermelden. Es sind vier Gründe, die von Historikern und Kulturwissenschaftlern für die Singularität der Ausstellung angeführt wurden:

1. Die Beschäftigung mit dem *Holocaust* war bis dahin auf die Vernichtungslager fixiert. In der Öffentlichkeit war nicht bekannt, dass dort nur etwa 60 Prozent der 6 Millionen Opfer „fabrikmäßig“ ermordet, die anderen aber mit „traditionellen“ Mitteln wie MPs und Karabinern in Polen und in der Sowjetunion erschossen worden waren. An diesen „Verbrechen ‚auf freiem Feld‘“, wie Habbo Knoch formuliert hat, „[waren] jenseits des engbegrenzten Raums des Lagers und der SS-Täter Soldaten und Zivilisten alltäglich beteiligt [...]“. Die Ausstellung habe diese „Verschränkung“ der Bildhaushalte von Krieg und Verbrechen erstmals sichtbar gemacht.⁵¹

2. Dirk Rupnow hat darauf hingewiesen, dass die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft wie deren Historiker den Holocaust durch die Fixierung auf ein anscheinend exterritoriales Auschwitz „derealisiert“ und durch die Verwandlung des Ortes in eine „Black Box, [...] deren innere Vorgänge sich dem Blick entziehen“ auch „depersonalisiert“ hätten. Nur die Fotos der Leichenberge seien zirkuliert und zu „Ikonen der Vernichtung“ geworden, alle Fotos vom „Töten und Getötetwerden“ aber habe man einem rigorosen „Bilderverbot“ unterworfen. Die Ausstellung, indem sie das Töten und die Täter zeigte, habe dieses Verbot nicht akzeptiert und den „Bildbruch“ gewagt. Das sei ihr „Skandalon“ für die breite Öffentlichkeit wie für die Historikergunft gewesen.⁵²

3. „Man hat festgestellt“, schrieb Helmuth Lethen, „daß die Konzentration auf das Schicksal der Opfer die Täterprofile unsichtbar macht. [...] Das Unheimliche der ersten Ausstellung war die magische Rückkehr der Täter in unsere Gesellschaft. Die Empathie mit Mutter und Kind am Rande der Sandkuhle reißt auch den am Bildrand postierten Schützen mit in eine magische Präsenz.“⁵³ Da Fotos dieser Art das Gros der in der Ausstellung verwendeten Bilder darstellten und aus

den Brieftaschen der in Jugoslawien oder in der Sowjetunion gefangenen oder gefallenen Wehrmachtssoldaten stammten, waren sie Zeugnisse für die Nähe der Truppe zu oder deren Beteiligung an Verbrechen. Viele Besucher kamen nur in die Ausstellung, um festzustellen, ob sie selbst oder Angehörige auf den Tafeln aufzufinden waren.

4. Was Lethen an dem Foto von Mordschütze und ermordeter Mutter mit Kind als so verstörend fand, war die „perverse Zwangsgemeinschaft“ von Tätern und Opfern, wie zwei Fotohistoriker das schon lange vor der Eröffnung der Ausstellung bezeichnet hatten.⁵⁴ Die Ermordeten mit ihren Mördern und meist deren feixenden Kameraden auf einem Bild, das war für Dieter Reifarth und Viktoria Schmid-Linsenhoff nicht nur Beleg dafür, dass es in den Lagern wie an der Front „den Terror gegeben hat“, sondern sie versuchten auch, diese Bilder „als Dokumente einer Mentalitätsgeschichte des Faschismus“ zu lesen.⁵⁵ Diese Perspektive erschien uns für das Verstehen der Handlungen und Beweggründe von Millionen Soldaten so bedeutsam, dass wir diesen und einen zweiten Foto-Beitrag im Begleitband zur Ausstellung abdruckten, als Handreichung für weitere Forschungen zu diesem Thema.⁵⁶ Thomas Kühne hat diese Anregung in einem vielbeachteten Aufsatz aufgegriffen. Er tadelte anhand der ersten Bände der Reihe *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* auch die wehrmachtskritische Forschung, weil sie das Verhältnis der Wehrmachtsführung zu Hitler nur in der „Rhetorik des Mißbrauchs, [...], der Verführung, der Verstrickung“ dargestellt habe und vor dem Befund „eigenständiger genozidaler Motive und Handlungen“ bei den Militärs zurückgeschreckt sei. Sie sei daher Gefangener der bis dahin üblichen „Viktimisierungsfälle“ geblieben.⁵⁷ Die produktive Provokation der Ausstellung, so Kühne, habe darin bestanden, dass sie diesen Opferdiskurs in Frage gestellt und „individualisierend und anschaulich dokumentiert [habe], daß, ‚normale‘ Soldaten [...] unter dem verbrecherischen Krieg keineswegs nur litten, sondern Lust daran fanden. [...] Die Botschaft der Fotos lautete: Jedermann, ‚ganz normale Männer‘ konnten zu Mördern werden.“⁵⁸ Auch Klaus Theweleit hat sich zeitgleich mit den Fotos der Ausstellung beschäftigt. „Der Mord“, so lautete sein Kommentar in der *Badischen Zeitung*, „wird nicht als ‚Mord‘ wahrgenommen, weil er genehmigt ist, er kann als Urlaubsfoto nach Hause gehen oder neben die Familienbilder ins Portemonnaie geraten, weil er das eigene Leben im Zustand krimineller paradiesischer Freiheit zeigt, das sich dabei gefällt, die Erde von Ungeziefer zu befreien. ‚Strafe?‘ Keine zu erwarten. Wir werden gesiegt haben. Dieses Bewußtsein, diesen Blick

zeigen die Fotos der fotografierenden Soldaten in Rußland, in Polen oder auf dem ‚Balkan‘ in aller Klarheit; in aller unschuldigen Klarheit. [...] Dies ist der Schock, den die Fotos bei den Gegnern der Wehrmachtsausstellung auslösten“.⁵⁹

Die Ausstellung hatte, wie diese wissenschaftlichen Urteile zeigen, alle Schrecken der vergangenen Verbrechen wiederauferstehen und einen Teil der Sicherungen, die von Politik, Justiz, Wissenschaft und Publizistik in der Gründungsphase der Bundesrepublik im Interesse eines kollektiven Täterschutzes eingebaut worden waren, durchbrennen oder doch zumindest locker werden lassen. Außer einer Neuauflage der Debatte über die Kollektivschuld drohte jetzt auch eine über das, was Giordano die „zweite Schuld“ genannt hat. Daher musste das Haupt der Medusa abgeschlagen werden. Dieses war umso dringlicher, weil am 2. Dezember 1999 eine fertige englischsprachige Fassung der Ausstellung in New York zu einer Tour durch die prominentesten Universitäten der USA starten sollte. Unter dem Druck einer Anfang Oktober 1999 zeitgleich in zwei Fachzeitschriften ausgelösten Kampagne, deren Sprengköpfe die Vorwürfe der polnischen bzw. ungarischen Historiker Bogdan Musial und Krisztian Ungvary waren, zehn Fotos der Ausstellung zeigten statt Opfer der Wehrmacht solche des NKWD, und 90 Prozent der Fotos hätten mit Wehrmachtsverbrechen nichts zu tun,⁶⁰ zog Reemtsma die Ausstellung im Oktober 1999 zurück. Die zur Überprüfung der Vorwürfe eingesetzte internationale Historiker-Kommission monierte lediglich „bei zwei von 10 kritisierten Fotografien“ die bezüglich der abgebildeten Opfer falschen Bildlegenden der Archive und kam zu der Feststellung, dass von den 1.433 verwendeten Fotografien „weniger als 20 Fotos“ wegen Zugehörigkeit der Dargestellten zu anderen NS-Formationen oder Streitkräften der Verbündeten nicht in eine solche Ausstellung gehörten.⁶¹ Die Kommission unterstrich, dass „die Grundthesen der Ausstellung über die Wehrmacht und den im ‚Osten‘ geführten Vernichtungskrieg der Sache nach richtig sind“ und bestätigte die „Intensität und Seriosität der von den Autoren geleisteten Quellenarbeit“.⁶² Trotz dieser eindeutigen Rehabilitierung präsentierte der Leiter des Hamburger Instituts im November 2001 in Berlin eine neue Ausstellung.

Darin sucht man die vier oben aufgeführten Ärgernisse vergebens: Es fehlte „der Holocaust auf freiem Feld“, die schon vor dem Überfall auf die Sowjetunion installierte Achse der Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und SS. Stattdessen sah man Einzelaktionen, parzellierte Akteure und die zeitliche Begrenzung des Judenmords auf 1941. Es fehlten die Fotos vom „Töten und Getötetwerden“ – die

Massenexekutionen, die permanenten Erhängungen, das übliche Abbrennen der Dörfer, also der Alltag des Verbrechens. Stattdessen wurden Leichenfelder, zusammengetriebene Menschen ohne die Treiber präsentiert. Es fehlte die „magische Rückkehr der Täter“ auf den Fotos der Landser mit ihrem Verweis auf Millionen von Tätern und Komplizen. Stattdessen wurden die Porträtfotos von 70 Generälen und Offizieren in akkurater Uniform und mit den üblichen Attributen der Macht gezeigt. Schließlich fehlte jeder Hinweis auf das Vorhandensein „eigenständiger genozidaler Motive“ bei vielen Soldaten, also auf die Lust an diesem Krieg, auf die Übereinstimmung mit dessen Zielen, auf den Hass gegenüber Juden und slawischen „Untermenschen“. Stattdessen gab es eine Installation „Handlungsspielräume“, in deren Tonkabine ohne Hinweise auf Herkunft, Sozialisation, politischen Werdegang vier „böse“ und acht „gute“ Soldaten vorgestellt wurden – keine historisch belegte, sondern eine behauptete Repräsentativität. Bilanziert man diese gravierenden Veränderungen im Vergleich zur ersten, dann hat die zweite Ausstellung, wissenschaftlich profund, Taten ohne Täter präsentiert. Die neuen Legenden haben ihren Ursprung in dieser Leerstelle: Rolf-Dieter Müller vom *Militärgeschichtlichen Forschungsamt* der Bundeswehr und Christian Hartmann vom *Münchener Institut für Zeitgeschichte* setzten schon 2002 die Zahl von 5 Prozent, d. h. über den Daumen gepeilt von nur 500.000 Tätern der Wehrmacht in die Welt.⁶³ Aber die wirkmächtigeren Legenden entstanden woanders.

4. Niemandland

„Die moderne Mediengesellschaft“, so die ernüchternde Bilanz des 2012 verstorbenen großen britischen Historikers Eric Hobsbawm, „hat der Vergangenheit zu einer beispiellosen Bedeutung und einem enormen Machtpotential verholfen. Heutzutage wird mehr Geschichte denn je von Leuten umgeschrieben oder erfunden, die nicht die wirkliche Vergangenheit wollen, sondern eine, die ihren Zwecken dient. Wir leben heute im großen Zeitalter der historischen Mythologie.“⁶⁴ Mit diesem Hinweis ist schon angedeutet, wo der Schwerpunkt meines Abschlusskapitels liegt – im deutschen Geschichtsfilm, dem einzigen Ort, an dem heute kollektive Erinnerung produziert wird. Ich will das im Umriss an zwei prominenten Vertretern dieses Genres darlegen, an den Filmen *Der Untergang* und *Unsere Mütter, unsere Väter*.

Guido Knopp hatte sich mehr als ein Jahrzehnt im ZDF bemüht, die, so sein Credo, in Deutschland auseinanderklaffenden Extreme von „Trauerarbeit“ und „Identitätsfindung“ wieder in Balance zu bringen, um dadurch das „Defizit an ‚Wir-Bewußtsein‘“ zu beseitigen.⁶⁵ Seine Methode war gewesen, mit den alten, unkommentierten Nazi-Wochenschauen seine meist berenteten Zuschauer noch einmal in die faszinierenden Zeiten des Dritten Reiches mit dessen Triumphen und Schrecken zurück zu beamen, um dann, gestützt auf ausgewählte Dokumente, eine Kaskade von Zeitzeugenschnipseln und hilflosen Spielszenen mit den Millionen Fernseh-Geschworenen das Verfahren gegen „Hitlers Helfer“ neu zu eröffnen. Knopp konfrontierte sein Publikum zwar mit den Belegen einer anderen Wirklichkeit, als sie auf seinen Goebbels-Clips zu sehen war, er sprach von Verbrechen, von Morden, von Millionen Opfern, aber gleichzeitig entlastete er die Täter, indem er ihre Taten in einem Nebel von Fragen verhüllte – hatten sie etwas gewusst oder nur nicht hingesehen, hatten sie nicht hinsehen wollen oder aus dem Gewussten bloß keine Konsequenzen gezogen? Die Gewissheit der bisherigen Urteile wie der neueren wissenschaftlichen Fakten wurde dann in einem chemischen Bad des Zweifels aufgelöst. Übrig blieb „Akte XY ungelöst“ und das wohlige Gefühl, es sei doch alles nur halb so schlimm gewesen.⁶⁶

Der 2004 von Oliver Hirschbiegel und Bernd Eichinger in den deutschen Kinos präsentierte Film *Der Untergang* bedeutete gegenüber diesen umständlich fabrizierten halben Freisprüchen eine Zäsur. Der Film erzählte seine Geschichte freihändig. Es geht darin um die letzten zehn Tage des *Dritten Reiches*, zentriert auf den Tatort Berlin. Übertags, in den Straßen der Reichshauptstadt, der Häuserkampf der Rotarmisten auf dem Weg zum sicheren Sieg und der Kampf der Bevölkerung ums nackte Überleben. Untertags, im Führerbunker, das Drama eines berstenden, aber in der Person Hitlers und Goebbels‘ noch immer allmächtigen Regimes: Erst mit beider Selbstmord wird die Kette gesprengt, und die restliche Bunkerbesatzung kann fliehen. Der Film zeichnet sein Personal nach einem simplen Schema: die einen – Hitler und Goebbels – sind als wahnhaft Fanatiker klinische Fälle, die anderen – die Spitzen des Oberkommandos der Wehrmacht Keitel und Jodl, die SS-Generäle Mohnke und Fegelein sowie der Rüstungsminister Speer – fungieren als Vertreter des Realitätsprinzips und wirken als Sympathieträger. Dabei waren sie für die Massenmorde in der Sowjetunion verantwortlich bzw. an der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden beteiligt. Auch jetzt noch, wenn Keitel/Jodl, Mohnke und Speer nach den Besprechungen mit Hitler den

Bunker verlassen haben, führen sie aus ihren Kommando-Zentralen den Krieg weiter und verschulden so den Tod von weiteren Hunderttausenden von Menschen.⁶⁷ Diese für die Geschichte Nazi-Deutschlands typischen Lebensgeschichten tauchen in den Figuren des Films nicht auf: Die Vorgeschichte des Untergangs des Dritten Reiches und deren Repräsentanten interessieren das Team Hirschbiegel/Eichinger nicht. Um es schärfer zu formulieren: Dieser Film hat ganz generell kein Interesse an der Ereignisgeschichte und deren Hintergründen – er will sie auslöschen, um sie durch eine erfundene zu ersetzen.

Statt der in Filmsprache und Filmfiguren übersetzten Geschichte wird dem Zuschauer „Authentizität“ geliefert: Er darf Hitler privat erleben – beim Essen und Ankleiden, bei plötzlichen Wutausbrüchen und charmantem Chefgeplauder. Diese Intimisierung macht jeden zum Mitwisser: So und nicht anders muss die Geschichte abgelaufen sein. Ab jetzt war jeder Zeitzuge. Joachim Fest, der die Grundlage für das Drehbuch geliefert hatte, begeisterte sich: „Das ist Hitler!“ Und der derzeit renommierteste Hitler-Biograph Ian Kershaw rastete förmlich aus: Bruno Ganz als Hitler „klingt erschreckend echt“.⁶⁸ Dieser Eindruck des Authentischen wird verstärkt durch eine Sentimentalisierung des Geschehens. Die Protagonisten erscheinen nicht als gescheiterte Vollstrecker eines Projekts der Welteroberung oder der Judenausrottung, als hohl gewordene Personifikationen von Chauvinismus oder Herrenmenschentums, sie präsentieren sich als normale Menschen, die in eine ausweglose Situation geraten sind und darauf je nach Charakter reagieren – mit klugen Vorschlägen, durch waghalsige Spekulationen, Ausharren auf verlorenem Posten oder Vergessen im Alkohol. Dieses Hantieren am Abgrund schafft emotionale Identifikation.

Das Echo in den Medien war hymnisch: Am weitesten ging die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Sie feierte die Befreiung vom Diktat der Fakten, von den Befunden der Historiker und von den schlechten Gefühlen, die jede Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit auslöst: „Bernd Eichinger also hat geschafft, was vor ihm noch keinem gelang“, schrieb Frank Schirrmacher. „Er hat Hitler ein zweites Mal erfunden. Er hat Hitler damit, so sonderbar es klingt, zum ersten Mal kontrollierbar gemacht; zum ersten Mal ist es möglich, Hitler in einen Kontext zu stellen, den er uns nicht postum vorschreibt [...]. Insofern, als Eichinger der erste Künstler ist, der sich von Hitler nichts mehr vorschreiben läßt, ist es ein Akt von Normalisierung“.⁶⁹ Dieser Akt der Befreiung besteht nicht nur in der Auslöschung der historischen Fakten, sondern er beinhaltet auch die Vertreibung der Moral aus

der Geschichte: „Man sollte die Moral einfach rauslassen. Die Moral hat noch niemandem gutgetan“, ließ Eichinger vor der Erstaufführung wissen.⁷⁰ Die Verbrechen Nazideutschlands und die daraus resultierende Schuld, die das Leben von mindestens drei Generationen vergiftet hat, kommen in den neuen Drehbüchern nicht vor.

Auch der Film *Unsere Mütter, unsere Väter*, den der Drehbuchautor Stefan Kolditz, der Regisseur Philipp Kadelbach und der Produzent Nico Hofmann im März 2013 als Dreiteiler zur besten Sendezeit im ZDF präsentiert haben, arbeitet wie *Der Untergang* mit dem Prinzip der historischen Lücke: Es gibt keine Weimarer Republik, die zerschlagen wurde, keine Errichtung der Nazidiktatur 1933, keine gewaltsame Ausschaltung der politischen wie „rassischen“ Gegner, es gibt keine planvolle Vorbereitung und Auslösung des Zweiten Weltkrieges. Alles fängt an mit dem 22. Juni 1941: Das ist der erste Tag der Schöpfung, die Krieg heißt, und die am 8. Mai 1945 endet. Aber auch diese Schöpfung ist voller Lücken: Es gibt Soldaten, aber keine Wehrmacht mit einer Hierarchie, Befehlswegen, einer von Hitler gewollten herausragenden Rolle im NS-Staat und einem weltanschaulichen Auftrag für den 1939 ausgelösten und 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion von allen moralischen Maximen und völkerrechtlichen Bindungen befreiten Vernichtungskrieg. Aber auch dieser neue Typ von Krieg, in dem zwei Völkermorde aufgrund von vorab erlassenen Grundsatz-Befehlen stattfinden, ist für den Zuschauer nicht zu fassen: Man erfährt nicht, mit welchem Ziel er geführt wird und worin er sich von denen unterscheidet, die es vorher gab – in Polen und in Frankreich. Es gibt keinen Kriegsplan außer der Bewegung nach vorn, es gibt kein Schlachtfeld mit extremer Landschaft und einer fremdartigen Bevölkerung, die in Städten und Dörfern zum Objekt einer zügellosen Gewalt wird, es gibt keine Kesselschlachten, in denen der Gegner Millionen Soldaten verliert, zugleich aber die Kraft aufbringt, Hitlers Blitzkrieg schon im Juli zu bremsen und im Dezember 1941 scheitern zu lassen.

Verbrechen kommen zwar vor, und jeder der Protagonisten begeht oder duldet mindestens eines – ein jüdisches Mädchen und ein flüchtender Junge werden erschossen, eine Jüdin wird verraten und damit der SS ausgeliefert, ein Kommissar der Roten Armee und eine als Partisanen verdächtige Familie werden exekutiert. Eine Gruppe Bauern muss als menschliches Minensuchgerät durch einen Wald gehen, um versteckte Minen zur Explosion zu bringen, mit dem Risiko, sich dabei selbst in die Luft zu sprengen. Ob das nur Einzelfälle sind oder ein systematischer

Zusammenhang zwischen diesen völkerrechtswidrigen Aktionen besteht, erfährt man nicht. Der Oberleutnant und Kompaniechef Wilhelm Winter jedenfalls weiß nichts von den schon Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion ergangenen und auf Dutzenden von Offizierslehrgängen erläuterten „verbrecherischen Befehlen“ der Wehrmachtsführung. Diese ordneten für gefangene Kommissare spätestens nach dem Verhör die Exekution an, sie erlaubten schon im Verdachtsfall die Erschießung jedes Zivilisten als Partisan, sie verweigerten den sowjetischen Kriegsgefangenen die garantierte ehrenvolle Behandlung nach der Genfer Konvention, sie verabredeten mit den dafür aufgestellten SS-Einsatzgruppen den Judenmord hinter den vormarschierenden Truppen – „auf freiem Feld“ – und unterstellten diese Mordkommandos der Logistik und der Berichtspflicht der Wehrmacht. Dass jeder Jude und jeder Kommunist Kriegsgegner der Deutschen und entsprechend zu behandeln waren, diesen Befehl bekam jeder Soldat beim Einmarsch in die Sowjetunion in die Hand gedrückt. Der Offizier Winter erfährt das alles erst nach und nach, wundert sich, wie der naive Parsifal im Gralsgebiet und wehrt sich irgendwann, indem er aus dem Krieg auszusteigen versucht.

Wie der Krieg haben auch die Protagonisten, die fünf Freunde, keine Vorgeschichte – keiner von ihnen ist durch die allgegenwärtige nationalsozialistische Weltanschauung politisch geprägt worden und, was der Normalfall und ab 1936 Pflicht war, in der HJ oder im BdM organisiert gewesen. Auch die ideologische Indoktrination der Rekrutenausbildung scheint bei den Brüdern Wilhelm und Friedhelm keine Spuren hinterlassen zu haben. Und Viktor, der einzige Jude unter ihnen, ist auf wundersame Weise heil und unberührt durch die Jahre 1933 bis 1941 gekommen. Eben war Jugend, jetzt ist Krieg oder Verfolgung. Zu unschuldigen Opfern werden sie alle. Eine ganze Generation.⁷¹ „So wären die Deutschen gerne gewesen“, hat Ulrich Herbert, einer der raren Kritiker des Films angemerkt.⁷² Er hat den Film damit, ohne es auszusprechen, historisch richtig eingeordnet: *Unsere Mütter, unsere Väter* ist ein Kriegsfilm im Geiste der 1950er und frühen 1960er Jahre, gedreht mit der filmischen Raffinesse des neuen Jahrtausends. Uns begegnen also anständige Offiziere, eine böse SS und junge Soldaten, die allesamt unschuldige Opfer sind.

Dem Filmteam um Nico Hofmann war natürlich die Existenz der frühen wehrmachtskritischen Studien von Manfred Messerschmidt, Christian Streit und Helmut Krausnick bekannt. Sie wussten, dass in den 1980er Jahren wegweisende Beiträge von Mitarbeitern des *Militärgeschichtlichen Forschungsamtes* wie Jürgen

Förster, Wolfram Wette und Gerd Ueberschär erschienen waren, ohne die es die Wehrmachtsausstellung nicht gegeben hätte. Sie hatten sicher auch gelesen oder hätten erfahren können, dass es neuere profunde Arbeiten gab wie die von Christian Gerlach, Christoph Rass, Andrej Angrick, Thomas Kühne oder Felix Römer. Aber sie haben dieses gesamte wissenschaftliche Material bewusst negiert und stattdessen auf die modische, unbewiesene These von Sönke Neitzel und Harald Welzer gesetzt. Die beiden Autoren behaupten, dass der Krieg im Osten „kein Weltanschauungskrieg“ gewesen, sondern nur aus der „Eigendynamik der Gewalt“ entstanden sei und sich daher das Handeln der Wehrmachtssoldaten „nicht wesentlich“ von dem unterschieden habe, „was andere Soldaten in andern Kriegen tun und getan haben“.⁷³ Friedhelm Winter, der ursprünglich indifferent bis abweisend dem Kriegsdienst gegenübersteht, ist die Thesenfigur des Films: „Der Krieg bringt die schlechtesten Seiten in jedem von uns hervor“, verkündet er wie ein Mantra immer wieder. Und sein Bruder Wilhelm, unwissender Oberleutnant und allwissender Erzähler, ergänzt: „Friedhelm wurde im Krieg zum Krieger“.

Die vom ZDF wie ein Staatsereignis zelebrierte Ausstrahlung wurde von den Medien entsprechend einstimmig bejubelt – als „einen grandiosen Antikriegsfilm“ feierte ihn die *Frankfurter Rundschau*,⁷⁴ „ein epochales Ereignis nicht nur der Fernsehgeschichte“, lobte die Welt am Sonntag.⁷⁵ Und auch der *Süddeutschen Zeitung* fiel nichts anderes ein als das Echo: eine „epochal[e] Geschichtsstunde“.⁷⁶ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* startete gar eine regelrechte Kampagne: Frank Schirrmacher erklärte, der Film leite „eine neue Phase der filmisch-historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus ein“ und sei imstande, auch „den letzten Zeitgenossen noch einmal inmitten ihrer Familie die Zunge zu lösen“. Dann trommelte er die Familien zum Mehr-Generationen-Gespräch zusammen: „Wo immer möglich sollten Eltern den ZDF-Dreiteiler [...] zusammen mit ihren Kindern ansehen [...]. Und dort, wo es die Familiendemographie erlaubt, zusammen mit den Kindern der Kinder.“⁷⁷ Machen wir uns nach solchem Jubel darauf gefasst, dass in Zukunft alle Themen und Protagonisten Nazideutschlands noch einmal durch die Zentrifuge der mythischen Umdeutungen und der knallharten Freisprüche gejagt werden. Die verkapselten und daher diffusen Schuldgefühle der Deutschen werden dadurch nicht beendet, sondern verlängert.

Dan Diner hat schon vor 15 Jahren diesen gespenstischen Zustand einer Erinnerung im Zangengriff der Erinnyen prophezeit: „Weil das Verbrechen gegen ein anderes Kollektiv gerichtet war, zieht es gleichsam intuitiv eine kollektive Schuld-

vermutung nach sich. Mehr noch: Weil derartige Verbrechen angemessen gar nicht geahndet werden können, legt sich die nicht abgegoltene, nicht abgeltbare Schuld der in unterschiedlicher Weise in die Tat verstrickten auf *alle*, die ihrem Gedächtnis nach dem Kollektiv zugehören, aus dem heraus die Täter handelten. So erzeugt jenes Kollektivverbrechen wie aus sich heraus ein vagabundierendes und generationell übergreifendes *Schuldgefühl*. Und ebenjenes Schuldgefühl mutiert zu einem zentralen Bestandteil des kollektiven Bewusstseins der Deutschen.“⁷⁸

Anmerkungen

- ¹ Saul K. Padover, Lügendetektor, Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, München 2001, S. 46.
- ² Ebd., S. 93f.
- ³ Rolf-Dieter Müller (Hrsg.), Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10, Zweiter Halbband, München 2008, Hinteres Vorsatzblatt; Die Zahl der Opfer Finnlands und Rumäniens nach deren Wechsel ins Lager der Anti-Hitlerkoalition 1944 sind in der Endsumme nicht enthalten. Abweichend von Müller vgl. die jugoslawischen Verluste bei Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 169; Zu den tschechischen Opfern vgl. Christine Brenner, „Zwischen Ost und West“. Tschechische politische Diskurse 1945 – 1948, München 2009, S. 34.
- ⁴ Rainer Blasius, Weder „gute“ noch „böse“ Deutsche. Zur politischen Kriegsführung Großbritanniens in den Jahren 1939-1943, in: Jost Dülfer, Bernd Martin, Günter Wollstein (Hrsg.), Deutschland und Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Frankfurt am Main, Berlin 1990, S. 175-202, hier: S. 196.
- ⁵ Bernd Greiner, Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, Hamburg 1995, S. 170.
- ⁶ Cornelia Brink, Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945, Berlin 1998, S.72f.
- ⁷ Karl Jaspers, Die Schuldfrage, München (1946) 1979, S. 33.
- ⁸ Ebd., S. 21. Jaspers benannte auch eine vierte Schuld, die jeden einzelnen Menschen aufgrund seiner Verpflichtung zur Solidarität für alles Unrecht auf der Welt mitverantwortlich macht. Diese „metaphysische Schuld“, über die nur Gott entscheiden kann, ist für unsere Fragestellung irrelevant, ebd. S. 21f.
- ⁹ Ebd., S. 53.
- ¹⁰ Ebd., S. 21; ähnlich S. 44f.
- ¹¹ Ebd., S. 23; eine umfassende Typologie der moralischen Schuld lieferte er auf S. 46-52.
- ¹² Ebd., S. 53f.

- ¹³ Hannah Arendt, Organisierte Schuld, in: dies., Die verborgene Tradition, Frankfurt am Main 1976, S. 32-45, hier: S. 34.
- ¹⁴ Ebd., S. 37f.
- ¹⁵ Ebd., S. 33 u. 35.
- ¹⁶ Ebd., S. 38.
- ¹⁷ Jean Améry, Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten, München 1966, S. 105.
- ¹⁸ Ebd., S. 117.
- ¹⁹ Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967, S. 33f.
- ²⁰ Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 405.
- ²¹ Staatsarchiv Nürnberg, PS-3798; vgl. auch Manfred Messerschmidt, Vorwärtsverteidigung. Die „Denkschrift der Generäle“ für den Nürnberger Gerichtshof, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 531-550.
- ²² Friedrich Gerstenberger, Strategische Erinnerungen. Die Memoiren deutscher Offiziere, in: Heer/Naumann, Vernichtungskrieg (wie Anm. 21), S. 620-633.
- ²³ Michael Schornstheimer, „Harmlose Idealisten und draufgängerische Soldaten“. Militär und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre, in: Heer/Naumann, Vernichtungskrieg, S. 634-650 (wie Anm. 21). Vgl. ders., Die leuchtenden Augen der Frontsoldaten. Militär und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre, Berlin 1995.
- ²⁴ Gerhard Paul, Krieg und Film im 20. Jahrhundert. Historische Skizze und methodologische Überlegungen, in: Bernhard Chiari, Matthias Rogg, Wolfgang Schmidt (Hrsg.), Krieg und Militär im Film des 20. Jahrhunderts, München 2003, S. 3-78, hier S. 42f.
- ²⁵ Wolfgang Wegmann, Der westdeutsche Kriegsfilm der fünfziger Jahre, Köln 1980, S. 7. Ähnlich: Wolfgang Schmidt: „Wehrersatzung“ oder Förderung der „Wehrbereitschaft“? Die Bundeswehr und der westdeutsche Kriegs- und Militärilm in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 59 (2000), 2, S. 387-405, hier: S. 404.
- ²⁶ Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder. Vernichtungskrieg. Legenden, Frankfurt am Main 2002, S. 233.
- ²⁷ Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969; Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.
- ²⁸ Uwe Magnus, Die Einschaltquoten und Sehbeteiligungen, in: Peter Märthesheimer, Ivo Frenzel (Hrsg.), Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm „Holocaust“. Eine Nation ist betroffen, Frankfurt am Main, 1979, S. 221-224, hier: S. 222f.
- ²⁹ US-Fernsehserie „Holocaust“. Völkermord zur Prime-Time, SPIEGEL-Online, 15.8.2014.
- ³⁰ Martina Thiele, Publizistische Kontroversen über den Holocaust im Film, Berlin 2007, S. 313f.
- ³¹ Klaus Wippermann, 1979: Holocaust – Das Gespräch einer Nation mit sich selbst. Die Fernsehserie im Spiegel der Presse, in: Tribüne, Heft 69, 1979, S. 22-45, hier: S. 28.
- ³² Eugen Kogon, Der Neonazismus in Bedrängnis und Angriff, in: Frankfurter Hefte, 3 (1979) S. 2-4, hier: S. 2.
- ³³ Julius Schoeps, Angst vor der Vergangenheit? Notizen zu den Reaktionen auf „Holocaust“, in: Märthesheimer/ Frenzel, Im Kreuzfeuer (wie Anm. 28), S. 225 -230, hier: S. 226, 228f.
- ³⁴ Heiner Lichtenstein, Michael Schmid-Ospach (Hrsg.), Holocaust. Briefe an den WDR, Wuppertal 1982, S. 82-108, hier: S. 82-99.
- ³⁵ Günther Anders, Nach „Holocaust“ 1979, in: ders., Besuch im Hades, München 1979, S. 179-216, hier: S. 181.
- ³⁶ Hannes Heer, An Hitlers Hof. Joachim Fest. Eine Karriere, in: ders., „Hitler war’s“. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit, Berlin 2005, S. 63.
- ³⁷ Christian Meier: Verurteilen und Verstehen. An einem Wendepunkt deutscher Geschichtsschreibung, FAZ, 28.6.1986; abgedruckt in „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 48-61), hier: S. 48.
- ³⁸ Ebd., S. 49.
- ³⁹ Ebd.
- ⁴⁰ Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Ausstellungskatalog, Hamburg 1996.
- ⁴¹ Karl-Heinz Janssen, Als Soldaten Mörder wurden, Die Zeit, 17.3.1995.
- ⁴² Günther Gillessen, Zeugnisse eines vagabundierenden Schuldempfindens, FAZ, 6.2.1996.
- ⁴³ Rüdiger Proske, Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken, Mainz 1996.
- ⁴⁴ Zur Geschichte der Ausstellung vgl. Bernd Greiner, Bruch-Stücke, in: Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1943“, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1999, S. 15-86; Hannes Heer, Vom Verschwinden der Täter. Die bedingungslose Kapitulation der zweiten Wehrmachtausstellung, in: ders., Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004, S. 12-66.
- ⁴⁵ Bayernkurier, 22.2.1997.
- ⁴⁶ Heer, Vom Verschwinden der Täter (wie Anm. 44), S. 29.
- ⁴⁷ Ebd., S. 29f.
- ⁴⁸ Ich habe eine erste Auswertung der bis Ende 1998 vorliegenden Gästebücher der Ausstellung vorgenommen, vgl. Hannes Heer, Das letzte Band. Kriegsverbrechen und Nachkriegserinnerung, in: ders., Tote Zonen. Die deutsche Wehrmacht an der Ostfront, Hamburg 1999, S.180-221.
- ⁴⁹ Renate Schostack, FAZ, 8.4.1997.
- ⁵⁰ Ute Frevert, Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, in: Aleida Assmann, Ute Frevert, Geschichtsvergessenheit. Geschichtsversessenheit, Stuttgart 1999, S. 279f.

- ⁵¹ Habbo Knoch, Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2001, S. 28.
- ⁵² Dirk Rupnow, Das unsichtbare Verbrechen . Beobachtungen zur Darstellung des NS-Massenmordes, in: zeitgeschichte, 2002, Heft 2, S. 87-97, hier: S. 89ff.
- ⁵³ Helmut Lethen, Der Text der Historiographie und der Wunsch nach einer physikalischen Spur. Das Problem der Fotografie in den beiden Wehrmachtsausstellungen, in: zeitgeschichte, 2002, Heft 2, S. 76-87, hier: S. 84.
- ⁵⁴ Dieter Reifahrt, Viktoria Schmidt-Linsenhoff, Die Kamera der Henker. Fotografische Selbstzeugnisse des Naziterrors in Europa, in: Fotogeschichte 7, 1983, S. 57-71, abgedruckt in: Heer/Naumann, Vernichtungskrieg (wie Anm. 21), S. 475-503, hier: S. 483.
- ⁵⁵ Ebd., S. 477.
- ⁵⁶ Der zweite, eigens in Auftrag gegebene Beitrag stammte von Bernd Hüppauf und vertrat eine abweichende Meinung: Er sah die Funktion dieser Landserfotos darin, dass sie dem Knipser „die Kontrolle über die Erinnerung“ garantierte, vgl. ders., Der entleerte Blick hinter der Kamera, in: Heer/ Naumann, Vernichtungskrieg (wie Anm. 21), S. 504-527, hier: S. 511.
- ⁵⁷ Thomas Kühne, Die Viktimisierungsfälle. Wehrmachtsverbrechen, Geschichtswissenschaft und symbolische Ordnung des Militärs, in: Michael Th. Greven, Oliver von Wrochem (Hrsg.), Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, Opladen 2000, S. 184f.
- ⁵⁸ Ebd., S. 189.
- ⁵⁹ Klaus Theweleit, Schulddiskussion und Wehrmachtsausstellung, Badische Zeitung, 11.11.2000.
- ⁶⁰ Vgl. Heer, Vom Verschwinden der Täter (wie Anm. 44), S. 20f.
- ⁶¹ Omer Bartov, Cornelia Brink, Gerhard Hirschfeld, Friedrich P. Kahlenberg, Manfred Messerschmidt, Reinhard Rürup, Christian Streit, Hans-Ulrich Thamer, Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (unveröffentlichtes Typoskript), November 2000, S. 29 u. 79.
- ⁶² Ebd., S. 85.
- ⁶³ Vgl. Christian Hartmann, Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht?, in: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Peter Lieb, Dieter Pohl, Der deutsche Krieg im Osten 1941 – 1944, München 2009, S. 4; Interview Rolf-Dieter Müller, in: Der Spiegel, 23, 1999.
- ⁶⁴ Eric Hobsbawm, Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 337.
- ⁶⁵ Zit. bei Hannes Heer, Das Dritte Reich des Guido Knopp. Vom medialen Umgang mit der Nazivergangenheit, in: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 – 1945 (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Perspektiven der Vermittlung, Frankfurt am Main 2007, S. 241-258, hier: S. 249.
- ⁶⁶ Hannes Heer: Guido Knopp. Hitlers Helfer, Die Rückkehr der Geschichte als Nazi-Clip, in: ders., „Hitler war’s“ (wie Anm. 36), S. 160-195.
- ⁶⁷ Hannes Heer, Der Untergang. Wie ein Film die Geschichte Nazideutschlands auslöscht und neu erfindet, in: ders., „Hitler war’s“ (wie Anm. 36), S. 11-27.
- ⁶⁸ Ebd., S. 22.

⁶⁹ Frank Schirrmacher, Die zweite Erfindung des Adolf Hitler, FAZ, 15.9.2004.

⁷⁰ Gespräch Schirrmacher mit Eichinger und Harfouch, FAS 22.8.2004.

⁷¹ Zu Mentalität und Schicksal dieser Kriegsgeneration vgl. Ulrich Herrmann, „Wir wurden zu Soldaten ‚verarbeitet‘“ – oder: Wie man Soldaten für Hitlers Krieg machte, in: Ulrich Herrmann, Rolf-Dieter Müller (Hrsg.), Junge Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Kriegserfahrungen als Lebenserfahrungen, Weinheim und München 2010, S. 41-62. Ders., Kriegserfahrungen – Überlebenserfahrungen – Lebenserfahrungen. Gespräche mit ehemaligen jungen Soldaten des Zweiten Weltkrieges, ebd., S. 339-375. Hannes Heer, „Und dann kamen wir nach Russland ...“ Junge Soldaten im Krieg gegen die Sowjetunion, ebd., S. 137-165.

⁷² Ulrich Herbert, Nazis sind immer die anderen, taz, 21.3.2013.

⁷³ Interview mit Hannes Heer und Harald Welzer, Die Zeit, 21.6.2011.

⁷⁴ Klaudia Wick, Auf Augenhöhe im Schützengraben, FR, 16.3.2013.

⁷⁵ Eckhard Fuhr, Wie es wirklich war, Welt am Sonntag, 17.3.2013.

⁷⁶ Ralf Wiegand, Bleischwer, Süddeutsche Zeitung, 16./17.3.2013.

⁷⁷ Frank Schirrmacher, Die Geschichte deutscher Alpträume, FAZ, 15.3.2013.

⁷⁸ Dan Diner, Über Schulddiskurse und andere Narrative, in: Gertrud Koch (Hrsg.), Bruchlinien, Tendenzen der Holocaustforschung, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 65f.

Totengedenken in der Bundeswehr – der lange Weg zum Ehrenmal

1. Militärisches Totengedenken

Seit sich der Mensch organisiert, um gemeinschaftlich Gewalt auszuüben, sucht er nach speziellen Ausdrucksformen, um der Opfer – vornehmlich der eigenen – in besonderer Form zu erinnern.¹ Die Formen des Totengedenkens von Kriegern und Soldaten gehören zu den komplexesten, in ihrer Anschlussfähigkeit für Historiker, Soziologen, Anthropologen und Religionswissenschaftler aber auch gewinnbringendsten Untersuchungsfeldern, die Auskunft darüber geben können, wie Gesellschaften Krieg und Gewalt denken und deuten und wie sie ihre Diskurse darüber führen. Zeugnisse dieses Erinnerns finden sich überall in der Geschichte und die Wurzeln reichen weit zurück, wenn man an die Waffenbeigaben in steinzeitlichen Gräbern denkt. Seit den Massenmobilisierungen und Großwaffengängen des 19. Jahrhunderts wurde das Thema des militärischen Totengedenkens auch im öffentlichen Raum immer wichtiger. Zeugnisse dieses Gedenkens finden sich heute in unserem Land in fast allen Kommunen: von den Gedenksteinen und Tafeln, die an die Freiheitskriege gegen Napoleon erinnern, über Monumente im öffentlich zivilen Raum und Gedenktafeln und Epitaphien, mit denen auf die Opfer des Ersten Weltkriegs verwiesen wird, bis zu den sowjetischen Ehrenmälern, die in Ostdeutschland zu Erinnerung an die „Befreiung vom Faschismus“ errichtet wurden.

Obwohl die aufgezählten Beispiele aus ganz unterschiedlichen Epochen stammen, eignet ihnen eine bestimmte Haltung zum Soldatentod an. Ehre wird dabei explizit nur dem Soldaten zugedacht und sein Tod als Opfer für die Nation begriffen. Zugleich bestimmt ein von Pathos begleiteter, monumentaler Charakter die meisten dieser Denkmäler. Der Gefallenenkult, der sich seit dem frühen 19. Jahrhundert entwickelte, bediente sich eines Dreiklangs aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, der den Soldatentod der Vergangenheit in der Gegenwart

sinnstiftend deutete und den nachfolgenden Generationen ein Beispiel für die Zukunft geben sollte. Programmatisch wird das im Sinnspruch des 1821 in Berlin eingeweihten Kreuzbergdenkmals deutlich: „*Den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Anerkennung, den künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung.*“² Der Historiker Reinhart Koselleck hat dieses Phänomen auf den Punkt gebracht, indem er von ex post vollzogenen „Identitätsstiftungen der Überlebenden“ spricht.³ Nicht die individuelle Trauer, nicht die persönliche oder kollektive Erinnerung, nicht das Mahnen steht bei all diesen Denkmälern im Vordergrund, sondern die Botschaft: Die Soldaten sind „für etwas“ gestorben. Darüber hinaus wurde der Opfertod des Soldaten gerne in einen christlichen Zusammenhang gestellt. So finden sich auf vielen Kriegerdenkmälern Bibelzitate, wie „Sei getreu bis in den Tod, so will ich Dir die Krone des Lebens geben“ (Offenbarung 2, 8-12).⁴ Mit der doppelten Aufladung von nationaler und religiöser Weihe war der Tod des Soldaten damit nobilitiert wie bei keiner anderen Gesellschaftsgruppe.

Auch die furchtbaren Erfahrungen des Ersten Weltkriegs änderten wenig am Heldenkult der Kriegerdenkmale. Die politische Linke ging zwar eher defensiv mit dem Thema um. Aber vor allem politisch rechte, nationalkonservative und revanchistische Kräfte versuchten die öffentliche Meinung der Weimarer Republik durch Denkmalstiftungen zu steuern. Der Tenor folgte im Wesentlichen dem gleichen Leitbild der Heroisierung des „im Felde unbesiegten“ Weltkriegssoldaten.⁵ Ein beredtes Beispiel dafür ist das Denkmal des Gardegrenadierregiments No. 4 auf dem Garnisonfriedhof in Berlin-Neukölln. Der Gefallene Soldat reckt dabei unter dem Leichentuch trotzig und warnend die Faust hervor, begleitet vom Sinnspruch des Denkmals „*exoriare aliquis nostris ex ossibus ultur*“: aus unseren Gebeinen mag dereinst ein Rächer aufstehen.⁶

In den 1930er Jahren wurde die Formensprache in Richtung Mobilisierung und Vorbereitung auf den neuen Krieg erweitert. Der rekrutierte und marschierende Soldat stand jetzt im Mittelpunkt. Beispielhaft steht dafür das 1936 errichtete Denkmal für die Gefallenen des Infanterieregiments 76 in Hamburg, bei dem marschierende Soldaten mit geschulterten Gewehren einen umlaufenden Fries bilden. Der Sinnspruch aus einem Gedicht von Heinrich Lersch steht in seiner pathetischen aufgeladenheit für sich: „Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen“.⁷

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs änderte sich die Semantik grundlegend. Anders als bei den Siegern des Zweiten Weltkriegs war in Deutschland eine

öffentliche Heroisierung des Soldatentodes nicht mehr möglich. Der Tenor wandelte sich von einem „Opfer für ...“ zu einem „Opfer durch ...“. Ganz allgemein kann man feststellen, dass im Nachkriegsdeutschland nun aller Opfer (in eigentümlicher Gemeinschaft) gedacht wurde.⁸

Die Administration der Erinnerung an den Soldatentod blieb zu einem erheblichen Teil dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge überlassen und firmierte ab 1952 alljährlich am Volkstrauertag. Vor allem fand die Auseinandersetzung nicht mehr im öffentlichen, weithin sichtbaren Bereich statt, zum Beispiel an den Kommunikationsschnittpunkten im städtischen Raum, sondern fast ausschließlich auf Friedhöfen, und auch dann nur, wenn es sich um Soldatenfriedhöfe oder Friedhöfe mit Kriegsgräberanteilen handelte. In der Bildsprache dominierten jetzt statt der konkreten die abstrakten Formen. Einheitliche, bewusst „uniform“ gestaltete Grabanlagen „standen für die Einheit der Toten in einem militärischen, aber auch in einem nationalen Sinn“.⁹ Mehrere Denkfiguren gewannen in dieser Form des Totengedenkens Kontur. Der Bogen reichte vom Verdrängen der Frage nach der politischen und vor allem persönlichen Verantwortung in der „Volksgemeinschaft der Opfer“ bis zum Anspruch, zumindest der Kriegstoten im Kalten Krieg umfassend und wenn möglich gesamtdeutsch zu erinnern.¹⁰ Mit der Wiedervereinigung wurde die Neue Wache Unter den Linden in Berlin zur Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1993 befindet sich im Innern eine vergrößerte Nachbildung der „Mutter mit totem Sohn“ von Käthe Kollwitz. Vor der Skulptur liest man den im Boden eingelassenen Sinnspruch „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“.¹¹ Auf den diffusen Opferbegriff, der theoretisch auch den schlimmsten Täter zum Opfer werden lassen kann, soll hier nicht näher eingegangen werden.¹² In jedem Fall firmierte die Neue Wache nach der Wiedervereinigung als zentrale nationale Gedenkstätte, die jährlich am Volkstrauertag ins öffentliche Bewusstsein rückt.¹³

2. Totengedenken in der Bundeswehr – die Ehrenmale von Heer, Luftwaffe und Marine¹⁴

Auch die Bundeswehr hielt sich bei dem Thema der Erinnerung an die Toten des Krieges anfangs sehr bedeckt. Wenn von „den toten Soldaten“ die Rede war, dann waren nicht die eigenen der Bundeswehr, sondern die der Wehrmacht gemeint.

Trotz des entschiedenen politischen Willens, die jungen Streitkräfte mit dem Leitbild „Staatsbürger in Uniform“ und dem Konzept der Inneren Führung in der Demokratie institutionell und ideell zu verankern, taten sich Bundeswehr und Gesellschaft sehr schwer. Die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft fremdelte mit ihren Soldaten – auch die Wehrpflicht, die erste und einzige in der deutschen Geschichte in einer Demokratie, änderte daran anfangs nicht viel. Vor dem Hintergrund der gar nicht zu vermeidenden personellen Kontinuität ist die offensichtliche Mischung aus Distanzierung, Abwehr oder einfach nur aus Desinteresse bemerkenswert. Die gesellschafts- und mentalitätsgeschichtlichen Hintergründe dieser Sprachlosigkeit sind indes erst in jüngerer Zeit eingehender untersucht worden.¹⁵ Die zögerlich in den 1960er Jahren beginnende, kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und in der Folge der Wehrmacht spielte dabei sicherlich eine wichtige Rolle.¹⁶ Das Selbstbild der Bundeswehr, wie es beispielhaft im Rahmen der Werbung für die neuen Streitkräfte sichtbar wird, verweist auf einen anderen, kaum weniger wichtigen Aspekt: Die Bundeswehr setzte in ihrer Werbung auf ein antiheroisches, kooperatives Leitbild, mit gesellschaftlich aufgeschlossenen und technisch versierten Fachleuten.¹⁷ Weil der heroische Krieger offensichtlich nicht gewünscht wurde und die Rückbesinnung auf die „Väter im Kriege“ nur zu Argumentationsnot geführt hätte, blieb der Diskurs aus.

Dennoch suchten die Teilstreitkräfte nach Möglichkeiten, um ihrer Form der Erinnerung an tote Soldaten Raum zu geben. In diesem Zusammenhang entstanden in zeitlicher Staffelung drei Ehrenmale sehr unterschiedlichen Zuschnitts.

MARINE-EHRENMAL IN LABOE

Am bekanntesten ist sicher das Marine-Ehrenmal in Laboe, das auf eine Idee von 1925 zurückgeht und ursprünglich nur an die im Ersten Weltkrieg auf See gebliebenen Soldaten erinnern sollte.¹⁸ Der Bau, der 1927 begann, konnte aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten erst 1936 zum Abschluss gebracht werden. Dass die Einweihung in Anwesenheit Hitlers erfolgte, sei hier nur am Rande erwähnt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahm der Deutsche Marinebund die Trägerschaft über das Ehrenmal und vollzog zugleich einen Bedeutungswandel. Während im alten Sinnspruch nur an die gefallenen deutschen Marineangehörigen des Ersten Weltkrieges erinnert wurde („Für deutsche



Marine-Ehrenmal Laboe (1927–1936).

Seemannswehr, Für Deutschlands schwimmende Wehr, Für beider Wiederkehr“) umfasste der Sinnspruch nun alle in beiden Kriegen gefallenen Marinesoldaten, gleich welcher Nation („Dem Gedenken aller toten deutschen Seefahrer beider Weltkriege und unserer toten Gegner“). Ein letzter Bedeutungswandel vollzog sich 1996 im Rahmen einer umfangreichen Renovierung. Seitdem liest man in Laboe auf einer Tafel: „Gedenkstätte für die auf See Gebliebenen aller Nationen. Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren“.

Das Ehrenmal in Laboe wurde damit vom Kontext des Krieges losgelöst. Es erinnert heute an alle auf See Gebliebenen, gleich welcher Nation. Das Spezifische der Verknüpfung von Seemannschaft und Soldatenberuf wird gerade mit der jüngsten Widmung fast schamhaft verschleiert. Der Zusammenhang zwischen Militär und Marine lässt sich eigentlich nur auf den zurückliegenden Zeitlinien erschließen, die alle in „historisch kontaminiertes Gelände“ führen.

EHRENMAL DER LUFTWAFFE IN FÜRSTENFELDBRUCK

Auch die Luftwaffe hat ein Ehrenmal, das allerdings weniger bekannt sein dürfte.¹⁹ Es ist nicht, wie Laboe, ein öffentlich sichtbares Bauzeichen mit Gedenkstätte und Museum sondern ein baulich eher zurückhaltender Ort. In Fürstfeldbruck gelegen, in unmittelbarer Nähe der dort noch befindlichen Offizierschule der Luftwaffe, gilt das Ehrenmal der Luftwaffe auch nicht gerade als touristischer Anziehungspunkt. Die Realisierung erfolgte nach der Grundsteinlegung 1961 in mehreren Bauabschnitten bis 1966. Nachdem 1977 eine Inschrift mit den Worten „Ihr seid unvergessen“ ergänzt wurde, erhielt das Ehrenmal der Luftwaffe 1979



Ehrenmal der Luftwaffe (1958-1962) und Zusatz (1979).

einen weiteren Zusatz durch einen Lorbeerkranz und einen zusätzlichen Sinn- spruch mit dem Tenor „Den Toten der Luftwaffe und der Luftfahrt“. Damit wurde deutlich hervorgehoben, dass der militärischen und zivilen Opfer der Luftfahrt gleichermaßen gedacht werden sollte. Über die Hintergründe dieser Deutung in Etappen und der ganz bewussten Doppelnennung liegen keine gesicherten Informa- tionen vor. Ganz offensichtlich wollte man vermeiden, den Tod des Soldaten als etwas Exklusives darzustellen. Die tastenden Versuche, mit denen die Bundes- wehr in ihrer Aufbauphase nach gesellschaftlicher Integration und Akzeptanz suchte und mehr noch die Unsicherheit bei der Rückversicherung ihrer inneren Wertebezogenheit und Tradition wird hier augenfällig. Das Ehrenmal der Luft- waffe zeigt beispielhaft, wie schwer sich die Bundeswehr in den 1960er und 1970er Jahren mit dem öffentlichen Gedenken an ihre Toten tat: verhaftet in alten Bild- und damit Sinnvorstellungen und zugleich unsicher in ihren Botschaften.

EHRENMAL DES DEUTSCHEN HEERES IN KOBLENZ

Das Heer schließlich, die dritte und größte Teilstreitkraft der Bundeswehr, wählte eine andere Form des öffentlichen Gedenkens. Das Ehrenmal des Heeres entstand 1972 auf der Festung Ehrenbreitstein in unmittelbarer Nachbarschaft der Rhein- Mosel Metropole Koblenz, die in den 1970er und 1980er Jahren der größte Stand- ort der Bundeswehr und damit auch des deutschen Heeres war. Auch hier lassen sich zeitgebundene Überformungen und Erweiterungen der Sinndeutung nach-

verfolgen. Als Standort wählte man einen Bogen in den Mauern des alten Festungs- werkes. Der Sinnspruch an der Rückwand des Ravelins lautet schlicht „Den To- ten des deutschen Heeres“. Eine Gedenktafel hebt hervor, wer im Zentrum der Erinnerung stehen sollte: nämlich die toten Heeressoldaten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. Am Boden des Ravelins ruht die Figur eines toten deutschen Soldaten, der in seinem Habitus deutlich an die Heldendenkmäler der 1920er und 1930er Jahre erinnert. Der neben dem toten Soldaten liegende Stahlhelm chan- giert bewusst zwischen den deutschen Helmformen des Ersten und Zweiten Welt- krieges. Problematisch ist dabei nicht nur, dass die Formsprache das Gedenken an beide Weltkriege so eng miteinander verknüpft, dass die Soldatenopfer beider Kriege auf eine Stufe gestellt werden. Auch die archaische, fest eingeschriebene Ikonographie mit ihrem Sinn stiftendem Impetus wirft Rätsel auf. Gerade vor diesem Hintergrund darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass kein geringe- rer als der damalige Verteidigungsminister Georg Leber das Ehrenmal des deut- schen Heeres 1972 persönlich eingeweiht hat: nicht nur ein ehemaliger Unterof- fizier der Wehrmacht, sondern auch ein SPD-Politiker und Gewerkschaftsführer, der sicherlich keiner militaristischen oder revanchistischen Schwärmerei verdäch- tigt werden kann.²⁰ Im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr von der Armee der Landesverteidigung zur Einsatzarmee setzte auch hier ein Umdenken ein. 2005 entschied ein Kuratorium, dem auch prominente ehemalige Soldaten ange- hörten, das Ehrenmal des Heeres um eine Stele zu erweitern mit der Aufschrift: „Den Heeressoldaten der Bundeswehr, die für Frieden, Recht und Freiheit ihr Le- ben ließen.“



Ehrenmal des Deutschen Heeres (1972).

ZUSAMMENFASSUNG

Alle Ehrenmäler der Bundeswehr haben ihre eigene Erinnerungskultur begründet. In ihnen spiegelt sich ein Prozess der Suche nach Sinndeutung. Sie zeigen, wie schwer sich die Bundeswehr, gerade in den ersten Jahrzehnten ihres Aufbaus tat, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden – und wie schwer sich die Gesellschaft mit der Bundeswehr tat. Die unterschiedliche Erinnerungskultur, mal inklusive, mal exklusive Zivilisten und die Verbindung von Gedenken an die Toten der Weltkriege und die Toten der Bundeswehr macht deutlich, wie nötig ein kritischer und vor allem öffentlicher Diskurs gewesen wäre. In der öffentlichen Wahrnehmung der Bundesrepublik – das kann die Militärgeschichtsforschung heute gut belegen – interessierte man sich nicht besonders für die Bundeswehr. Man sah sie als notwendiges Übel an, als Teil der Abschreckung und war froh, sich nicht näher damit beschäftigen zu müssen. Das Bild vom kämpfenden und möglicherweise sogar sterbenden Soldaten war ein historisierendes Bild: tief vergraben in den Weltkriegserinnerungen und genauso ergraut, wie die Ehrenmäler der Streitkräfte.

3. Das Ehrenmal der Bundeswehr – Idee und Konzept

Diese Wahrnehmung änderte sich grundlegend mit dem Wandel der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz. Nicht nur der Öffentlichkeit sondern auch vielen Soldaten wurde immer deutlicher, was es im Kern bedeutet Soldat zu sein. Es war kurz nach seiner Amtsübernahme als der frisch bestellte Bundesminister der Verteidigung, Franz-Josef Jung, bei seinem ersten Truppenbesuch in Afghanistan im Dezember 2005 mit dem Thema konfrontiert wurde.²¹ Er zeigte sich bei einem Besuch in Kabul tief berührt, wie Bundeswehrsoldaten in einer selbst gestalteten Gedenkstätte dort ihrer gefallenen Kameraden gedachten: ein grober Stein mit einer Ehrentafel, umgeben von einer halbrunden Mauer. Jung, selbst fest verwurzelt im katholischen Glauben, setzte nun eine Diskussion in Gang. Schnell war klar, dass es lohnenswert wäre, über einen zentralen Erinnerungsort nachzudenken. Aber für wen, wie und wo? Schon die ersten öffentlichen Diskussionen machten deutlich, wie emotionsgeladen diese Debatte geführt werden würde.

- Warum nur ein Denkmal für Soldaten, warum nicht auch für Polizisten oder für Entwicklungshelfer? Wie sollte man mit zivilen Angehörigen der Bundeswehr umgehen, also den vielen Tausend Angehörigen der Wehrverwaltung, von denen auch einige ihr Leben verloren haben?
- Sollte ein Erinnerungsort auch die Toten der Weltkriege oder aller Kriege einschließen und welchen Platz hätten Angehörige der NVA?
- Wenn es ein Ehrenmal nur für Soldaten sein sollte, dann nur für im Feuerkampf Gefallene oder auch für andere Tote im Einsatz, z. B. Unfallopfer? Was war mit den Toten, die in den Jahren zuvor im Rahmen der Ausbildung oder bei Übungen ums Leben kamen, z.B. die abgestürzten Starfighterpiloten?
- Wie sollte man mit Soldaten umgehen, die sich im Dienst das Leben genommen hatten? Steht die Selbsttötung eines Soldaten nicht immer auch in unmittelbarem Zusammenhang mit seinem Auftrag oder den Rahmenbedingungen seines Dienstes?
- Und schließlich wurde immer wieder angemahnt, ob der Verteidigungsminister nicht der Falsche für diese Aufgabe sei, ob es nicht in den Händen des Parlaments liegen müsse, die Schaffung eines Ehrenmals für tote Soldaten voranzutreiben.

Der Verteidigungsminister behielt die Entscheidung in seinen Händen. Er begründete sein Vorgehen mit seiner Funktion als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt und Verantwortlicher für die Umsetzung der Beschlüsse der Bundesregierung in allen Fragen der Bundeswehr und der Streitkräfte. Die Frage, ob die Bundeswehr nicht eher eine Parlamentsarmee sei, wurde im Ministerium eindeutig entschieden: Im Parlament würden die Gesetze, der Haushalt für die Verteidigung und die Einsätze beschlossen. Die Umsetzung allerdings liege in den Händen der Exekutive und damit des Verteidigungsministeriums.²²

In der nun folgenden Findungsphase wurde schnell klar, dass das Ehrenmal einem vollständig neuen Ansatz folgen sollte. Es musste sich vom Muster des klassischen Kriegerdenkmals distanzieren, in dem der Opfertod des Soldaten sinnstiftend verherrlicht wurde. Man suchte nach einer leicht lesbaren und doch originären Formensprache, in der alle Angehörigen der Bundeswehr, nicht nur die Soldaten sondern auch die Zivilangehörigen ihren Platz finden sollten. Die gesellschaftliche Integration der Bundeswehr sollte dabei angemessen und für jedermann verständlich zum Ausdruck kommen. Und schließlich sollten öffentliche und individuelle Trauer gleichermaßen an einem Ort möglich sein.

Die Entscheidung über die Konzeption erfolgte schließlich nach den Grundsätzen des Ausschreibe- und Vergabeverfahrens. Erste Vorgespräche mit den Abteilungen des Ministeriums sowie den Mitarbeitervertretungen fanden bereits im Mai 2006 statt. Für das Auslobungsverfahren und den anschließenden Wettbewerb berief der Minister eine Expertenkommission mit den Architekten Prof. Stephan Braunfels und Christoph Sattler, dem damaligen Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung, Ministerialdirektor Dr. Ulrich Schlie, dem ehemaligen Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider, dem damaligen Generalinspekteur der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan und dem Historiker und ehemaligen Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Museums, Prof. Dr. Christoph Stözl. Nach eingehender Diskussion sprach sich die Kommission unter den sechs eingereichten Vorschlägen für den Entwurf des Münchner Architekten Andreas Meck aus.

4. Architektur und Gestaltung

Einer der wichtigsten Gründe, warum sich die Kommission gerade für Mecks Entwurf entschied, lag in der Einbindung der Architektur in das städtebauliche Umfeld.²³ Als Standort für das Ehrenmal wurde der hintere Abschnitt des so genannten Paradeplatzes auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums festgelegt. Das Gebäude steht exakt an der Grenze zwischen dem Bendler-Block und



der öffentlich zugänglichen Hildebrandtstraße: also genau an der Nahtstelle von öffentlich zivilem und militärisch-dienstlichem Raum.²⁴

Die Positionierung ermöglichte einen baulich gleichberechtigten Zugang vom Gelände des Bundesministeriums der Verteidigung und von der öffentlichen Straße. Das Ehrenmal steht damit wortwörtlich an der Schnittstelle von Streitkräften und Gesellschaft und verkörpert ein weiteres wichtiges Moment im Selbstverständnis der Bundeswehr. Dieser Gedanke findet sich auch in der Nutzung des Gebäudes wieder, für die der Architekt eine geniale Konstruktion entwickelte.²⁵ Durch ein einfach zu bedienendes, wandartiges Schiebeelement kann das Bauwerk entweder zur Straßenseite oder zum Paradeplatz abgeschlossen werden. Die Veränderung der Zugangssituation ermöglicht so eine flexible Nutzung: Öffentliches Gedenken und private Trauer sollen damit an einem Ort möglich sein. Das Ehrenmal, so die Idee des Architekten, wird dadurch zu einer Art „sprechender Architektur“, deren Zweck sich weitgehend durch die Gestalt erschließt.

Das Ehrenmal greift traditionelle Bauformen auf, interpretiert sie aber neu und schafft durch die Kombination mit ungewöhnlichen Materialien ein unverwechselbares Äußeres. Traditionell sind die Anklänge an konstruktivistische Bauelemente und klassische Proportionen, die sich am „Goldenen Schnitt“ orientieren.²⁶ Die materielle Grundlage bilden Stahlbeton in unterschiedlicher Oberflächenbearbeitung und Bronze. Die Farbtöne sind zurückhaltend. Es dominieren neben Grautönen vor allem Bronze und sparsam eingesetzt auch Gold. Auf religiöse Symbole wurde ganz bewusst verzichtet um zu unterstreichen, dass beim Ehrenmal keine Religion hervorgehoben wird und auch niemand ausgeschlossen wird. Die bewusst reduzierte Formensprache lässt vielmehr Raum zur Konzentration und Interpretation.



Ehrenmal der Bundeswehr. Entwurf von Andreas Meck (2007).



Auffällig und in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich ist das Bronzekleid, das sich über die Stahlkonstruktion legt und die äußere Gestalt dominiert. Die bronzene Hülle ist mit einer Spezialschicht überzogen, die eine Oxydation verhindert und somit keinen Grünspan ansetzt. Bronze steht für „gebrochenes Gold“, gewissermaßen die Vorstufe zu Gold, der höherwertigsten Farbe in der Farbsymbolik. Als Legierung aus Kupfer und

Zinn fehlt Bronze die Reinheit des Elementes Gold. Dennoch wird Bronze als etwas Besonderes empfunden und zählt zu den klassischen Materialien für künstlerische Darstellungen.

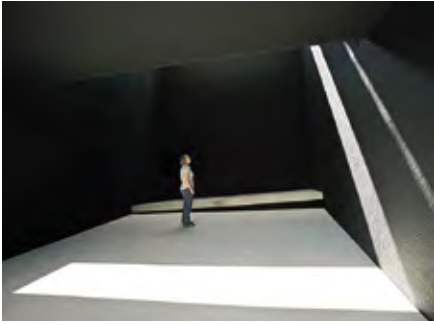
In der Bronzenen Hülle sind ovale und halbovale Formen gestanzt. Sie zitieren die Erkennungsmarke, eine Blechmarke, die jeder Soldat im Dienst und vor allem im Einsatz trägt. Jede Erkennungsmarke enthält eine Kodierung mit individuellen Daten: der Blutgruppe, der Religionszugehörigkeit und vor allem der Personalerkennungsnummer, die immer nur einmal vergeben wird und einen Soldaten ein Leben lang begleitet. Diese „PK“ ist einmalig, ähnlich der DNA, die jeder in sich trägt. Die Unverwechselbarkeit jedes Einzelnen, die Einzigartigkeit jedes Menschen wird damit unterstrichen – auch wenn der Mensch eine Uniform trägt. Zugleich ist die Erkennungsmarke eine Chiffre für den Tod des Soldaten, denn im Fall des Ablebens wird ein Teil der Marke abgetrennt, um den Tod zu doku-



mentieren und die Leiche später eindeutig identifizieren zu können. Die halbovale Form in der Bronzestanzung wird damit zu einem metaphorischen Ausdruck für den Tod des Soldaten.

Auch die Anordnung der Stanzung hat einen tieferen Sinn. Sie orientiert sich an den Abstandsmarken des Morsealphabets und zitiert in einem fortlaufenden Text den Eid der Zeit- und Berufssoldaten, den Amtseid der Angehörigen der Wehrverwaltung und den Gelöbnistext der Wehrpflichtigen. Als das Ehrenmal geplant wurde, dachte noch niemand an die Aussetzung der Wehrpflicht. Aber auch dies ist ein Teil der Identität der Bundeswehr als erster und einziger Wehrpflichtarmee in der Demokratie in der deutschen Geschichte. In den Eides- und Gelöbnisformeln wird die über allem stehende Bindung aller Angehörigen der Bundeswehr an die verfassungsmäßige Ordnung deutlich. Zudem wird unterstrichen, dass am Ehrenmal nicht exklusiv der Soldaten, sondern aller Angehörigen der Bundeswehr, der Soldaten und der Zivilbeschäftigten gedacht wird, aller Männer und Frauen, die in Folge der Ausübung ihrer Dienstpflichten für die Bundesrepublik Deutschland ihr Leben verloren haben: durch Unfälle und Unglücke, bei Übungen, an den Spätfolgen des Dienstes, durch Gewalteinwirkung und schließlich im Gefecht. Bis heute sind es rund 3.200, davon 104 in Auslandseinsätzen.²⁷ Damit wird unmissverständlich klar, dass es sich beim Ehrenmal der Bundeswehr nicht um ein Kriegerdenkmal handelt. Hier wird nicht der Toten der zurückliegenden Kriege gedacht und es ist auch keine exklusive Erinnerungsstätte für Soldaten oder ausschließlich im Einsatz Gefallener.²⁸ Es ist vielmehr ein Ort der Erinnerung und der Trauer für diejenigen, die in treuer Pflichterfüllung durch ihren Dienst für die Bundeswehr ihr Leben gelassen haben.

Im Innern des Ehrenmals befindet sich eine Cella, ein Raum der Stille, mit Anklängen an die klassische antike Tempelarchitektur. Mattes Schwarz dominiert den Raum. Der Verzicht auf Bilder, Ornamente oder andere Formen der Gestaltung lenkt den Blick wieder auf das Wesentliche. Am Ende der Cella wird die strenge Ordnung aufgebrochen und es entsteht ein überraschender Raumeindruck durch eine heraus gelöste Bodenplatte. Die aufgekantete Platte steht sinnbildlich für die Gewalt und das Unglück, durch die ein Menschenleben beendet wurde. Das Leben ist hier wortwörtlich aus den Fugen geraten. Die Erhöhung der Platte bietet die Möglichkeit Kränze, Blumen oder andere Erinnerungstücke abzulegen – ein Angebot, das nicht nur bei offiziellen Anlässen von Besuchern genutzt wird. Mit Blick zur Decke öffnet sich die Cella und es scheint Tageslicht herein. Der



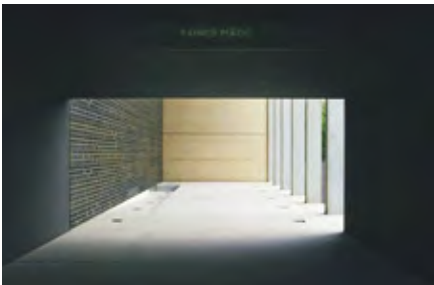
Die Cella.



Die aufgekantete Platte,
Möglichkeit um Kränze niederzulegen.

strenge Raum öffnet sich damit zum Himmel und schafft damit ein zeitloses Symbol für das Überschreiten der erfahrbaren Grenzen.

Am anderen Ende der Cella trifft der Blick auf eine Lichtinstallation aus transluzidem Beton, bei der in wechselnder Folge und für jeweils einige Sekunden die Namen der 3.200 Toten eingeblendet werden, die ihr Leben im Dienst für die Bundeswehr gelassen haben. Ein vollständiger Durchlauf der chronologisch geordneten Namen dauert etwa acht Stunden. Die Benennung der Toten war nicht unumstritten, denn wer Einzelne nennt schließt Andere aus. Gerade mit Blick auf den Umgang mit Selbsttötungen stellt sich unweigerlich die Frage nach der Kategorisierung. Die namentliche Nennung wurde und wird mit dem Respekt vor den Toten begründet und dass hinter der abstrakten Formensprache des Ehrenmals das konkrete Schicksal von Menschen steht.



Eine Lichtinstallation blendet die Namen aller Toten ein.

Mit Verlassen der Cella erblickt man eine vergoldete Wand. Gold steht in allen Kulturen für Beständigkeit, Ewigkeit und die damit verbundene Hoffnung und verweist ungesagt auf die Wertigkeit jeder Aussage. In der goldenen Wand liest man in erhabenen eingelassenen Buchstaben: „DEN TOTEN UNSERER BUNDESWEHR FÜR FRIE-

DEN RECHT UND FREIHEIT“. Durch den Verzicht auf Interpunktion und die Verwendung von Großbuchstaben wird die geschlossene Wirkung und Bedeutung der Widmung betont. Hier soll noch einmal ins Gedächtnis gerufen werden, wofür die Angehörigen der Bundeswehr ihren Dienst leisten: nämlich für den Frieden, das Recht und Freiheit unseres Gemeinwesens. Diese



Trias bildet das Fundament des verfassungsmäßigen Auftrags der Bundeswehr und es fasst noch einmal programmatisch zusammen, welchen Zweck das Ehrenmal der Bundeswehr verfolgt. Es geht um das ehrende Gedenken aller, die als Angehörige der Bundeswehr an den Folgen der Ausübung ihrer Dienstpflichten für unser Land ihr Leben gelassen haben, an einem Ort, der individuelles und öffentliches Trauern möglich macht. Es geht auch um die Vermittlung, wofür die Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst leisten, dass die Forderung nach Tapferkeit nur beim Soldaten auch den höchsten persönlichen Einsatz einschließt. Und schließlich zeigt das Ehrenmal, dass sich die Bundeswehr auf dem Fundament einer freiheitlichen Grundordnung und weder an der Spitze, noch am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft verortet. Egal, wie man zur Bundeswehr und ihrem Ehrenmal steht, es ist ein Ort, zu dem man sich verhalten und zu dem man Stellung beziehen muss: Zum Auftrag der Bundeswehr, zum Besonderen des Soldatenberufes, zur politischen und gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Soldaten. Und schließlich geht es um existenzielle Fragen, denen niemand aus dem Weg gehen kann, ganz gleich ob er Soldat oder Zivilist, gläubiger Mensch oder Atheist ist: den Umgang mit Tod, Verlust und Trauer.

Anmerkungen

¹ Die Forschungsliteratur zum Thema ist mittlerweile kaum noch zu überschauen. Grundlegend ist immer noch die Einführung von Reinhart Koselleck, Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Identität, hrsg. von Odo Marquard und Karlheinz Stierle, 2. Aufl. München 1996, S. 255-276; ein konziser Überblick bei Loretana de Libero, Rache und Triumph. Krieg, Gefühle und Gedenken in der Moderne, München 2014, S. 1-19; Herfried Münkler, Militärisches Totengedenken in der postheroischen Gesellschaft, in: Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik, hrsg. von Manfred Hettling und Jörg Echternkamp, Göttingen 2008, S. 22-30.

- ² Wolfgang Kruse, Strukturprobleme und Entwicklungsphasen des monumentalen Gefallenenkultes in Deutschland seit 1813, in: *Bedingt erinnerungsbereit*, S. 33-45, hier S. 35 (wie Anm. 1).
- ³ Kosseleck, Kriegerdenkmale, *passim* (wie Anm. 1).
- ⁴ Beispielhaft auf dem Nordfriedhof Kiel, wo ein Gedenkstein an die 44 ums Leben gekommenen Matrosen der Niobe erinnern, die 1932 mit ihrem Segelschulschiff in der Ostsee ums Leben kamen.
- ⁵ Umfassend dazu de Libero, *Rache und Triumph* (wie Anm. 1).
- ⁶ Zur Racheformel und dem wohl prominentesten Beispiel in der Aula der Offizierschule der Marine in Mürwick vgl. de Libero, *Rache und Triumph*, S. 19-45 (wie Anm. 1).
- ⁷ <http://web.de.wikipedia.org/wiki/Dammtor> (Zugriff 23.12.2014)
- ⁸ Zum Totenkult in der Bundesrepublik konzis Jörg Echternkamp, Kein stilles Gedenken. Die Toten der Wehrmacht im Erinnerungskontext der Bundesrepublik, in: *Bedingt erinnerungsbereit*, S. 46-57 (wie Anm. 1); vgl. auch neuerdings ders., *Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutscher Demokratisierung 1945-1955*, München 2014, S. 252-262.
- ⁹ Echternkamp, *Soldaten im Nachkrieg*, S. 257 (wie Anm. 8).
- ¹⁰ Die DDR nutzte die Neue Wache als Kulisse für effektiv inszenierte Wachaufzüge. Im Innern erinnerte man mit je einem Grab für einen unbekanntes Soldaten und einen unbekanntes Widerstandskämpfer sowie einer Ewigen Flamme an den „Kampf gegen Militarismus und Faschismus“, Zum Traditionsverständnis der DDR und ihrer Streitkräfte vgl. Matthias Rogg, *Armee des Volkes. Militär und Gesellschaft in der DDR*, Berlin, 2. Aufl. 2009, S. 41-46.
- ¹¹ Der vollständige Tenor der Gedenktafel, die an der Außenwand vorne rechts angebracht ist lautet: „Wir gedenken der Völker, die durch Krieg gelitten haben. Wir gedenken ihrer Bürger, die verfolgt wurden und ihr Leben verloren. Wir gedenken der Gefallenen der Weltkriege. Wir gedenken der Unschuldigen, die durch Krieg und Folgen des Krieges in der Heimat, die in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind. Wir gedenken der Millionen ermordeten Juden. Wir gedenken der Ermordeten Sinti und Rom. Wir gedenken aller, die umgebracht wurden wegen ihrer Abstammung, ihrer Homosexualität oder wegen Krankheit und Schwäche. Wir gedenken aller Ermordeten, deren Recht auf Leben gelehnt wurde. Wir gedenken der Menschen, die sterben mussten um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung Willen. Wir gedenken aller, die Opfer der Gewaltherrschaft wurden und unschuldig den Tod fanden. Wir gedenken der Frauen und Männer, die im Widerstand gegen die Gewaltherrschaft ihr Leben opferten. Wir ehren alle, die eher den Tod hinnahmen als ihr Gewissen zu beugen. Wir gedenken der Frauen und Männer, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben.“
- ¹² Vgl. Reinhart Koselleck, Wer darf vergessen werden? Das Holocaust Mahnmal hierarchisiert die Opfer. Die falsche Ungeduld, in: *Die Zeit*, 19.03.1998.
- ¹³ Am Volkstrauertag stellt das Wachbataillon beim Bundesministerium der Verteidigung einen Ehrenposten.
- ¹⁴ Einen Überblick liefert Manfred Hettling, Militärisches Ehrenmal oder politisches Denkmal? Repräsentation des toten Soldaten in der Bundesrepublik, in: *Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989*, hrsg. von Jens Hacke, Herfried Münkler, Frankfurt u. a. 2009, S. 131-152, hier: 143-148.
- ¹⁵ Beispielhaft Echternkamp, *Soldaten im Nachkrieg*, *passim* (wie Anm. 8); Klaus Naumann, Abwehr, Abschreckung, Distanzierung. Militär, Öffentlichkeit und Tod in der Bundesrepublik, in: *Bedingt erinnerungsbereit*, S. 162-174 (wie Anm. 1).

- ¹⁶ Grundlegend sind dazu die Forschungsarbeiten des ehemaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, das seit 2013 im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften in Potsdam aufgegangen ist. Vor allem ist hier auf das Reihenwerk zu verweisen: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1-10, Stuttgart, München 1979–2008.
- ¹⁷ Dazu umfassend Torsten Loch, *Das Gesicht der Bundeswehr. Kommunikationsstrategien in der Freiwilligenwerbung der Bundeswehr 1956 bis 1989*, München 2008.
- ¹⁸ Torsten Prange, *Das Marine-Ehrenmal in Laboe – Geschichte eines deutschen Nationalsymbols*, Wilhelmshaven 1996.
- ¹⁹ <http://www.luftwaffe.de/portal/poc/luftwaffe?>
- ²⁰ Hans Apel, Schmidt, Leber, Apel – drei Verteidigungsminister und ihre SPD, in: *Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr*, hrsg. von Klaus-Jürgen Bremm, Hans-Hubertus Mack und Martin Rink, Freiburg i.Br. 2005, S. 365-377, hier 372-374.
- ²¹ Zur Entstehung des Ehrenmals der Bundeswehr vgl. *Das Ehrenmal der Bundeswehr. Den Toten unserer Bundeswehr – Für Frieden, Recht und Freiheit*, hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, Presse- und Informationsstab, Berlin 2009, S. 45 ff.
- ²² Der viel zitierte und ohne Zweifel sympathische Begriff der „Parlamentsarmee“ ist weder historisch korrekt noch ist er staatsrechtlich präzise.
- ²³ Vgl. Günter Schlusche, In einer stillen Straße ... Das Ehrenmal in seinem städtebaulichen Umfeld, in: *Bedingt erinnerungsbereit*, S. 107-119; Heinrich Wefing, Pavillion der Erinnerung. Einige Anmerkungen zur Architektur des Berliner Bundeswehr-Ehrenmals von Andreas Meck, in: *Bedingt erinnerungsbereit*, S. 97-106, (wie Anm. 1).
- ²⁴ *Das Ehrenmal der Bundeswehr*, S. 11 (wie Anm. 21).
- ²⁵ Andreas Meck, *Das Ehrenmal der Bundeswehr – Ein Gesamtkunstwerk*, in: *Das Ehrenmal der Bundeswehr. Dokumentation der Einweihung am 8. September 2009 in Berlin*, hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, Berlin 2009; Gerald Kretschmar, *Das Ehrenmal der Bundeswehr. Ein zivilreligiöser Weg in die neue Bundesrepublik*, in: *Risikante Liturgien. Gottesdienste in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit*, hrsg. von Kristian Fechtner, Thomas Klie, Stuttgart 2001, S. 67-78.
- ²⁶ Beispielsweise im Verhältnis der Cella zur äußeren Kubatur.
- ²⁷ Die Namen sind im Internet abrufbar: <http://www.bundeswehr.de/portal/> (Zugriff 23.12.2014). Neben dem Ehrenmal befindet sich seit 2014 das „Buch des Gedenkens“, ein Buch aus 20 Bronzeplatten, in dem alle 3.200 Namen aufgeführt sind. Wie bei der namentlichen Nennung im Inneren des Ehrenmals ist auch im „Buch des Gedenkens“ eine Fortschreibung und Aktualisierung möglich.
- ²⁸ Mit dem am 15. November 2014 in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Geltow eingeweihten „Wald der Erinnerung“ verfügt die Bundeswehr mittlerweile über eine weitere Erinnerungsstätte an die speziell in den Auslandseinsätzen gefallenen, beziehungsweise ums Leben gekommenen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Vgl. *Der Wald der Erinnerung. Ein Ort der Stille mit wiedererrichteten Ehrenhainen*, hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, Presse- und Informationsstab 2, Berlin 2014; Eine neue Erinnerungskultur, in: *Potsdamer Neueste Nachrichten* vom 17. November 2014, S. 10; Weitere Beispiele der Erinnerungskultur in der Bundeswehr mit einem durchaus kritischen Blick auf das Ehrenmal bei Loretana de Libero, *Einsatzarmee und Erinnerung: Gedenkkulturen in der Bundeswehr*, in: *Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze der Bundeswehr*, hrsg. von Bernhard Chiari und Magnus Pahl, Paderborn u. a. 2010, S. 278-287.

BILL NIVEN

„Das Ende der Schuld“

Der deutsche Historiker Norbert Frei schrieb 1995 in seinem Buch *1945 und Wir*: „Das Ende der Schuld scheint also nahe, und von links bis rechts sind die Erwartungen an diesen Zustand groß. Einem Land, in dem keine Täter mehr leben, eröffnen sich, so die Auguren, bisher nicht gekannte Chancen.“ Das war eine drastische Warnung. Frei bezog sich in seinem brillant geschriebenen Buch auf den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. Doch fühlte ich mich sehr stark an seine düstere Prognose erinnert, als ich die Diskussionen über den Ersten Weltkrieg verfolgte, die seit dem Erscheinen von Christopher Clarks *Sleepwalkers* (in deutscher Übersetzung *Die Schlafwandler, Wie Europa in den ersten Weltkrieg zog*) in den deutschen Medien geführt werden. In diesem Falle geht es natürlich um die so genannte Kriegsschuldfrage. Man könnte diese Frage als eine akademische abtun, eine historische; die meisten Deutschen, nehme ich an, hatten sich vor Erscheinen von Clarks Buch kaum mit der Frage der deutschen Kriegsschuld beschäftigt. Und doch löste dieses Buch eine kollektive Erleichterung aus. Ein spürbares Aufatmen ging durch die Feuilletons, als ginge es um die Befreiung von einer nationalen Last. Bei der Reaktion auf Clarks Buch, auch in den Reaktionen auf die Bücher von Herfried Münkler und Jörg Friedrich merkte man, dass mehr auf dem Spiel stand, als Fragen nach Ursachen. Das wurde besonders deutlich in einem Artikel – oder besser gesagt, Manifest – das die Historiker und Publizisten Dominik Geppert, Sönke Neitzel, Cora Stephan und Thomas Weber am 3. Januar 2014 in *Die Zeit* veröffentlichten. Die Autoren stellen nicht nur fest, dass die „Schuldfrage, in deutscher Selbstbezogenheit lange Zeit der zentrale Begriff, ob als Skandalon oder als Selbstbezeichnung, [...] keine entscheidende Rolle mehr [spielt]. Das Deutsche Reich ist nicht ‘schuld’ am Ersten Weltkrieg.“ Sie nehmen diesen Fund auch noch zum Anlass, gegen einen „negativen Exzeptionalismus“ in Deutschland Stellung zu nehmen, weisen auf die Gefahren eines deutschen „Schuldstolzes“ hin, und behaupten sogar, dass aus den zwei Weltkriegen andere Lehren gezogen werden müssen als Pazifismus und die Überwindung des Natio-

nalstaates. Am Ende des Artikels steht ein Plädoyer für ein verstärktes Nationalbewusstsein in Deutschland, und eine Lockerung des europäischen Gefüges zu Gunsten der Wahrnehmung nationaler Interessen und nationaler Politik.

Ich erwähne diesen Artikel nur, weil er auf größere Zusammenhänge hinweist. Ohne das explizit zu sagen, sind die Autoren offensichtlich der Meinung, die Relativierung der Schuld am Ersten Weltkrieg führt zu einer Minderung der Schuld am Zweiten. Sonst würden sie nicht von neuen Schlussfolgerungen aus den *Weltkriegen* sprechen. Man braucht kein geschichtswissenschaftliches Genie zu sein, um die unausgesprochene Logik hier zu verfolgen. Wenn die Deutschen am Ersten Weltkrieg nicht schuldiger seien als alle anderen, dann war Versailles wirklich ein Schandvertrag, und die Alliierten tragen zumindest ein gerüttelt Maß an Verantwortung für den Aufstieg Hitlers und den von ihm angezettelten Weltkrieg. Mit dem Ende der Schuld am Ersten Weltkrieg wird die These des deutschen Sonderwegs untragbar. Es gebe also keinen Grund, den deutschen Nationalismus zu verteufeln. Die Autoren wollen offensichtlich Schuldstolz durch Nationalstolz ersetzen. „Das letzte historische Tabu ist gefallen“, las ich in einem anderen Zeitungsartikel. Somit reiht sich dieser angebliche Tabubruch in eine ganze Serie von Tabubrüchen ein, von denen in den letzten Jahren eine anscheinend am Recht zu freier Meinungsäußerung verhinderte deutsche Öffentlichkeit befreit werden musste. Ich brauche hier nur ein paar Beispiele anzuführen. Sie wissen besser als ich, denke ich, dass die Wiederentdeckung des Themas Flucht und Vertreibung der Deutschen seit ungefähr 2002 – also dem Jahr, in dem Grass' *Im Krebsgang* erschien – als lang ersehnter Tabubruch interpretiert wurde. In der Debatte um Thilo Sarrazin, um ein anderes prominentes Beispiel herauszugreifen, ging es des Öfteren um die Frage angeblicher Tabus: durfte man so über Genetik reden, oder über Muslime, oder über den Sozialstaat, wie Sarrazin das tat? Sarrazin schrieb daraufhin ein ganzes Buch über die Tabuisierung gewisser Themen, und stellte sich als das Opfer von „political correctness“ dar. Sarrazin benutzte das Wort „Tugendterror“. Man fühlte sich an Walsers Friedenspreisrede von 1998 erinnert, in der er von „Moralkeulen“ sprach und andere Intellektuelle als „Moral- und Gewissenswarte“ abtat. Walser arbeitete sich an einem anderen vermeintlichen Tabu ab: nämlich das moralische Verbot, Formen der deutschen Vergangenheitsbewältigung zu kritisieren. Vor zwei Jahren stand ein anderes behauptetes Tabu zur Diskussion: „Was gesagt werden muss“, lautete der Titel von einem Gedicht von Günter Grass, in dem er Israel als potentiellen genozidalen Täterstaat hinstellte.

2003 wurde der deutsche Politiker Martin Hohmann aus der CDU ausgeschlossen, als er im Bezug auf die russische Revolution meinte, man könnte die Juden mit einiger Berechtigung als 'Tätervolk' bezeichnen. Grass wurde kritisiert, aber er bekam auch Unterstützung.

Auf die Vergangenheitsbewältigung also, die die Deutschen so gut wie alleine erfunden und institutionalisiert haben, erfolgt anscheinend jetzt die Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung. Wenn man nämlich die Inflation der Tabubruch-Debatten in den letzten Jahren näher betrachtet, fällt einem etwas auf: hier geht es nicht mehr um Tabus, die die Akzeptanz von deutscher Schuld blockieren – die Wehrmachtsausstellung wurde oft als Versuch gewertet, gegen solche Tabus vorzugehen – sondern um Tabus, die durch die Vergangenheitsbewältigung selbst entstanden sind. Man könnte fast meinen, zu Giordanos *Die zweite Schuld* wäre eine dritte hinzugekommen – die Aufoktroierung einer ritualisierten Schuldkultur, die im Bereich Erinnerung eher lähmt als befähigt, weil sie ein formell korrektes Handeln, Sprechen, Schreiben und Denken vorschreibt. Sie verlangt also vorgeprägte Reaktionen und Äußerungen, fördert damit Oberflächlichkeit, Unehrlichkeit und Ressentiments, statt eine offene Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit zu ermöglichen. So zumindest die Kritiker. In den Tabu-Debatten der letzten Jahre ging es fast immer um solcherart Tabus. Das Protestieren gegen vermeintlich starre Regeln der „political correctness“ im Umgang mit der Nazi-Vergangenheit ist zwar nichts Neues, war aber bis vor zehn, fünfzehn Jahren eine Kritik, die man im Grunde nur aus weit rechts stehenden Kreisen zu hören bekam. Heutzutage kommt diese Kritik aus allen möglichen Richtungen. Man hört sie überall. Jüngere deutsche Kollegen von mir, zum Beispiel, finden, die Aufarbeitung sei so mit Verboten gespickt, dass sie zum gesellschaftlichen Problem geworden ist – vor allem für junge Deutsche, die doch wahrlich keine Schuld tragen. Der Comedian Oliver Pocher brachte es auf den Punkt: „wir sind nicht für das verantwortlich, was unsere Eltern oder Großeltern verbockt haben“. Bei den Tabubruch-Behauptungen fällt mir auch etwas anderes auf. Die 68er-Generation, lange anerkannt als Triebkraft hinter der Aufarbeitung der Nazizeit, erscheint heutzutage im neuen Lichte als eine Art Meinungspolizei, die in autoritärer Tradition dafür gesorgt habe, dass an den Prinzipien der Vergangenheitsbewältigung nicht gerüttelt werden darf. Man redet und schreibt über die Unglaubwürdigkeit der linken Vertreter der Vergangenheitsbewältigung, die ja selber eine Vergangenheit aufzuarbeiten haben. Man spricht ihnen das Recht ab, über andere den Stab zu brechen.

Allerdings fällt es mir als Außenseiter manchmal schwer, die genaue Stoßrichtung der Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung – der Ausdruck stammt, glaube ich, von Peter Reichel – zu verstehen. Für einige Kritiker ist es wohl so, dass die Vergangenheitsbewältigung auf einer Stigmatisierung der deutschen Geschichte und auch der Deutschen beruht, die das nationale Selbstbewusstsein und die Handlungsfähigkeit der Deutschen wesentlich einschränkt. Andere aber weisen eher auf eine Verkrustung der Aufarbeitungsmethodik und -rhetorik hin, die diese Aufarbeitung manchmal ins Leere laufen lässt. Vor kurzem hat Volkhard Knigge, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, auf die Gefahr einer tendenziellen Reduktion von Erinnerungskultur auf historisch entkernte Pietät oder Frömmigkeit hingewiesen. Vor allem im Bereich der Holocaust-Erinnerung sind inhaltsleere Reden, zum Beispiel am 27. Januar, gewiss keine Seltenheit; es werden häufig verbrauchte Formulierungen wiederholt. Hier also haben wir das Bild einer Vergangenheitsbewältigung, die an ritualisierter Sprache und Praxis erstickt und keinen mehr erreicht. Zwischen verkrüppeltem nationalem Selbstbewusstsein auf der einen Seite und schulterzuckendem Desinteresse auf der anderen als Reaktionsmuster liegen Welten, und doch sind beide Reaktionen nur unterschiedliche Seiten derselben Münze. In beiden obengenannten Fällen leidet die Vergangenheitsbewältigung, so alle Kritiker gemeinsam, an Moralisierung. Moralisierung lähmt, oder stößt auf Ablehnung. Eine ganz andere Kritik aber an der Vergangenheitsbewältigung äußern Ulrike Jureit, Historikerin, und Christian Schneider, Kulturwissenschaftler, in ihrem Buch *Gefühlte Opfer*. Für sie besteht das Problem eher darin, dass die Deutschen sich nur allzugerne mit den jüdischen Opfern identifizieren, auf Kosten einer Auseinandersetzung mit Täterschaft und vor allem mit konkreten Täufern. Man hat sich sozusagen auf die Opferseite hinübergeschmuggelt. Hiernach fungiert die Vergangenheitsbewältigung als Entlastungsmaschine. Hinter einem Großteil der, wenn auch durchaus unterschiedlich nuancierter, Kritik an der Aufarbeitung steckt – ich wiederhole es – eine Abrechnung mit den 68ern, die, so die implizite und oft explizite Kritik, die Vergangenheitsbewältigung benutzt haben, um sich selber zu entlasten und andere zu beschuldigen. Insofern ist das jetzige Unbehagen an der Erinnerung – um einen anderen Buchtitel zu zitieren – in vielem Ausdruck eines Generationenkampfes.

Im Ausland, also auch in Großbritannien, wird die Komplexität und Vielschichtigkeit dieses Unbehagens an der Erinnerung nur bedingt wahrgenommen. Was mir allerdings auffällt, ist, dass man nicht nur in akademischen Zeitschriften son-

dern auch in der Presse im Zusammenhang mit Deutschlands Umgang mit der Nazizeit von einer „normalization“ spricht. Dieses Wortungetüm gibt es auch hierzulande in der nicht minder hässlichen Form „Normalisierung“. Weil Normalität die Existenz von einer Norm oder Normen voraussetzt, und weil es keineswegs klar ist, ob es allgemeingültige Normen gibt, oder wie diese genau zu definieren wären, ist der Begriff „Normalisierung“ sehr schwer zu fassen. Es hängt also vom Standpunkt des Sprechers ab, ob diese Normalisierung etwas Gutes oder eher Verdächtiges bedeutet. Im Grunde aber wäre ein vergangenheitsbezogen normales Deutschland ein Land, das etwas entkrampfter mit dem Nationalsozialismus umgehen würde. Denn welches andere Land leidet so an seiner Vergangenheit? Dass man jetzt über Hitler lachen kann – *Er ist wieder da* wurde auch bei uns gerne gelesen – ist sicherlich ein Zeichen dieser Entkrampfung. Dass man sich bemüht, wenn auch begleitet von heftigen Debatten und Schwierigkeiten, deren Ausbleiben aber ein Grund zur Sorge wären, Freiheits- und Einheitsdenkmäler zu bauen, kann man auch als Normalisierung verstehen. Denn welches andere Land feiert sich selber *nicht*? Ich gehe auch so weit, zu sagen, ich finde die Idee eines Dokumentationszentrums für die Erinnerung an Flucht und Vertreibung oder eine Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus auch normal, denn welches andere Land erinnert an die eigenen Opfer nicht? Wenn „normal“ in vergangenheitspolitischer Hinsicht bedeutet, die Deutschen werden immer mehr wie „wir“, sprich Briten und Amerikaner, dann können wir nur damit meinen, dass nicht nur Schuld und Schande die deutsche Erinnerung und Erinnerungslandschaft prägen sollen – wo, frage ich mich, erinnern wir uns in England an unsere eigene Schuld und Schande – sondern auch Mitgefühl mit den eigenen Toten und auch Stolz auf positive historische Traditionen, an denen ja Deutschland nicht gerade arm ist.

Normalisierung bedeutet vielleicht sogar eine Abkehr von Schuldgefühlen. So versteht zumindest Cora Stephan den Begriff. Sie plädiert für eine „Normalisierung“ in den deutsch-polnischen Beziehungen, und schreibt: „historische Schuld ist keine Münze für die Gegenwart [...] was die Deutschen europapolitisch tun oder lassen, sollten sie aus politischer Einsicht tun – nicht aus Schuldgefühlen“. Allerdings wird es ohne einen Verzicht auf Stigmatisierung kein Ende der Schuldgefühle geben, und diese Stigmatisierung bemerke ich nach wie vor in England, wenn die Deutschen etwas tun, was uns nicht passt: schnell sind die Nazivergleiche zur Hand. In Polen und Griechenland ist das nicht anders. Doch ist dies auch

eine Generationsfrage. Als die deutsche Fernsehserie *Unsere Mütter, unsere Väter* unter dem Titel *Generation War* im englischen Fernsehen lief, waren die Reaktionen zumeist positiv. Vor allem Vertreter der jüngeren Generation – zum Beispiel meine eigenen Studenten – fanden den Film fesselnd und überzeugend. Während ich selber diese Serie problematisch finde, fanden meine Studenten, dass ich eher das Problem bin. Wieso wollte ich einem deutschen Regisseur das Recht nicht einräumen, polnischen Antisemitismus darzustellen? Was hatte ich dagegen, dass gezeigt wird, dass deutsche Soldaten recht unterschiedlich auf Krieg reagieren, oder dass Deutsche 1941 freundschaftlich mit einem Juden verkehren? Ich hatte hier ein paar geschichtliche Einwände, aber das Gespräch entwickelte sich weiter. In England sind mittlerweile Universitätskurse oder -seminare zum Thema „comparative genocide“ normal. Die Studenten lesen akademische Bücher und Artikel über „comparative genocide“, in denen der Holocaust keineswegs einmalig erscheint, sondern im Zusammenhang mit anderen Formen des Völkermordes betrachtet wird. Sie lesen Bücher über „ethnic cleansing“, ethnische Säuberung, wo Kapitel über den Holocaust und über die Vertreibung der Deutschen nebeneinander stehen. Sogar Kapitel über die Vertreibung der Deutschen und die Vertreibung der Palästinenser nach dem Zweiten Weltkrieg stehen nebeneinander. Langsam nehmen Historiker auch die Geschichte des Kolonialismus in den Blick, fragen, ob nicht eigentlich hier der Ursprung westlicher Genozide zu finden ist. Daher die Meinung einer meiner Studenten, man solle doch aufhören, die Deutschen als irgendwie „anders“ zu betrachten. Genozid und Säuberung waren doch überall.

Ist die Zeit also gekommen für „das Ende der Schuld“? Zumindest für das *Ende der Schuldgefühle*; denn die historische Schuld für die Greuelthaten der Nazis, sie bleibt. Und wie steht es mit der moralischen Schuld? Irgendwann wird sie doch durch moralische Verantwortung abgelöst, nur handelt es sich jetzt um eine Verantwortung im Bereich des Erinnerns, Wachhaltens. Die Frage, die sich dann stellt, ist, wie am besten erinnert werden kann. 1998 hat Martin Walser dafür plädiert, wenn ich ihn richtig verstanden habe, dem eigenen Gewissen das Erinnern zu überlassen. Das wurde so interpretiert, als wollte er die Geschichte auf diese Weise entsorgen. Sein Unbehagen an der Erinnerung gibt aber Grund zum Nachdenken. Wird das Erinnern, Wachhalten, dadurch erreicht, dass man Mahnmale baut? Walsers Sorge galt eher der Verschandelung der Hauptstadt Berlins durch das Holocaust-Mahnmal, das er als Schandmal empfand, als eine Art Stigmatisierung der Deutschen. Das Mahnmal wurde nicht nur von Walser als Stigma

interpretiert, sondern auch von anderen, auch akademischen Kollegen von mir in England und in den USA. Vor kurzem hat der Historiker Götz Aly, in Bezug auf Berlin, vor „galoppierender Gedenkerritis“ gewarnt. Er äußerte die Sorge, die Mahnmalisierung Berlins nehme so überhand, dass die kulturelle Geschichte der Stadt auf die Erinnerung an Greuelthaten reduziert wird. Sind Mahnmale überhaupt noch das Richtige heute, denn schließlich brauchen doch die heutigen Deutschen keine Mahnungen – so könnte man zumindest argumentieren. Mahnen – das erinnert wieder an ausstehende Schulden. Und doch kann man das Berliner Holocaust-Mahnmal und die vielen anderen Mahnmale in Deutschland nicht als Stigma, sondern im Gegenteil eher als Absorptionsmittel verstehen, die die Schuld sozusagen auffangen und endlagern. Das wäre eher eine Entstigmatisierung. Hin und wieder besucht man ein Mahnmal, so, wie man eine schwächelnde Tante besucht. Man tut seine Pflicht, und fühlt sich nachher besser. Mahnmale sind Abladeplätze für das schlechte Gewissen, nicht unbedingt immer ein Anlass zum Nachdenken. Am Ende muss man, denke ich, die Worte Walsers ernst nehmen. Der beste Ort für die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen ist das Gewissen. Das wusste auch Karl Jaspers, als er betonte, dass eben das Gewissen für das Aufarbeiten der moralischen Schuld zuständig ist. Bei der moralischen Verantwortung ist das genauso der Fall.

Und doch bin ich ein großer Bewunderer deutscher Mahnmale. Sie haben mein Interesse an der Kunst geweckt. Letztendlich muss auch das Gewissen angeregt werden, und wie soll das geschehen, ohne sichtbare Erinnerungszeichen – ob Gedenkstätten oder Mahnmale? Unbeachtet des Unbehagens an der Erinnerung geht der Bau von Gedenkstätten und Mahnmalen weiter, wie ich aus dem Gedenkstättenrundbrief regelmäßig erfahre. Immer öfter sind Schulkinder und Gemeinden an der damit verbundenen Arbeit beteiligt. Das tätige Erinnern – „hands on memory“ im Englischen – ist zur Regel geworden. Viele neuere deutsche Mahnmale könnte man mit James Young nicht nur als Gegendenkmäler bezeichnen, sondern als Gegenmahnmale. Sie erheben keinen moralischen Zeigefinger, sondern versuchen, einen Dialog zwischen Besucher und Denkmal zu wecken. Neuere Mahnmale wie die Stolpersteine entstehen durch öffentliche Beteiligung. Und die Grenzen zwischen Archivierung, Ausstellung und Mahnmal lösen sich langsam auf, wie man anhand des Offenen Archivs von Sigrid Sigurdsson oder der Denksteine von Horst Hoheisel feststellen kann. Es geht immer mehr um das Inszenieren und Darstellen von Erinnerung, denn was heute weitergegeben

wird, ist nicht die *Schuld*, sondern die *Erinnerung* daran. Wenn ich an die vielfältige und einfallsreiche Topographie des Erinnerns in Deutschland denke, scheint mir also das oben beschriebene Unbehagen an der Erinnerung etwas übertrieben.

Zu der Frage der 35. Infanterie-Division komme ich erst gegen Schluss. Mein Wissen ist hier sehr begrenzt. Ich weiß zum Beispiel nicht, ob es andere umstrittene Denkmäler dieser Art in Deutschland gibt. Denkmäler, die an die toten deutschen Soldaten beider Weltkriege erinnern, gibt es allerdings sehr viele. Heute werden andere über das Problem des Karlsruher Denkmals reden, die fachkundiger sind als ich. Trotzdem möchte ich ein paar Überlegungen zu diesem Problem anstellen. In Berlin steht ein Denkmal, das an die Opfer des Krieges und der Gewalt Herrschaft erinnert, auch der Gefallenen. Die Neue Wache. Es erinnert damit also auch an die toten Wehrmachtssoldaten. An welche? Alle? Die Widmung ist sehr allgemein gehalten. Es bleibt dem Besucher überlassen, eine eigene Interpretation zu liefern. Man kann also in Deutschland sehr wohl *allgemein* der eigenen Gefallenen ehrend gedenken, obwohl sich darunter Soldaten und ganze Einheiten befinden, die Kriegsverbrechen begangen haben. Und doch scheint es allen klar, dass das Karlsruher Denkmal, das an eine Division erinnert, die nachweislich an Kriegsverbrechen beteiligt war, nicht akzeptabel ist – auch wenn es in dieser Division sicherlich zumindest einige Soldaten gegeben hat, die nicht an diesen Verbrechen beteiligt waren. Ist das ein Widerspruch? Bei allgemeinen Widmungen an die Gefallenen insgesamt gerät die Frage der Täterschaft aus dem Blickfeld; alle werden im Rückblick zu Opfern. Sobald man aber einer spezifischen Division gedenkt, die zu irgendeinem Zeitpunkt nachweislich Kriegsverbrechen begangen hat, ist die Täterschaft nicht mehr zu übersehen. Zumindest heute nicht mehr. Nur indem man im Falle der Neuen Wache das Spezifische zugunsten des Allgemeinen oder gar Vieldeutigen auflöste, konnte man die konkreten Verbrechen verschwinden lassen.

Was soll man also machen mit dem Denkmal für die 35. Infanterie-Division? Man kann ihm natürlich ein Gedenkmal zur Seite setzen, wie das in Hamburg der Bildhauer Alfred Hrdlicka gemacht hat. Das Ehrenmal für das Infanterie-Regiment Nr. 76, 1936 eingeweiht, wurde nicht abgerissen, sondern sozusagen in Kontrast zu Hrdlickas zwischen 1983 und 1986 gebautem kriegskritischem Mahnmal gesetzt. Wegen Geldmangels wurde Hrdlicka nicht fertig. Die Teile „Soldatentod“ und „Frauenbild im Faschismus“ wurden nie realisiert. Hier bietet sich also die Möglichkeit an, das, was in Hamburg nicht fertig wurde, in Karls-

ruhe zu Ende zu führen. Allerdings steht Hrdlickas Mahnmal am Anfang einer Gedenkmaltradition, die inzwischen viel subtiler und komplexer geworden ist. Eine zweite Möglichkeit wäre, durch die Architektur des Denkmals einen Keil zu treiben, wie in Nürnberg auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände. Allerdings handelt es sich im Falle des Denkmals für die 35. Infanterie-Division nicht um ein Nazi-Denkmal. Man kann natürlich auch irgendeinen Text vor das Denkmal stellen, oder es ganz entfernen, aber das erste scheint mir zu langweilig, und das zweite zu mutlos. Das besonders Interessante an diesem Fall ist, dass dieses Denkmal 1964 eingeweiht wurde. Tatsächlich gibt es hier die Chance, sich mit früheren bundesrepublikanischen Gedenktraditionen auseinanderzusetzen, statt sie einfach stillschweigend hinzunehmen, zu überschreiben oder zu ersetzen. Und von daher würde ich dann doch eher für eine Art Gedenkmal plädieren, eines, das sich im Gegensatz zu Hrdlickas aber *direkt* mit dem Denkmal der Infanterie-Division auseinandersetzt – und zwar ästhetisch wie auch in der Botschaft. Man könnte dazu sicherlich auch eine Informationsstele anbringen. Nur sollte dieses Gedenkmal eines sein, das die Bürger anspricht und Reaktionen hervorruft. Es wäre schade, wenn man ein Gedenkmal bauen würde, das sich zum Beispiel damit begnügt, festzustellen, dass die Bundeswehr von heute eine weit bessere Institution ist als die Wehrmacht. Denn das wissen wir ja alle. Es sollte keine transzendierende Botschaft bringen – nach dem Motto, wir machen das heute viel besser –, sondern Fragen stellen. Denn das Problem, dass aus Zivilisten Wehrmachtssoldaten und aus Wehrmachtssoldaten Mörder wurden, mag ein Problem der Vergangenheit sein. Aber das Problem, dass aus normalen Bürgern Rassisten und Mörder werden, ist ein Problem auch der Gegenwart. Ein Problem in vielen europäischen Ländern. Vielleicht könnte man mit einem Gedenkmal auch darüber nachdenken.

SYLVIA SCHRAUT

Der schwierige Umgang mit dem kommunalen Gedenken an die Kriegstoten

Ein Blick in Publikationslisten, Tagungsankündigungen und Vorlesungsverzeichnisse, in Mediendebatten über nicht oder erst recht zu installierende nationale Mahnmale oder schlichtweg der Suchbefehl im Internet machen deutlich: Seit etwa 1990 gehören Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik zu den beliebtesten geschichtswissenschaftlichen Forschungsgebieten und populären Diskussions-themen. Mit Gedächtnis und Erinnerung beschäftigten sich mehr oder weniger alle Kulturwissenschaften im interdisziplinären Verbund. Dabei sind Gedächtnis, kollektives, kommunikatives und kulturelles Gedächtnis, Tradition und Traditionsstiftung, Erinnerungskultur und -räume, Erinnerungspolitik und Vergessen keineswegs eindeutig definierte Begriffe, unter denen die jeweiligen Fachdisziplinen das Gleiche verstehen. Hinter diesen ohnehin sehr abstrakt anmutenden Bezeichnungen verstecken sich ein Reihe kulturwissenschaftlicher Theorien, die sich jeweils auf ihre Weise mit der Frage beschäftigen, wie sich eine soziale Gemeinschaft an ‚ihre‘ Geschichte erinnert. Welche Funktionen eine öffentlich gepflegte Erinnerungskultur in einer Gesellschaft übernimmt, welche Formen des Erinnerns gepflegt werden oder welche Rolle Macht und gesellschaftliche Deutungshoheit für den Ein- oder Ausschluss aus dem kollektiven Gedächtnis spielen, diese Fragen sind Gegenstand differenzierter Forschungsprojekte und Theoriendebatten. Gemeinsam ist den heutigen Ansätzen, die in der frühen Gedächtnisforschung der 1920er Jahre wurzeln, der Blick auf die Konstruktivität von Erinnerungen. Diese werden nicht in Gedächtnisschubladen abgelegt und bei Bedarf aus diesen hervorgezogen. Erinnerungen werden stets aufs Neue im Prozess des Erinnerns frisch geformt; dies bestätigt auch die aktuelle naturwissenschaftliche/medizinische Forschung. Dass die Herstellung und Pflege des kulturellen Gedächtnisses eng verwoben ist mit gesellschaftlichen Prozessen der politischen Sinn- und Identitätsstiftung, hat insbesondere das Interesse der Geschichtswissenschaft erregt.¹

Nicht zuletzt spiegeln sich die geschichtswissenschaftlichen Debatten rund um den identitätsstiftenden Charakter von Erinnerung auch in öffentlichen (kultur-)politischen Diskussionen. Erinnert sei an die Walser-Bubis-Kontroverse im Jahr 1998, in der Martin Walser in seiner Dankesrede für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels die deutsche Erinnerungspolitik in Sachen Nationalsozialismus geißelte unter Zuhilfenahme von Argumenten aus dem Fundus des im Privaten verorteten kommunikativen Gedächtnisses.² Ihm widersprach der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Ignaz Bubis, und forderte eine öffentlich gepflegte Erinnerungskultur ein, die sich verantwortlich mit dem erinnerungspolitischen Erbe des Nationalsozialismus auseinandersetze.³ Erinnert sei auch an die Debatten um das zukünftige Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum zu Flucht und Vertreibung in Berlin.⁴ Dass öffentliche Erinnerungskultur ‚gemacht‘ wird, dass über das zu Erinnernde gestritten und verhandelt wird und nicht zuletzt die Eroberung der Deutungshoheit auch eine politische Machtfrage ist, zeigte beispielsweise das Gerangel in den Jahren 2009/2010 um die Frage, ob die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, einen Platz im wissenschaftlichen Beirat des geplanten Vertreibungszentrums einnehmen könne. Welche Erinnerungen gestiftet, befördert und gepflegt oder vergessen werden und welche Gruppen an diesen gesellschaftlichen Prozessen auf welche Weise beteiligt sind, stellen folglich keineswegs zu vernachlässigende Fragen dar.

Lange Zeit fokussierten die geschichtswissenschaftlichen und erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um öffentliches Gedenken vorrangig den politischen bzw. kulturellen Raum der Nation. Inzwischen gibt es mehr oder weniger gelingende Versuche eine europäische Erinnerung zu konstruieren. Dabei zeigen insbesondere die Initiativen, beispielsweise rund um den Ersten Weltkrieg eine europäische Erinnerungskultur zu stiften, wie schwierig es ist, die sperrige und nicht selten erinnerungspolitisch problematische Nation zu umschiffen.⁵

Das hat freilich viel mit der Entstehungsgeschichte von öffentlicher Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik zu tun. Öffentlich gepflegte Traditionsbildung und Erinnerungskulturen stehen historisch in engem Zusammenhang mit der Herausbildung der Nationalstaaten und der Ausformung nationaler Identitäten im Verlaufe des 19. Jahrhunderts.⁶ An diesen Prozessen orientierte Momente einer nationalen Erinnerungskultur (Denkmäler, Gedenktage, Feste usw.) dienten der Ausbildung eines wie auch immer definierten Nationalbewusstseins und förderten die Entwicklung einer solchen Identität häufig auch in Abgrenzung, Konkur-

renz und Feindschaft zu Nachbarstaaten und sonstigen Mächten in Europa. Zwar spiegelt der Herstellungsprozess kultureller Erinnerung nicht zuletzt gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Deutung des Vergangenen – die Walser-Bubis-Debatte und die Diskussionen um das europäische Vertreibungszentrum sind hierfür Beispiele. Doch entscheidend für die nationale Erinnerungskultur ist: In der Regel setzten und setzen sich gerade im nationalen Verdichtungsprozess ‚Mainstream‘-Deutungen durch, welche beispielsweise die Positionen von gesellschaftlichen Minderheiten und transnationale Aspekte des Erinnerns vernachlässigen.

Dieses Phänomen wird insbesondere von der Geschlechtergeschichte kritisch hinterfragt. Denn im nationalen erinnerungspolitischen Verdichtungsprozess wie in der diesbezüglichen Geschichtsforschung spielen Frauen, weiblich konnotierte Handlungsräume und Problemstellungen eine untergeordnete Rolle. Die scheinbar geschlechtsneutrale Erinnerungskultur und erinnerungskulturelle Debatte erweist sich bei näherer Betrachtung als männlich konnotierte Arena. Erinnerungspolitisch dominiert das Gedenken an männliche Akteure. Männlich besetzte historische Orte gelten als zentral für die deutsche historisch verankerte Identität, Frauen und weibliche Aktionsräume werden dagegen vergessen. Die Geschichtsforschung zum jeweiligen nationalen Gedächtnis ist in der Bemessung von Wichtigkeit lange den Vorgaben ihres historischen Untersuchungsgegenstandes gefolgt. Erst seit wenigen Jahren gibt es Ansätze, die Analyse von Erinnerungskultur zu ‚gendern‘.⁷

Der nationale erinnerungspolitische Verdichtungsprozess zu ‚Mainstream‘-Deutungen sollte auch von der kommunalen Geschichte her kritisch gesehen werden. Zwar lässt sich feststellen: Die nationalen erinnerungspolitischen Debatten wie die zugehörige Geschichtsforschung über Erinnerungskultur haben längst ihren Eingang in den Kommunen gefunden. Dort haben die nationalen geschichtspolitischen Diskussionen zu einer Sensibilisierung bezogen auf den Umgang mit der Geschichte vor Ort geführt. Zahlreiche kommunale Geschichtsprojekte, die in den letzten Jahrzehnten entworfen und finanziert wurden, dienten der Erweiterung des Wissens um die eigene lokale oder regionale Vergangenheit. Sie beförderten Vergessenes und Verdrängtes ans Licht und machten deutlich, dass vor Ort eine Reihe interessanter Persönlichkeiten und spannender Initiativen es nicht verdient haben, im Schatten der scheinbar so großen nationalen Events zu verblässen. Doch bislang steckt eine breit und methodisch reflektiert geführte geschichtswissenschaftliche Diskussion noch in den Kinderschuhen, die mit kommunaler Per-

spektive – ähnlich wie die Geschlechtergeschichte – das nationale Projekt Erinnerungskultur hinterfragt.⁸

Dieser Befund ist eigentlich erstaunlich: Denn kommunale Erinnerung stellt eine zentrale Schnittstelle zwischen privatem kommunikativem Gedächtnis und öffentlicher (nationaler) Erinnerungskultur dar. Nationale Gedächtnisorte sind in der Regel nicht im virtuellen Gedächtnisraum angesiedelt, sondern höchst konkret kommunal verankert. Daraus lässt sich folgern: Letztlich muss die Konstruktion einer nationalen, selbst einer europäischen Erinnerungskultur, vom konkreten Ort als unmittelbarem Erfahrungsraum ausgehen.

Dabei scheint eines besonders wichtig: Die Analyse kommunaler Erinnerungskultur liefert nicht nur Bausteine für das nationale Erinnerungsprojekt. Zwar nimmt kommunale Erinnerungskultur teil an der Konstruktion des nationalen Gedächtnisses. Doch vor Ort werden nationale Erinnerungsprojekte regional eingefärbt. Kommunale Erinnerungsorte und Denkmäler liefern damit neben dem hegemonial national verdichteten Raum für Nebengeleise des Erinnerens. Hier blieben und bleiben nicht nur regionale Besonderheiten, sondern auch abgebrochene und unterdrückte konkurrierende Erinnerungen zur durchgesetzten nationalen Deutung erhalten. Kommunale, über Erinnerung gestiftete Identität kann so Nebenstränge der Geschichte in den Vordergrund rücken und damit kommunales Selbstverständnis, kommunale Orientierung, Lokalpatriotismus und Gemeinschaftssinn historisch verankern. Das Spiel mit unterschiedlichen räumlichen Maßstäben, das heißt die Verbindung von lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Perspektive, ermöglicht Multiperspektivität und erleichtert damit die Einbindung der Kategorie Geschlecht, die Erinnerung an Minderheiten und national Vergessenes.

Ein Beispiel hierfür liefert die Erinnerungspolitik Offenburgs. Am 12. September 1847 versammelten sich im Gasthaus Salmen die „entschiedenen Freunde der Verfassung“. Diese verabschiedeten mit den „Forderungen des Volkes“ denjenigen Forderungskatalog, der mit seinem Menschenrechtskern nicht nur in Baden, sondern im Deutschen Bund die Revolutionsversuche von 1848 einleitete. „Die Erinnerung an die revolutionäre Zeit hat sich im kollektiven Gedächtnis Offenburgs bis heute erhalten“, heißt es auf der Homepage Offenburgs.⁹ Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive ist diese Feststellung nicht ganz richtig. Die deutschen Revolutionsversuche waren im Wilhelminischen Kaiserreich keiner nennenswerten Erinnerung wert. Auch 100 Jahre später – 1947/48 – war man in Deutschland

nicht primär mit der Erinnerung an die gescheiterte Revolution beschäftigt. Für ein Aufleben und die Institutionalisierung kommunaler Erinnerung bedurfte es eines günstigen politischen Klimas. Das war 150 Jahre nach den Ereignissen – 1997 – gegeben. „Zum 150. Gedenken an die Ereignisse feierte die Offenburger Bevölkerung im Jahr 1997 über drei Tage hinweg das Offenburger Freiheitsfest“. Und die kommunale Initiative stieß auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. „Seit 2003 findet am 12. September der Offenburger Freiheitstag statt, an dem die Bevölkerung sich jährlich an die Verabschiedung der 13 Forderungen des Volkes durch die ‚entschiedenen Freunde der Verfassung‘ erinnert.“ Offenburg versteht sich heute, so die kommunale Homepage, als „Freiheitsstadt“.

Das Beispiel zeigt: Die kommunale Erinnerungsbühne spiegelt den nationalen erinnerungspolitischen Zeitgeist. Sie stellt den eigentlichen Präsentationsort der nationalen Erinnerungskultur dar. Aber sie reichert die nationale Erinnerung mit lokalen Besonderheiten an, und, das ist besonders wichtig, mit ihrer Erinnerungsarbeit trägt sie zur historisch verankerten Identität ihrer Bürger wesentlich bei.

In ihrer erinnerungspolitischen Funktion wurde und wird die Kommune damit auch immer zum Austragungsort konkurrierender Erinnerungsbemühungen. Dies zeigte sich beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg an den kommunalen Debatten um Vertriebenen Denkmäler. Die 1950er Jahre sind geprägt von kommunalen Auseinandersetzungen um die Frage, ob und wenn ja, welche Denkmäler errichtet werden sollen, die an die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und die Vertreibungstoten erinnern. Nicht selten waren die Vertriebenenorganisationen in ihren Bemühungen durchaus erfolgreich.¹⁰ In vielen Kommunen wurden Denkmäler zur Erinnerung an die Vertreibungen errichtet. Doch eigentlich war klar: Vertrieben war nur ein Teil der kommunalen Bevölkerung. Zu klären war, ob und wie der Rest der Bevölkerung, nicht selten die Mehrheit, eingebunden werden konnte. Die Strategie, die in den kommunalen Debatten eingeschlagen wurde, bediente sich häufig allgemeiner Opfermetaphern. Opfer des Krieges, so die Sprachregelungen, waren irgendwie eigentlich alle. Sichtbaren Ausdruck fand die gewählte Sinnstiftung in der Gestaltung der Denkmäler. In der Regel stellen sie Frauen mit und ohne Kinder dar, mithin diejenige Gruppe, der ikonographisch keine Kriegshandlungen und keine Täterschaft zugeschrieben wurden. Das Beispiel der kommunalen Vertriebenen Denkmäler zeigt nicht zuletzt, auf welche Weise Sympathie für eine Gruppe der Stadtbevölkerung mithilfe eines feminisierten Opferdiskurses entfacht werden konnte und wie die kommunale Erinnerungskul-

tur gleichzeitig die Plattform und die bildhafte Inszenierung dieses Vorhabens darstellte.

Dass sich der Opferdiskurs, manifestiert in Denkmälern und Erinnerungsfeiern, grundsätzlich dazu benutzen lässt oder dazu benutzt wird, über alle gesellschaftspolitischen Lager hinweg eine fiktionale kommunale Erinnerungsgemeinschaft zu stiften, zeigt die seit etwa 1995 wieder aktuelle Erinnerungsarbeit rund um das Thema ‚Bombenkrieg‘. Hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit die NS-Propaganda nachgewirkt, die den Bombenterror gegen Zivilbevölkerung geißelte, ohne sich sonderlich damit zu beschäftigen, dass die Deutschen sich in gleicher Weise beispielsweise in England betätigt hatten, so waren seit den 1970er Jahren der Holocaust und der Widerstand im öffentlichen Gedächtnis allmählich in den Vordergrund gerückt. Seit den 1990er Jahren trat die Auseinandersetzung mit den Kriegseiden der deutschen Zivilbevölkerung hinzu. Bekannt ist vor allem das Buch von Jörg Friedrich „Der Brand“, publiziert 2002, das den Horror der Bombardierungen assoziativ mit dem Holocaust auf gleiche Ebene zu stellen scheint.¹¹

Auch in der kommunalen Erinnerungsarbeit hat sich die Erinnerung an den Bombenkrieg Eingang verschafft. Seit der Wiedervereinigung sind eine ganze Reihe von Erinnerungsfesten abgehalten und Ausstellungen finanziert worden, auch kommunale Erinnerungsbücher erschienen, in denen Zeitzeugen von ihren Leiden während des Zweiten Weltkrieges berichten. Es seien nur einige Beispiele willkürlich herausgegriffen:

Das prominenteste Beispiel liefert Hamburg. Angesichts der totalen Zerstörung der Stadt bot sich hier schon früh der Bombenkrieg als Erinnerungschiffre an. Im kommunikativen Gedächtnis, in der wiederholt erzählten privaten Erinnerung verkamen die Schrecken des Bombenterrors rasch zu leeren Worthülsen heroisch verklärten Leidens. Dies beschreibt beispielsweise schon Uwe Timm in seiner Novelle „Am Beispiel meines Bruders“.¹² Aber auch in der öffentlichen kommunalen Erinnerungskultur übernahm die Erinnerung an die Bombenbrände sinnstiftende Wirkung, so Malte Thießen, der sich intensiv mit dem Thema befasst hat. „Die Juli-Angriffe boten der Hansestadt wie kein zweites Ereignis des ‚Dritten Reichs‘ Gelegenheit, sich ihrer Vergangenheit identitäts- und gemeinschaftsstiftend zu erinnern.“¹³ Bereits in der frühen Bundesrepublik nahmen Hamburger Gedenkfeiern zum Bombenkrieg eine prominente Stellung in der kommunalen Erinnerungsarbeit ein. Im Unterschied beispielsweise zu Gedenkfeiern für die Opfer des Faschismus oder zum Kriegsende kamen zu den Feierlichkeiten zur Bombardie-

rung Hamburgs auch Bundesminister in die Stadt. Zwar dienten die Bomben-Erinnerungsfeiern als Chiffre für die Warnung vor Krieg, doch anders als im Falle der Erinnerungsarbeit für die Opfer des Faschismus oder zum Kriegsende ermöglichte das Bombardierungsgedenken die Herstellung einer kommunalen Gemeinschaft, zu der fiktionall alle gehörten und die auch in den politischen Reden beschworen wurde. Gefeierte wurde ‚die Einheit unseres Volkes‘, ‚der Wille zur ‚Durchhaltegemeinschaft‘, ‚der Wille zur Selbstaufopferung und Ordnung‘, die jetzt in die Wiederaufbaugemeinschaft und den gemeinsamen Stolz über die junge Bundesrepublik übergeführt werden sollten.

Der Blick auf die Bombenangriffe änderte sich erst in den 1980er Jahren mit der zunehmend kritischeren Analyse der NS-Volksgemeinschaft. Die Frage danach, was aus Deutschland ohne die alliierten Angriffe geworden wäre, taugte allerdings wenig zur Gemeinschaftsstiftung. Sie legte vielmehr Kontroversen offen und war insofern zweischneidig. Abhilfe für diese Problematik bot das bereits erwähnte, breit rezipierte Buch von Jörg Friedrich „Der Brand“. Hier wurde die historisch nicht haltbare These aufgebracht, der Bombenkrieg sei seit 1945 tabuisiert worden. Eine neuerliche Erinnerungsgemeinschaft konnte sich nun in der Kommune etablieren, die gemeinsam daran ging, die Erinnerungen an die Bombenopfer zu ‚enttabuisieren‘. Inzwischen gibt es in Hamburg am Erinnerungsort und Mahnmal St. Nicolai auch eine Dokumentation zur Bombardierung Hamburgs, die sich differenziert und multiperspektivisch mit den unterschiedlichen Positionen zum Bombenkrieg auseinandersetzen will. Ob ein solcher Ort für kommunale Gemeinschaft stiftende Erinnerungspolitik nicht viel zu sperrig ist, muss sich erst in Zukunft erweisen.

Insbesondere auf den Gemeinschaft stiftenden Charakter der Erinnerung an den Bombenkrieg sind viele andere Kommunen mit entsprechenden Publikationen aufgestiegen. Nicht alle landen am Ende bei einer differenzierten Erinnerungsarbeit.

Nehmen wir das Beispiel Paderborn.¹⁴ Eine hier Ende der 1990er Jahre publizierte Dokumentation „Als die Bomben fielen [...] Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939–1945“, versammelte Zeitzeugenberichte zum Bombenkrieg in Paderborn ohne nennenswerte kritische Hinterfragung.¹⁵ Vorausgegangen war 1995 eine Ausstellung mit dem Titel „Paderborn 1945, Leben im Nationalsozialismus“, die „die Geschehnisse vor 50 Jahren dokumentieren und zugleich Mahnung für die Zukunft sein“ sollte.¹⁶ ‚Dokumentation‘ und ‚Mahnung‘ sind dann

auch oft die Leitbegriffe, die über solchen kommunalen Vorhaben stehen. Doch bei der ‚Dokumentation‘ und ‚Mahnung‘ bleiben die Ausstellungsmacher und Erinnerungsakteure in der Regel nicht stehen. Im Katalog zur Paderborner Ausstellung heißt es dann auch durchaus interpretatorisch: „Zwischen dem 17. Januar und dem 27. März 1945 wurde die Stadt durch eine Serie schwerer Bombenangriffe in Schutt und Asche gelegt. Die Opfer waren Frauen, Kinder und alte Menschen. [...] Für die Mehrheit der Paderborner bedeutete die Besetzung ein Ende des Schreckens, eine Erleichterung, sicher keine Befreiung.“¹⁷ Schon hier können wir also konstatieren, in Paderborn gab es keine Blockwarte, keine Gestapo und ohnehin keine Nazis, sondern nur unschuldige Frauen, Kinder und alte Menschen. Implizit, so lässt sich folgern, wird hier eine neuerliche Volksgemeinschaft, diesmal von Opfern, beschworen, die eine Täterschaft, ein Zerfallen der kommunalen Bevölkerung in Opfer und Täter, grundlegend ausschließt. Dass der jüdische Teil der Stadtbewohner nicht unter den Bomben leiden konnte, weil er zuvor deportiert und zum großen Teil ermordet wurde, scheint den Autoren ebenso entgangen zu sein, wie etwa das spezifische Schicksal der Zwangsarbeiter, die für die deutsche Bevölkerung arbeiteten und auch unter den Bomben leiden mussten. In Paderborn dient seit 2005 dann auch ein Gedenkbuch mit Biographien der „Erinnerung an das schlimme Leid, das der Krieg über unsere Stadt gebracht hat“.¹⁸ Vor dem Bombenkrieg, so lässt sich konstatieren, sind letztlich alle gleich: Juden, Zwangsarbeiter, Nazis, Mitläufer und Widerständler.

Das Paderborner Beispiel stellt keinesfalls eine Ausnahme dar, sondern ist typisch für viele ähnliche kommunale Unternehmungen. „Bremen im Bombenkrieg“ heißt eine Publikation von Ralf Täuber und Matthias Kuse aus dem Jahr 2008.¹⁹ „Das Buch schließt [...] eine Lücke zur Geschichte des Luftkrieges in Bremen, indem es die Erinnerungen von Bremerinnen und Bremern zum Schwerpunkt des Interesses macht, die die Autoren einem breiteren Publikum vorstellen möchten“, heißt es in der Verlagsankündigung. Das Buch erregte selbst die wohlwollende Aufmerksamkeit der TAZ, die die beiden Autoren interviewte. Unter dem Titel „Das ‚Moral Bombing‘ scheiterte“, wird berichtet: „Matthias Kuse und Ralf Täuber haben 250 Zeitzeugen zum Leben während des Bombenkrieges in Bremen befragt. Es sind die Erinnerungen einer Generation, die offenbar zu wenig zu Wort kam“.²⁰ „Wir wollten kein Quellenwerk herausbringen“, erklärte Täuber, einer der Autoren im Interview, „sondern ein Lesebuch. Das Ziel war, möglichst Vielschichtiges über den Alltag erfahrbar zu machen. Uns interessierte, wie es möglich war,

in diesen unglaublichen Trümmern so etwas wie Alltag zu organisieren.“²¹ Versammelt sind in dem Werk unkommentiert im Wesentlichen die Erinnerungen von Zeitzeugen, die als Kinder und Jugendliche die Ereignisse erlebt haben. Es sind folglich tatsächlich Opfer des NS-Regimes oder genauer: Opfer der Generation ihrer Eltern, die die Bremer Bürger der NS-Zeit als homogene Opfer-Erinnerungsgemeinschaft beschwören. Das TAZ-Interview beschäftigte sich dann auch im Wesentlichen mit der Frage, wie die schrecklichen Erfahrungen biographisch verarbeitet werden konnten. Eine einzige kleine Textstelle fragt nach den nicht „arischen“ Opfergruppen: „In einem Bericht wird ein jüdischer Nachbar erwähnt“, so Henning Bley von der TAZ, „den man nach einem Angriff auf der Straße verbluten lässt, gelegentlich wird thematisiert, unter welchen Umständen ‚Fremdarbeiter‘ mit in die Bunker durften. Diese Perspektiven tauchen aber nur indirekt auf.“ Und Kuse, der zweite Autor, erklärt: „Das ist uns bewusst. Dass sich diese vielen Menschen, die den Bomben noch weit schutzloser ausgeliefert waren, allenfalls in den Berichten der anderen spiegeln, ist eine Einschränkung des Gesamtbildes.“

Was lässt sich aus den genannten Beispielen folgern: Kommunale Gemeinschaft und Identität zu stiften, lag und liegt im Interesse kommunaler Erinnerungsverwaltung. Aber die lokalen Patriotismus stärkende, historisch verankerte Sinnstiftung über Erinnerung muss zwangsläufig geschichtsklitternd und verklärend wirken, wenn sie homogene Gemeinschaft da beschwört, wo keine war oder ist. Gesellschaften, auf welcher Einteilungsebene auch immer, zerfallen in konkurrierende heterogene Erinnerungsgemeinschaften. Es wird Zeit, das Erbe des hegemonialen homogenen Nationenbildes, zu dessen Stärkung Erinnerungsarbeit im 19. Jahrhundert erfunden wurde, wieder aus der Erinnerungskultur zu entfernen. Moderne Erinnerungskultur darf diversifiziert sein und das Gedenken auf kommunaler Ebene darf sichtbar machen, dass Erinnerungsarbeit und deren bauliche Manifestationen wandelbar und umkämpft waren und sind. Oder etwas platter formuliert: Immer dann, wenn in der Erinnerungspolitik von ‚wir‘ gesprochen wird, ist dieses ‚wir‘ genauestens zu hinterfragen.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. als Einführung zum Thema Astrid Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Stuttgart, Weimar 2011.
- ² Vgl. Martin Walser, Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede (11.10.1998), in: Frank Schirrmacher (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 1999, S. 7-17.
- ³ Ignatz Bubis, Rede des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland am 9. November 1998, in: Frank Schirrmacher (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 1999, S. 106-113.
- ⁴ Vgl. die homepage der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ <http://www.sfvv.de/de/stiftung>, zuletzt aufgerufen 10.3.2015.
- ⁵ Vgl. beispielsweise Pim den Boer, Heinz Duchhardt, Georg Kreis u.a. (Hrsg.), Europäische Erinnerungs-orte, 3 Bände, München 2011/2012.
- ⁶ Vgl. zum Beispiel Aleida Assmann, Arbeit am nationalen Gedächtnis. Eine kurze Geschichte der deutschen Bildungsidee, Frankfurt am Main 1993.
- ⁷ Vgl. hierzu Sylvia Paetschek, Sylvia Schraut (Hrsg.), The Gender of Memory. Cultures of Remembrance in Nineteenth- and Twentieth-Century Europe, Frankfurt am Main 2008.
- ⁸ Vgl. Sylvia Paetschek, Sylvia Schraut, Erinnerung und Geschlecht. Auf der Suche nach einer transnationalen Erinnerungskultur in Europa, in: Historische Mitteilungen 19 (2007), S. 15-28.
- ⁹ http://www.offenburg.de/html/die_freieitsstadt.html, letzter Zugriff 10.3.2015.
- ¹⁰ Vgl. Stephan Scholz, „Dem Vergessen entrissen“? Vertriebenen Denkmäler als Medien konkurrierender Erinnerungskulturen in der Bundesrepublik, in: Medien zwischen Fiction-Making und Realitätsanspruch. Konstruktionen historischer Erinnerungen. Hrsg. von Monika Heinemann, Hannah Maischein, Monika Flacke, Peter Haslinger und Martin Schulze Wessel, München 2011, S. 327-352.
- ¹¹ Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2002.
- ¹² Uwe Timm, Am Beispiel meines Bruders, München 2003.
- ¹³ Malte Thießen, Gedenken an die Operation ‚Gomorrha‘. Hamburgs Erinnerung und städtische Kultur, in: Dietmar Süß (Hrsg.), Deutschland im Luftkrieg, München 2007, S. 121-131, hier S. 122.
- ¹⁴ Das Folgende nach der Masterarbeit von Sebastian Gläser, Das Kriegsende 1945 im Spiegel Paderborner Erinnerungskultur, Neubiberg 2013.
- ¹⁵ Marc Locker, Regina Prill, Eva-Maria Kühnel u. a., Als die Bomben fielen ... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939–1945, Paderborn 1998.
- ¹⁶ Bürgermeister Wilhelm Lücke im Vorwort zur Funktion der Ausstellung, in: Norbert Börste u.a., Paderborn 1945. Leben in Nationalsozialismus und im Krieg, 2. Aufl., Paderborn 1995, S. 7, zitiert nach Gläser (wie Anm. 14) S. 55.
- ¹⁷ Ebd. S. 9, zitiert nach Gläser (wie Anm. 14) S. 56.
- ¹⁸ Artikel in „Neue-Westfälische“, 11.1.2005, zitiert nach Gläser (wie Anm. 14) S. 58.
- ¹⁹ Ralf Täuber / Matthias Kuse, Bremen im Bombenkrieg. Zeitzeugen erinnern sich, Bremen 2008.
- ²⁰ Das „Moral Bombing“ scheiterte, Interview von Henning Bleyl, TAZ, 3.1.2009.
- ²¹ Ebd., hieraus auch die folgenden Zitate.

JÜRGEN SCHUHLADEN-KRÄMER

Das Denkmal der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe – Einfluss und Legendenbildung „alter Kameraden“

Zunächst sei nochmals die Frage nach Kriegsverbrechen aufgegriffen, bevor einige Fotos aus dem Einsatz der 35. Infanterie-Division in der Sowjetunion zu kommentieren sind. Ausgeführt wird sodann, unter welchen Umständen das Ehrenmal dieser Division in Karlsruhe im öffentlichen Raum aufgestellt wurde und schließlich etwas zu den Aktivitäten vom „Kameradendienst der 35. Infanterie-Division e. V.“.

Kriegsverbrechen

Die Einsatzorte der 35. Infanterie-Division (35. ID) während des Zweiten Weltkrieges waren 1939 bis 1940 im Westen und 1941 bis 1945 im Osten gegen die Sowjetunion. Der Krieg gegen die Sowjetunion war von vornherein als Eroberungs- und Vernichtungskrieg angelegt. In der Vorbereitung wurde mit Führerer-

35. Infanterie-Division, aufgestellt mit Divisionsstab in Karlsruhe ab 1936 Einheiten mit Stationierungshauptort:

Infanterieregiment 109 / Grenadierregiment 109 (seit 1942) – Karlsruhe
Infanterieregiment 111 – Baden-Baden/Rastatt
Infanterieregiment 34 – Heilbronn
Pionierbataillon 35 – Karlsruhe-Knielingen
Artilleriesregiment 35 – Karlsruhe / I. Abt. Artilleriesregiment 71 – Heilbronn
Panzerabwehrabteilung 35 – Karlsruhe
Nachrichtenabteilung 35 – Karlsruhe-Durlach
Aufklärungsabteilung 35 / Füsilierbataillon 35 (seit 1943) – Bruchsal
Beobachtungsabteilung 35 – Kornwestheim / Neckarsulm
Nachschubführer 35

lass vom 13. Mai 1941 die Wehrmachtsgerichtsbarkeit gegen Zivilisten ausgeschlossen, mit der Konsequenz von Liquidierungen aller als verdächtig oder gefährlich eingestuft und außerdem mit der Konsequenz, dass Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen gegen Zivilisten nicht strafrechtlich verfolgt wurden. Der so genannte Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 sah die unmittelbare Exekution durch Wehrmachtseinheiten vor. Allein diese Umstände lassen eine Fragestellung obsolet werden, ob Einheiten der Wehrmacht an Kriegsverbrechen beteiligt waren oder nicht. Sie waren es zwangsläufig durch die Art der Kriegsführung.

Das eingangs von Dr. René Rohrkamp beleuchtete Kriegsverbrechen von Ozarichi ist ein besonders dicht dokumentiertes Verbrechen, ein großes, aber nicht das einzige, an dem Einheiten oder Angehörige dieser Division beteiligt waren.¹

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg führte noch in den jüngst zurückliegenden Jahren Ermittlungen gegen Angehörige der 35. Division durch. Dazu wertete sie zwischen 2009 und 2012 im Nationalarchiv in Minsk, Weißrussland, umfangreich vorliegende Akten der früheren sowjetischen Militärgerichtsbarkeit aus.² Daraus nur drei Schlaglichter:

109. INFANTERIEREGIMENT AUS KARLSRUHE:³

Am 23. November 1941 Erschießung von sechs kriegsgefangenen russischen Soldaten, namentlich durch Feldwebel Josef Johann G., 1917 geboren, sowie drei weitere namentlich genannte Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade.

G. geriet bei der Kapitulation am 9. Mai 1945 auf der Halbinsel Hela in sowjetische Kriegsgefangenschaft, wurde vor dem Militärgericht zu Straflager verurteilt. Er war zuletzt im Straflager Workuta; kehrte aus der Kriegsgefangenschaft im September 1952 zurück.

PIONIERBATAILLON 35 AUS KARLSRUHE:⁴

- 7. Dezember 1941: Ljalowo (25 km vor Moskau), zwei Häuser mit einer unbekanntem Zahl Einwohner niedergebrannt.
- Dezember 1941: beim Rückzug vor Moskau ein Dorf niedergebrannt und Vieh geraubt.

- April 1944: 80 km südlich Bobruisk, vier namentlich genannte Soldaten trieben in einem Dorf etwa 120 Zivilisten in ein Haus und brannten dieses nieder, dabei erschossen sie mehrere flüchtende Zivilisten.
- April 1944: Dorf Karpilowka im Kreis Bobruisk, 15 Soldaten vom Offizier bis Mannschaftsdienstgrad namentlich festgestellt, die sechs Häuser mit 150 Zivilisten niedergebrannt hatten. Neun von ihnen wurden in Kriegsgefangenschaft zu 25 Jahren Straflager verurteilt.

AUFKLÄRUNGSABTEILUNG 35 / FÜSILIERBATAILLON 35 AUS BRUCHSAL:⁵

5.–11. Dezember 1943: Nähe von Borodniki, Tötung von Zivilisten beim Durchkämmen eines Waldgebiets. Unterwegs wurden gefangene Frauen, Kinder und Männer nachts beim Lagerfeuer geschlagen, getreten und erschossen. Ein namentlich genannter Oberleutnant soll sich in betrunkenem Zustand durch Schlagen, Treten und Erschießen von Frauen, Kindern, jungen Männern „besonders schweinemäßig hervorgeran“ haben. Vergewaltigung russischer Frauen durch Offiziere. Sieben namentlich Beschuldigte.

Der Befehl, den Wald zu durchstreifen und in jedes Erdloch, ob jemand darin war oder nicht, Handgranaten hineinzuzwerfen und anzuzünden, sei von Bataillonskommandeur Rittmeister Freiherr Kurt von Rotberg gekommen.

Ein Täter war 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, vor einem Kriegstribunal 1947 zu 20 Jahren Straflager verurteilt. Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft nach Deutschland im Oktober 1955.

Diese ermittelten und vorgeworfenen Kriegsverbrechen sind keine „herausragenden“, sondern die ganz „gewöhnlichen“ Taten von Kampfeinheiten der Wehrmacht, wie sie im Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion systematisch geschahen.

Fotos aus dem Einsatz der 35. Infanterie-Division in der Sowjetunion

Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart befindet sich seit 2003 die Fotosammlung Karl Kienzle, die 651 s/w-Fotos vom Einsatz der 35. Infanterie-Division in der Sowje-



Die Bilder selbst können nicht als eindeutige Belege für Verbrechen der 35. Infanterie-Division herangezogen werden. Mit der Kenntnis des millionenfachen Verhungerns sowjetischer Kriegsgefangener von 1941 oder des „Kommissar-Befehls“ jedoch können die Schicksale der Abgebildeten gemutmaßt werden. Bilder von Erhängten wie dem brennender Ortschaften begleiteten den Vor- und Rückmarsch der Wehrmacht permanent. Bildersammlung Kienzle.⁶

tunion von 1941 bis 1944 umfasst.⁷ Kienzle, 1918 in Stuttgart geboren, war im Zivilberuf Optiker und Fotolaborant. Zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion war er beim Infanterie-Regiment 109. Im Januar oder Februar 1942 wurde er als Fotograf zum Stab der 35. Infanterie-Division abkommandiert, der eine Fotoabteilung mit dem Auftrag unterhielt, Fotos anzufertigen für eine spätere Divisionsgeschichte nach dem erwarteten siegreichen Krieg. Tausende Fotos und Negative wurden nach Karlsruhe geschickt. Diese liegen heute nicht mehr vor, sie gelten als verlustig. Die Kienzle-Sammlung macht nur einen Teil der ehemaligen Aufnahmen aus. Es waren solche, bei denen Kienzle selbst bei den Aufnahmen oder bei der Entwicklung beteiligt war, und von denen er mit Erlaubnis des Vorgesetzten zusätzliche private Abzüge machen und nachhause senden durfte. Sein letzter Dienstgrad war Obergefreiter, von 1945 bis 1947 befand er sich in sowjetischer Gefangenschaft.

Vermutlich sind viele Aufnahmen aus anderem Soldaten-Privatbesitz in die 1983 erschienene zusätzlich bebilderte Auflage zur Geschichte der 35. Infanterie-Division in der Reihe „Deutsche Infanterie-Divisionen im Bild“⁸ eingeflossen (erschienen im Podzun-Pallas-Verlag, der einschlägig bekannt ist für die Bedienung von Militaria-Interessierten). Einige wenige der dort abgebildeten Fotos finden sich auch bei Kienzle.

Die Kienzle-Sammlung ist gegliedert nach 1. Vormarsch, 1941; 2. Rückmarsch, Dezember 1941 bis März 1942; 3. Gshatsk-Stellung, März 1942 bis 1943; 4. Rückmarsch auf Dorogobush bis zum Dnjepr, 1943 bis März 1944; 5. Land und Leute in Russland; 6. Truppenbetreuung.

Initiative für ein Denkmal der 35. Infanterie-Division

Das Denkmal in Form eines monumentalen Sarkophags, nach letztem Entwurf vom Karlsruher Kunstmaler Bogislav Groos, wurde am 30. Mai 1964 während der „3. Wiedersehensfeier der Kameradschaft der 35. Infanterie-Division“ im Grünstreifen der Hildapromenade beim Haydnplatz eingeweiht.

Die Pläne dazu reichten in die Frühzeit der jungen Bundesrepublik Deutschland zurück. Der Sprecher der seinerzeit noch nicht als Verein organisierten Kameradschaft der 35. Division, Dr. Eberhard Knittel, hatte am 18. Januar 1952 ein Schreiben an den Karlsruher Oberbürgermeister gerichtet, das während der Er-

krankung von Friedrich Töpfer von seinem Vertreter behandelt wurde, ehe der am 30. Juni 1952 in das Amt eingeführte neue OB Günther Klotz sich mit dem Ansinnen zu befassen hatte. Knittel verlangte am früheren Standort der Division, also in Karlsruhe, ein „würdiges Denkmal“ zu errichten, „etwa eine stehende oder liegende Bronze-Platte [...] Es muß aber gleich darauf hingewiesen werden, dass der Friedhof nicht in Frage kommt. Die Kameradschaft legt Wert darauf, dass das Denkmal in der Mitte der Stadt [...] Aufstellung findet.“⁹ Er konkretisierte dabei gleich als in Frage kommende Orte beim Ettlinger Tor oder beim Mühlburger Tor.

Im Rathaus reagierte man von Beginn an zustimmend und der Oberbürgermeistervertreter beauftragte umgehend das Stadtplanungsamt zur Unterstützung, schlug selbst als Standort den Nymphengarten oder die Grünfläche bei der Christuskirche nahe dem Mühlburger Tor vor.

Dabei wurde mitdenkend problematisiert, dass die Dimension einer Bronzeplatte vom größeren benachbarten Dragoner-Denkmal überschattet werden könne.

Doch die Kameradschaft war längst über Pläne für eine einfache bronzene Platte hinausgegangen. Der erste öffentlich gemachte Skizzenentwurf zeigt ein Denkmal deutlich größerer Dimension. In der Broschüre für die „1. Wiedersehensfeier der Kameradschaft“ im Mai 1952 in Karlsruhe ist als Skizze des gedachten Ehrenmals bereits ein überdimensionierter Sarg bzw. Sarkophag¹⁰ abgebildet. Die Motivlage beleuchtet dabei deutlich das die Skizze umrahmende Gedicht von Walter Flex (1887–1917), Deutschlehrer und Heimatdichter, der einen toten Soldaten im Grab zu seiner lieblichen Familie sprechen lässt, die Deutschlands Zukunft weiter tragen



Skizzenentwurf für das gedachte Ehrenmal in der Festschrift zur 1. Wiedersehensfeier der Kameradschaft 1952, versehen mit einem Sinnspruch.¹¹

und – unausgesprochen, aber angelegt, in Zukunft den unterbrochenen Feldzug des Toten wieder aufnehmen würde. Die Kameradschaft griff damit den Geist revanchistischer Kriegerdenkmäler nach dem Ersten Weltkrieg wieder auf.

1957 wurde der Stadtverwaltung Karlsruhe ein detaillierter Entwurf vorgelegt, der jedoch in den Akten nicht vorliegt, auch mit dem Bemerkung, man „lege größten Wert darauf, daß das Denkmal an einer allgemein zugänglichen Stelle“ errichtet werden könne.¹² Er scheint nicht wesentlich von der Skizze 1952 abgewichen zu sein. Inzwischen hatten die Initiatoren vor, das Denkmal mit einem Stahlhelm auszuführen, der im Entwurf aber selbst der Kameradschaft zu groß dimensioniert schien, und sie bevorzugte alternativ einen Eichenkranz für das in Muschelkalk auszuführende Denkmal. Die Kameradschaft sprach in diesem Zusammenhang dem Oberbürgermeister und seinen Mitarbeitern bereits den „herzlichen Dank“, den diese der „Sache entgegenbringen“, aus.

Eine weitere Aktenüberlieferung besteht nicht, weder beim Bürgermeister- noch beim Stadtplanungsamt oder beim städtischen Bauordnungsamt, so dass sich der weitere Verlauf nur mittelbar erschließen lässt. Die Kameradschaft schlug einen angebotenen Platz Moltkestraße/Adenauerring (seinerzeitige Bezeichnung noch Parkring) aus, da er ihr zu peripher erschien, der Adenauerring war noch nicht ausgebaut. Man beharrte auf dem für sich inzwischen auserkorenen Aufstellungs-ort Friedrichsplatz, vorzugsweise in der Platzmitte vor dem Naturkundemuseum, also an zentraler Stelle in der City. Diesen Platz wollte die Stadt offensichtlich nicht zugestehen. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung über den Aufstellungs-ort ist aber nicht überliefert. Die relativ lange Zeit des fortgeschrittenen Entwurfs bis zur Ausführung war dabei auch der Problematik fehlender Flächen in Karlsruhe während der zweiten Wiederaufbau- und der Neugestaltungsphase, mit einem sich ständig verändernden Stadtbild geschuldet. Zuletzt lag ein Grund auch darin, dass die Kameradschaft die Denkmalaufstellung mit ihrer Publikation zur Geschichte der 35. Division zusammenfallen lassen wollte.¹³

Was durchaus irritiert ist: Eine Durchsicht der Gemeinderatsprotokolle ergibt keine Diskussion und Entscheidung für eine Aufstellung. Die Denkmalaufstellung scheint nie Punkt einer Tagesordnung oder Offenlage, der Gemeinderat somit nie mit dem Denkmal befasst gewesen zu sein. Protokolle und Tagesordnungspunkte des Kulturausschusses, falls dieser beteiligt war, existieren nicht.

Das Denkmal verwendet in seiner äußeren Form nur scheinbar eine andere ästhetische und Formensprache als frühere Kriegerdenkmäler. Die Stilisierung des

Heldentums deutscher Soldaten wie nach dem Ersten Weltkrieg war mit der kompletten Niederlage und dem verbrecherischen NS-Staat nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr möglich. So wurden nun die Wehrmachtssoldaten selbst zu „Opfern“ umgedeutet, ohne die Frage überhaupt zu stellen, ob sie vor ihrem Tod nicht „Täter“ waren. Darüber hinaus setzt die Kameradschaft nicht nur „ihren Gefallenen“ ein Denkmal, sondern der Division insgesamt. Das Denkmal thematisiert keine Verantwortlichkeiten für Krieg und Tod. Das Denkmal der 35. Division beim Haydnplatz ist damit steingewordener Umgang mit der NS-Geschichte und der Wehrmacht in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland.

Zum Wirken „Alter Kameraden“, der „Kameradendienst der 35. Infanterie-Division e. V.“

Funktionseliten des Nationalsozialismus waren nach 1949 bzw. 1951 wieder integriert worden, über die 131er Regelung im Grundgesetz, auch Wehrmachtssoldaten.¹⁴ Der Kalte Krieg gegen den so genannten Ostblock mit der Führungsmacht Sowjetunion ließ den nationalsozialistischen Krieg gegen diese nachträglich in einem gerechtfertigten Licht erscheinen. Sofern Soldaten, „alte Kameraden“, nicht in NSDAP-Nachfolgeorganisationen oder definierten rechtsextremistischen Organisationen aktiv wurden, galten sie als integrierbar, wurde ihre Haltung als Konservatismus, nationale Gesinnung oder Rechtskonservatismus ohne Hinterfragen als grundgesetzkonform erklärt. Dass sie zugleich das Scharnier zur NS-Zeit waren und Kontinuitäten vertraten, wurde von der offiziellen Staatsräson kaum in Frage gestellt. Das leistete erst eine sich entwickelnde Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik in den folgenden Jahrzehnten.

1952 war das Jahr des Aufsprießens und der Gründung unzähliger bis dahin inoffiziell bestehender Kameradschaften als Vereine. Dies muss vor dem Hintergrund der Diskussion und der eingeleiteten Schritte der Bundesregierung zur Wiederaufstellung von Streitkräften gesehen werden. Mit dem Koreakrieg gab es bereits 1950 Gedanken über eine deutsche Wiederbewaffnung in den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Im selben Jahr konkretisierten sich die französischen Pläne zu einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ mit Streitkräften Frankreichs, Italiens, der Benelux-Staaten und der Bundesrepublik Deutschland.¹⁵ So fand 1950 die „Himmeroder-Tagung“ eines Expertenkreises

statt, der weitreichende Planungen für eine künftige deutsche Wiederbewaffnung aufstellte. Dieser 15-köpfige Kreis bestand aus 10 Wehrmächts-Generälen und -Admiralen, die als unbelastet bezeichnet wurden. Gleichwohl schrieben sie in die als Ergebnis der Tagung verfasste „Himmeroder-Denkschrift“ ihre Forderung an die Adenauer-Regierung und die Westmächte hinein, die angebliche Diffamierung der Wehrmacht und Waffen-SS einzustellen und forderten, als Kriegsverbrecher verurteilte Soldaten freizulassen, wenn sie auf Befehl gehandelt hatten, und eine Ehrenerklärung für den deutschen Soldaten abzugeben.¹⁶

Unter diesen Umständen und im Klima des Vergessenwollens und Beschweigens der stattgefundenen Verbrechen unter deutscher Verantwortung in der frühen Bundesrepublik Deutschland ist auch das Wirken der ‚35er Kameradschaft‘ einzuordnen. Sie hatte sich kurz nach dem oben genannten Brief und der Planung der „ersten Wiedersehensfeier“ nach dem Krieg in Karlsruhe 1952 als „Kameradendienst der 35. Infanterie-Division e. V.“ (im Folgenden kurz „Kameradschaft“ genannt) gegründet.¹⁷ Mit und neben diesem Kameradendienst des ehemaligen Divisionsverbandes pflegten und organisierten einzelne Angehörige ehemaliger Einheiten zusätzlich ihre Kameradschaften, so die gleichfalls 1952 gegründete „Kameradschaft ehemaliger 109er“¹⁸ mit Sitz in Karlsruhe,¹⁹ die auch die Veteranen vor 1918/19 einschloss, sehr aktiv auch der 1953 gegründete Kameradendienst der Infanterieregimenter „der 111er“ in Rastatt²⁰ und die erst 1965 auf Initialzündung bei der 3. Wiedersehensfeier der 35er im Jahr zuvor gegründete „der 34er“ in Heilbronn.²¹ 1953 gaben verschiedene solcher Kameradenwerke die bundesweite Zeitschrift „Alte Kameraden“ heraus.²² Daran war der genannte Karlsruher Verleger Dr. Knittel maßgeblich beteiligt. Die Mitglieder der 35er-Kameradschaft erhielten dieses Organ kostenlos anstelle der bei diesen Kriegervereinen üblichen begrenzten Nachrichtenblätter. Die Zeitschrift war immer in drei Teilen gehalten: 1. Politische Ausrichtung, aktuelle Fragen, überwiegend aber zur Ausrichtung der Bundeswehr nach deren Aufstellung 1956. 2. Erlebnisberichte der Kriegsgeneration, vergleichbar dem Landserheft-Stil, niemals mit einer auch nur ansatzweise selbstkritischen Reflektion. Das eigene Leid wurde ausgeführt, ohne dabei die eigenen begangenen Grausamkeiten des Krieges darzustellen, allenfalls die des Feindes, des so genannten „bestialischen Russen“. Stattdessen wurden „Heldentaten“ deutscher Soldaten herausgestellt neben verharmlosenden Abenteuergeschichten oder „humorigen“ Geschichtchen. Als dritten und letzten Teil gab es Nachrichten aus den einzelnen Kameradenwerken. Bezeichnend ist, dass bereits im ersten Heft

ein Erlebnisbericht „35. Infanterie-Division in den Kämpfen vor Moskau“ erschien, der das seinerzeit verbreitete Changieren der über die Niederlage kaum hinwegkommenden Soldaten widerspiegelt: zwischen dem Stolz, dabei gewesen zu sein am weitesten Vormarschpunkt der Wehrmacht und der Erzählung über den furchtbaren russischen Winter und frische sowjetische Truppen, welche den angeblich zum Greifen nahen Wehrmachtssieg verhindert hätten.²³ Das grundsätzliche Narrativ zum Angriffskrieg im Osten gibt Rudolf Wich wieder, der bei der Organisation des „Kameradendienstes der 35. Infanterie-Division“ seit Beginn neben Knittel federführend war, indem er in seinem besonders langen Beitrag „Die Vorausgruppe der 35. ID im Osten“ ausführte: „Als wir am zweiten Tage des Rußlandfeldzuges vor den unmenschlich verstümmelten Leichen der Kameraden unserer Reiterschwadron standen, wurde uns sofort klar, mit Erschütterung und Schauern, daß es hier im Osten nur einen erbarmungslosen Krieg mit einem Feind aus der Steppe des Ostens ohne Ritterlichkeit und Menschlichkeit geben würde, wie ihn deutsche Soldaten seit dem 30-jährigen Krieg nicht mehr erlebt hatten.“²⁴

„Erlebnisberichte“ ehemaliger 35er erschienen relativ häufig in dieser Zeitschrift offen auftretender Militaristen, zwischen 1957 und 1965 in praktisch jeder zweiten Ausgabe.²⁵

Der Vorsitzende des „Kameradendienstes der 35. Infanterie-Division e. V.“ Dr. Eberhard Knittel (geboren am 24. November 1899 in Karlsruhe, gestorben am 5. April 1989 in Karlsruhe) war Geschäftsinhaber und -führer der Traditionsfirma G. Braun Druckerei und Verlag. Nach Besuch des humanistischen Bismarck-Gymnasiums in Karlsruhe und einer akademischen Ausbildung im In- und Ausland war er 1924 in das Familienunternehmen eingetreten. Am Ersten Weltkrieg hatte er als Freiwilliger teilgenommen. Im Zweiten Weltkrieg war er als Oberleutnant Ordonnanz-Offizier beim Stab der 35. Infanterie-Division, trat aber 1940 nach dem „Soldatentod“ seiner zwei Brüder aus, um das Verlagsunternehmen zu leiten, er war also im Krieg gegen die Sowjetunion gar nicht mehr Angehöriger der 35. Infanterie-Division.²⁶

Knittels maßgebliches Wirken für die Kameradschaft der 35er ist ein herausragendes Beispiel der Einbindung und Vernetzung „alter Kameraden“: auf wirtschaftlicher Ebene in Verbänden und Gremien, als Beirat bei der IHK, womit er über Verbindungen zur Politik auf lokaler und überregionaler Ebene verfügte; als intellektueller Feingeist in verschiedenen Vereinigungen, so war er langjähriger

Vizepräsident des historischen Landesvereins „Badische Heimat“ und Vorsitzender von deren Ortsgruppe Karlsruhe, aber auch in einschlägigen militaristischen Organisationen, im Ältestenrat des „Verbandes deutscher Soldaten“, auch Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Kameradenwerke“, welche die Zeitschrift „Alte Kameraden“ herausgab.

Die Denkmaleinweihung in der Hildapromenade beim Haydnplatz, an deren Ende der Stadt Karlsruhe das „Ehrenmal“ überantwortet wurde, wie die aufwändig organisierte 3. Wiedersehensfeier überhaupt, zeigten in eindrucksvoller Weise, wie sich zu diesem Zeitpunkt „alte Kameraden“ mit der Bundeswehr und der Stadtspitze, auch wenn Bürgermeister Emil Gutenkunst²⁷ den offensichtlich für zu direkte Berührung unwilligen Oberbürgermeister Günther Klotz vertrat, und der Politik insgesamt verbinden konnten, als Ehrengast war auch der Landtagspräsident und frühere Karlsruher Erste Bürgermeister Franz Gurk vertreten. Die weihevoll inszenierte Veranstaltung wurde durch Antreten eines Ehrenzuges des Fernmelderegiments 12 aus der Kaserne Neureut, das Musikkorps der gleichfalls in Karlsruhe stationierten Luftwaffenunterstützungsgruppe Süd sowie den evangelischen Standortgeistlichen hergestellt. Dieser überhöhte den Einsatz der 35. Infanterie-Division im Weltkrieg insgesamt als „hohe sittliche Tat vor Gott und dem deutschen Volk“.²⁸

Die Ausführungen des Kameradendienst-Vorsitzenden Eberhard Knittel zur Denkmal-Einweihung bzw. der Wiedersehensfeier 1964 in der Festveranstaltung am Samstagabend in der Schwarzwaldhalle beleuchten die beabsichtigte Sinnstiftung des Denkmals und ebenso die Programmatik des Kameradendienstes der 35. Infanterie-Division selbst. Knittel führte in seiner Rede aus,²⁹ „dass [wir] Wert darauf [legen], daß dieses Denkmal für den Opfertod so vieler Kameraden den Mitbürgern und auch den späteren Generationen immer gegenwärtig sein sollte.“ Seine Widmung dazu in dem im eigenen Verlag herausgegebenen Buch zur Divisionsgeschichte lautete: „Wir haben damit den Lebenden und Toten unserer Division einen kleinen Teil des Dankes abgestattet, den ihnen das deutsche Volk in so großem Maße schuldig ist.“³⁰ Zur Tätigkeit und längst zurückliegenden Gründung des Kameradendienstes der 35er sprach er in seiner Rede offen an,³¹ dass „ganz bewußt die Absicht verfolgt [wurde], hier in nationalpolitischer Beziehung zu wirken [...] denn es ist für die Zukunft des deutschen Volkes von ausschlaggebender Wichtigkeit, [...] ob die Vernunft der aufbauenden Kräfte im deutschen Volk, zu denen ich Sie alle zähle, meine Kameraden, auf Dauer die

Oberhand behält“. Wie nach dem Ersten Weltkrieg, so Knittel weiter, mache er die Erfahrung, „dass politische Ordnung unterhöhlt, Staatsbewusstsein zerstört werde“, und die „staatserhaltenden Schichten“ geschädigt würden. Dies führte er u. a. auf „mangelhafte Erziehung der Jugend in nationalpolitischen Dingen“ zurück und kritisierte zugleich, dass die Bundeswehr laut der Kultusministerkonferenz in Schulen nicht für den Soldatenberuf aufklären und werben dürfe.^[32] Knittel weiter im Superlativ: „Die Bundeswehr muss gegenwärtig nicht nur als notwendiges Übel, sondern wichtigster Bestandteil des deutschen Volkes betrachtet werden“, weshalb die Tradition der Weltkriegsteilnehmer zu pflegen und an die Nachkommenden – gemeint war damit die Bundeswehr – weiterzugeben sei. Zum Abschluss führte er aus, dass der „Wehrwille des deutschen Volkes nicht systematisch durch Medien zersetzt werden“ dürfe und schloss mit der Vorbildfunktion der „alten Soldaten“ „in der Treue, in der Kameradschaft, in der Tapferkeit und in der vaterländischen Gesinnung.“

Wiedersehensfeiern der Kameradschaft³³

Diese programmatischen Sätze fielen 1964 auf der „3. Wiedersehensfeier“ des 35er Kameradendienstes. Ihr waren zwei vorausgegangen: 1952 und 1956, letztere im vergrößerten Rahmen als Garnisonstag, d.h. unter Einbeziehung der Veteranenbünde der vor 1918 in Karlsruhe stationierten Einheiten³⁴ – mit jeweils ca. 5.000 Teilnehmenden, ehemalige Wehrmachtsoldaten mit Angehörigen. Bei der ersten 1952 bestanden offensichtlich Sorgen bei der Stadtverwaltung, dass zu beanstandende politische Äußerungen fallen könnten, die Knittel zu zerstreuen suchte. „Es ist ganz selbstverständlich, daß sich unsere Veranstaltung von allem Politischen fernhält“, schrieb er an die Stadtverwaltung, und dass der Zweck allein der Austausch von Erinnerungen und das Feststellen des Verbleibs von Tausenden Vermisster sei.³⁵ Seit dem zweiten Treffen 1956 fanden diese regelmäßig unter Beteiligung der gerade aufgestellten Bundeswehr statt, immer verbunden mit einer Gedenkfeier beim Ehrenmal in der Hildapromenade, der Großveranstaltung in der Schwarzwaldhalle, so lange die Teilnehmerzahl noch entsprechend hoch war, und Einzeltreffen der jeweiligen Regimenter in den Sälen dutzender großer Gastwirtschaften, samt Feldgottesdienst im Schlossgarten. Diese Treffen gaben der Stadt über zwei Tage ihr Gepräge. Dazu hatte die Stadtverwaltung wunschgemäß

die Stadt und die Straßenbahnen beflaggt, kam dem Wunsch des Kameradendienstes nach Erlass oder Erniedrigung städtischer Gebühren nach. Ein Wunsch des Kameradendienstes aber ging nie in Erfüllung: Oberbürgermeister Günther Klotz und seine Nachfolger übermittelten zwar wunschgemäß stets Grußworte, waren aber nie persönlich anwesend, stets verwiesen sie auf andere Terminverpflichtungen.³⁶ Die lokale Presse, „Badische Neuesten Nachrichten“ (BNN) und die mit der katholischen Kirche verbundene dritte Karlsruher Tageszeitung zwischen 1953 und 1968, die „Badische Volkszeitung“ (BVZ), berichteten affirmativ über die Denkmalaufstellung³⁷, wie sie es stets zu allen Wiedersehensfeiern hielten³⁸. Die seinerzeit zweite Tageszeitung mit Karlsruher Lokalteil, die von 1948 bis 1967 erscheinende „Allgemeine Zeitung“ (AZ), berichtete mit keinem Wort darüber – die Zeitung war als Nachfolgeblatt des 1933 verbotenen „Volksfreund“ SPD-orientiert.

In den 1980er Jahren ebte die Berichterstattung ab, über das letzte Treffen 1990 berichtete die einzige Lokalzeitung BNN nur noch mit dürren acht Zeilen. Analog der Programmatik der Zeitschrift „Alte Kameraden“, Einfluss auf die Bundeswehr zu nehmen und ihr ein positives Traditionsverständnis der Wehrmacht zu vermitteln,³⁹ setzte dies die „Kameradschaft“ auch bei ihren Wiedersehensfeiern um und konnte stets verantwortliche Kommandeure der Bundeswehr aus dem Verteidigungsbezirk V bzw. Verteidigungsbezirkskommando 52 bei den Feierlichkeiten begrüßen. Seit 1972 trat dabei als Hauptredner anstelle des verstorbenen früheren Kommandeurs der 35. Infanterie-Division Freiherr Rudolf von Roman (1893–1970) der Brigadegeneral a.D. Heinz Karst (1914–2002) auf,⁴⁰ Offizier in Reichs- und Wehrmacht sowie der Bundeswehr, der 1970 wegen seines streng traditionalistischen Soldatenverständnisses im Dissens mit dem Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt in den Ruhestand versetzt worden war.

Die BNN hatten 1952 mit einem Leitartikel durch den Verleger und Chefredakteur Wilhelm Baur (1895–1973) das grundsätzlich ehrenhafte Andenken an die 35. Infanterie-Division, an „einen ruhmreichen Kampfverband“ vorgegeben. Er versuchte darin offenbar bestehende Befürchtungen abermaliger rechtsradikaler Organisierung wie nach dem Ersten Weltkrieg und einen abermaligen „unheilvollen Militarismus“ zu zerstreuen und beschwor statt dessen das sich herausbildende Leitnarrativ der bundesrepublikanischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, das auf das Leiden Deutscher an der Front wie in der Heimat durch Luftangriffe verkürzt wurde. Millionen Landser hätten durch „saubere Pflichten-

füllung und männlichen Opfersinn“ etwas „sittlich Anerkennenswertes, gleichgültig unter welchem Zeichen sich diese Tugenden offenbaren“, geleistet.⁴¹

Immerhin erlaubte sich die „Badische Volkszeitung“ anlässlich der 2. Wiedersehensfeier 1956 neben dem Bericht darüber, in einem eigenen Kommentar mit Bezug auf die Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs unter prinzipieller Zustimmung zur neuen Bundeswehr auch kritische Fragen zu stellen: „Warum benutzen einige ‚alte Soldaten‘ die Rednertribüne eines Wiedersehens-Treffen, um gerade die alten, verurteilten Prinzipien und Ideale wieder hervorzukehren? [...] Warum fordert man ‚in aller Öffentlichkeit die schleunigste Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutze der Ehre des Soldaten, wo doch die Ehre jedes Bürgers im Rechtsstaat geschützt ist. Und was soll die Forderung auf ‚ein Mitspracherecht der alten Frontsoldaten in allen wichtigen Angelegenheiten des Volkes‘ und die gleichzeitige Feststellung, man wolle sich jeder politischen Entscheidung enthalten.“ Für die geschlagenen Soldaten, für die Krüppel, Witwen und Waisen „ist die Geschichte zweier Divisionen nicht ‚ein einziges Ruhmesblatt‘ und für sie ist auch nicht ‚mit der ‚Aufstellung der neuen Bundeswehr eines der trübsten Kapitel in der deutschen Geschichte zu Ende gegangen.‘ [...] Die friedliebenden Bürger unseres demokratischen Staates fordern nicht wie die braven Soldaten – von ihren ehemaligen Kommandeuren angeführt – am Samstagabend in der Karlsruher Schwarzwaldhalle immer noch: ‚Deutschland, Deutschland über alles – von der Etsch bis an den Belt‘. Können sie die dritte Strophe des Deutschlandlieds nicht lernen oder wollen sie es nicht?“⁴²

Angesprochen war damit aber nur die Eisbergspitze des Problems: die politisch-historische Rückwärtsgewandtheit eines militaristischen Kriegervereins und dessen Ausblendung und Verdrehung von Realitäten der NS-Diktatur. Es war wohl kein Zufall, dass auf einer wesentlich späteren Wiedersehensfeier, der fünften im Jahr 1977, teilnehmende Bundeswehrsoldaten einen aufgebauten Stand schließen ließen, der NS-Devotionalien anbot, darunter das Konterfei von Horst Wessel.⁴³ Selbst der Traditionserlass des Bundesverteidigungsministers Apel von 1982, wo es unter Punkt 6 hieß, „Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen“⁴⁴, stellte die prinzipiell enge Verbindung von Stellen der Bundeswehr zum „Kameradendienst der 35. Infanterie-Division“ nicht in Frage.

Nach den großen Wiedersehensfeiern von 1952, 1956 und 1964 fand das vierte erst 1972 statt, als Ehrengast dabei Justizminister Traugott Bender. Ab dem fünften Treffen fanden sie nur noch eintägig statt. Es wurden durch Alter und Able-

ben bedingt immer weniger Teilnehmer, dafür fanden sie im Vergleich zu Beginn regelmäßiger statt: 1981, 1983, 1985, 1986 und 1990. Zuletzt gegen Proteste.

Nach 1981 legten bis auf die Feierlichkeit 1985 bei diesen Veranstaltungen in Vertretung der Stadt keine Bürgermeister, sondern nur noch Gemeinderäte, die sich freiwillig bereit erklärten, jeweils den Kranz am Ehrenmal beim Haydnplatz ab.⁴⁵

Das 10. Treffen des Kameradendienstes der 35. Infanterie-Division 1990 war das letzte. Seit dem Tod Knittels fehlten Räume, Bürodienst und Finanzmittel. Auch die personellen Ressourcen waren erschöpft und die Kameradschaft löste sich in der Vertreterversammlung am 5. Oktober 1991 offiziell auf.⁴⁶ Kameradschaftstreffen gab es fortan weitere in Karlsruhe, von einzelnen Formationen der ehemaligen 35. Infanterie-Division, wie insbesondere die noch bis 2003 bestehende „Kameradschaft ehemaliger 109er“.⁴⁷

Die Stadtverwaltung Karlsruhe legt inzwischen außer beim Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof für die Gefallenen der Weltkriege bei keinem Kriegerdenkmal mehr einen Kranz ab.

Ich schließe und ziehe ein Fazit:

1. Die 35. Infanterie-Division war beteiligt an Verbrechen beim Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.
2. Eine positive sinnstiftende Tradition an sie kann es nicht geben.
3. Ihr Ehrenmal betrauert keine Toten, sondern verleiht ihrem Kriegseinsatz noch nachträglich Sinnstiftung. Es ist in Frage zu stellen.
4. Es hätte nie aufgestellt werden dürfen. Abräumen aber hieße neues Beschweigen.
5. Dieses Denkmal bedarf stattdessen einer Kommentierung der Verbrechen der 35. Division und seiner Aufstellung selbst, um zum historischen Verstehen beizutragen.

Anmerkungen

¹ Die Aktenüberlieferung der 35. Infanterie-Division befindet sich im Bundesarchiv-Militärarchiv, RH 26-35. Die Forschung hat sich intensiv mit „Ozarichi“ befasst: Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1998. Hans Heinrich Nolte, *Osarichi 1944*, in: *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*, Hrsg. von Gerd R. Ueberschär, Darmstadt 2003, S. 186-194. Christoph Rass, „Menschenmaterial“. *Deutsche Soldaten*

- an der Ostfront. Innenansichten einer Infanterie-Division 1939–1945, Paderborn u. a. 2003. Christoph Rass, Ozarichi 1944. Entscheidungs- und Handlungsebenen eines Kriegsverbrechens, in: Timm C. Richter (Hrsg.): Krieg und Verbrechen. Situation und Intention. Fallbeispiele, München 2006, S. 197-206. Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008. (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 71)
- ² Die Ermittler recherchierten im Nationalarchiv Minsk in Fond 1363, opis 1.
- ³ Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Ludwigsburg (ZStl), 202 AR 237/12.
- ⁴ ZStl 202 AR 95/12.
- ⁵ ZStl 202 AR-Z 5/11.
- ⁶ Hauptstaatsarchiv Stuttgart M660/319. Die Beschriftungen danach (diese wurden teilweise nachträglich angefertigt). Foto oben links: M660/319, 1-88: „Gehenkte (!), im Hintergrund geht dt. Soldat vorbei“; oben rechts: M660/319, 2-75: „Einzeln brennendes Haus in einem Dorf“; Mitte links: M660/319, 1-47: „Zug sowjetischer Kriegsgefangener“; Mitte rechts: M660/319, 1-99: „gef. Kommissare russ. Armee (3, im Hintergrund dt. Soldat)“; unten links: M660/319, 2-99: „Galgen mit 8 Gehenkten“; unten rechts: M660/319, 3-5: „Holzschild an Holzwand: „Neu-Karlsruhe““ [Foto vom Eingang einer Kommandantur.] Die Ziffer 1 in der Signatur steht für den Zeitraum Vormarsch bis Dezember 1941, 2 für den Rückzug Dezember 1941 – März 1942 und 3 für die Gshatsk-Stellung März 1942–1943.
- ⁷ HStA Stuttgart, M660/319.
- ⁸ Die 35. Infanterie-Division. Einsatz 1939–1945 in Frankreich – Russland. Geschichte einer einsatzbereiten, standfesten und anspruchlosen baden-württembergischen Division in Bildern. Hrsg. Kameradendienst 35. Inf.-Div. e. V., Friedberg 1983. Diese Publikation ist die um zahlreiche Bilder erweiterte, dafür textlich stark gekürzte Neuauflage der Divisionsdarstellung von 1964 (siehe Anm. 13).
- ⁹ StadtAK, 1/H-Reg. Nr. 1854, Schreiben Knittel an Oberbürgermeister, 18.1.1952.
- ¹⁰ Während des Symposiums erblickte eine Teilnehmerin darin eher einen Altar.
- ¹¹ Wiedersehensfeier der 35. Infanterie-Division 17.-18. Mai 1952. Karlsruhe, Karlsruhe 1952, S. 41.
- ¹² StadtAK, 1/H-Reg. Nr. 12073, Schreiben des Kameradendienstes, Dr. Knittel, an Oberbürgermeister Klotz, 21.9.1957.
- ¹³ Diese Publikation erschien zeitgleich mit der Denkmalaufstellung: Die 35. Infanterie-Division im 2. Weltkrieg, 1939–1945. Die Geschichte einer einsatzbereiten, standfesten und anspruchlosen bad.-württ. Infanterie-Division. Hrsg. vom Kameradendienst 35. e. V., Karlsruhe 1964 (G. Braun Verlag).
- ¹⁴ Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, vom 11. Mai 1951 (BGBl. I 22/1951, S. 307 ff).
- ¹⁵ Vgl. dazu grundlegend Lutz Köllner, Klaus A. Maier, Wilhelm Meier-Dörnberg u. a.: Die EVG-Phase, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 2, München 1990.
- ¹⁶ Dazu grundlegend Hans-Jürgen Rautenberg, Norbert Wiggershaus, Die „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung, Karlsruhe 1985.

- ¹⁷ Gründungsauftritt in: Wiedersehensfeier der 35. Infanterie-Division 17.–18. Mai 1952. Karlsruhe, [Ohne Herausgeber] Karlsruhe 1952 (G. Braun Verlag), S. 44f.
- ¹⁸ Als Besonderheit umfasste diese die Veteranen vor 1919 wie die der NS-Zeit, obgleich das 1936 aufgestellte 109. Infanterie-Regiment nur den Traditionsnamen erhielt, jedoch die Tradition selbst nicht fortführte, da diese 1921 an das (Badische) 14. Infanterieregiment übergeben wurde, wodurch das spätere „Infanterieregiment Meinigen“ der eigentliche Traditionsträger wurde.
- ¹⁹ Vgl. Chronik der Kameradschaft ehemaliger 109er des 1. badischen Leibgrenadier-Regiments Nr. 109. Verfasst von Bernd Schach, [Karlsruhe 2010] (verfügbar StadtAK 8/StS 11/171).
- ²⁰ Vgl. Festschrift der „Kameradschaft“: Kameradentreffen Rastatt. Infanterie-Regiment 111 u. 2. Abt. Artillerie-Regiment 35, Traditionsverbände Regimenter 25, 30 und 40 sowie die Ersatzeinheiten am 6., 7. und 8. August 1955, Rastatt 1955. Vgl. auch „Alte Kameraden“, 1953, Nr. 11.
- ²¹ Vgl. „Alte Kameraden“, 1965, Nr. 7/8.
- ²² „Alte Kameraden“. Unabhängige Zeitschrift für junge und alte Soldaten. Organ der Traditionsverbände und Kameradenwerke. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände. Karlsruhe, Stuttgart, 1953–1997 (Verlagsort Karlsruhe nur bis 1992). Seit 1997 erscheint sie weiter unter Weglassung von „Alte“ als: Kameraden, Unabhängige Zeitschrift für alte und junge Soldaten. Organ der Kameradenwerke und Traditionsverbände. Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e. V., mit Verlagsort Stuttgart.
- ²³ „Alte Kameraden“, 1953, Nr. 1 (der Beitrag ist nicht namentlich gekennzeichnet).
- ²⁴ „Alte Kameraden“, 1954, Nr. 10. Wich war einer der Schriftleiter der Zeitschrift, von ihm stammt auch das Buch: Baden-Württembergische Divisionen im 2. Weltkrieg, Karlsruhe 1957.
- ²⁵ „Alte Kameraden“, 1965, Nr. 12, in: Aus den Kameradenwerken.
- ²⁶ Eigener Lebenslauf in Spruchkammerakte, GLA 465h Nr. 3777.
- ²⁷ Dr. Emil Gutenkunst (1903–1989), Jurist, NSDAP-Mitglied 1937, Ankläger beim Sondergericht, im Spruchkammerverfahren zuletzt als Mitläufer eingereiht, seit 1948 Bürgermeister, SPD-Mitgliedschaft bis zum Austritt 1977 wegen Kandidatur von Heinke Salisch zur Oberbürgermeisterwahl, bis zum Tod Vorsitzender der Karlsruher Sektion des „Südtiroler Kulturwerks“. StadtAK, 1/POA 1 Nr. 5772.
- ²⁸ BNN, 1.6.1964.
- ²⁹ Wiedergabe in Zeitschrift „Alte Kameraden“, 1964, Nr. 7/8.
- ³⁰ Die 35. Infanterie-Division im 2. Weltkrieg (wie Anm. 13), S. 7.
- ³¹ Das Folgende wieder nach „Alte Kameraden“, 1964, Nr. 7/8.
- ³² Der Konflikt um das Auftreten der Bundeswehr an Schulen für „Informationen zur Sicherheitspolitik“ bis zur Berufswerbung hält bis in die aktuelle Zeit an. Seit 2010 gibt es in vielen Bundesländern Kooperationsvereinbarungen des jeweiligen Kultusministeriums mit der Bundeswehr, so auch in Baden-Württemberg. Vgl. dazu: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Einsatzgebiet Klassenzimmer – die Bundeswehr in der Schule, Frankfurt a.M. 2011 oder Michael Schulze von Glaßer, An der Heimatfront. Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr, Köln 2010.
- ³³ Aufstellung der 10 stattgefundenen offiziellen Wiedersehensfeiern des „Kameradendienstes der 35. Infanterie-Division“ mit Ort der Hauptveranstaltung „Kameradschaftsabend“ und differierenden Teilnehmezahl-

len aus der Presse: 17./18.5.1952 (Stadthalle, 5.000 Teilnehmende), 29./30.9.1956 (Schwarzwaldhalle, Teilnehmezahlen schwanken zwischen 5.000 (BVZ) und 7.000 (BNN)), 30./31.5.1964 (Schwarzwaldhalle, 5.000 Teilnehmende), 29.7.1972 (Schwarzwaldhalle, 1.500-2.000 Teilnehmende), 8.10.1977 (Nancy-Halle, über 1.000), 4.7.1981 (Gartenhalle, 1000), 2.7.1983 (Gartenhalle, 900) 4./5.5.1985 (Gartenhalle. Das abermalige zweitägige Treffen hatte eventuell den Grund, Gelegenheit zu geben zum Besuch des gleichzeitig, aber unabhängig stattfindenden „Tag der Streitkräfte“ mit Schauführungen der Bundeswehr), zum 9. Treffen 1986 sind Daten und Angaben unklar, 6.5.1990 (Weinbrennersaal der Stadthalle).

³⁴ Nur für die erste 1952 und die zweite 1956 wurden von der „Kameradschaft“ Festschriften herausgegeben: – Wiedersehensfeier der 35. Infanterie-Division 17.–18. Mai 1952 (wie Anm. 11). – Karlsruhe als Garnison. Festschrift zum Garnisonstag 1956 und zur 2. Wiedersehensfeier der 35. Inf.-Div. in Karlsruhe am 29./30. September 1956. Hrsg. vom „Ausschuss für die Vorbereitung des Garnisonstages 1956“, Karlsruhe 1956.

³⁵ StadtAK, 1/H-Reg Nr. 12073, Schreiben Knittel an Bürgermeister Ball, 30.4.1952.

³⁶ Nach StadtAK, 1/H-Reg Nr. 12073.

³⁷ BNN, 1.6.1964; BVZ, 1.6.1964.

³⁸ BNN: 17. und 19.5.1952, 29.9. und 1.10.1956, 1.6.1964, 31.7.1972, 10.10.1977, 6.7.1981, 7.5.1990. BVZ: 1.10.1956, 1.6.1964.

³⁹ Zur Frage des Traditionsverständnisses in der Bundeswehr siehe Jakob Knab, Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995.

⁴⁰ BNN 31.7.1972, 10.10.1977, 6.7.1981.

⁴¹ BNN, 17.5.1952.

⁴² BVZ, „... über alles ...“, 1.6.1956. Auch auf der 3. Wiedersehensfeier wurde das „Deutschlandlied“ mit 1. Strophe gesungen, BVZ, 1.5.6.1964.

⁴³ Vgl. BNN, 8.10.1977.

⁴⁴ Kompletzt heißt es unter 6.: „Die Geschichte deutscher Streitkräfte hat sich nicht ohne tiefe Einbrüche entwickelt. In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht. Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.“ http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/RYSxDoAgDADf4gfo7uYv1K1AhQaCp3yfXEytIwuOdhh0PDhhMZnwworb1Fn353vkZyaEFsRpMPIJblbrjiouUQaMoc8qglG_u7fKSiKlxlMv4qplts/ (zuletzt abgerufen am 2.11.2014).

⁴⁵ StadtAK 1/H-Reg Nr. 12073, in Vertretung der Stadt waren anwesend Stadtrat Günther Rüssel oder Hans-Günther Michel, 1985 Bürgermeister Erwin Sack.

⁴⁶ „Alte Kameraden“, 1992, Nr. 2.

⁴⁷ Auflösung 23.3.2003, vgl. Chronik (wie Anm. 19), S. 5. Die jährliche Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertags am 109er Denkmal in Karlsruhe auf dem Europaplatz bzw. beim Regimenehrenmal in der früheren Grenadierkaserne übernahm seitdem der „Badische Verein der Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner e. V.“ in Verbindung mit dem seit 2003 existierenden „Traditionsverein 1. Badisches Leibgrenadier-Regiment No. 109 Karlsruhe“, der kein Veteranenverein mehr ist und sich insbesondere der Geschichte und Zurschaustellung von Uniformen des ursprünglichen Regiments von 1803 bis 1919 widmet. Im Oktober 2014 im Oktober, damit vor dem Volkstrauertag, wurde erstmals ein Blumengebinde am 35er Denkmal niedergelegt, vermutlich als Reaktion auf das geplante Symposium vom 6.11.2014.

UTE FAHRBACH-DREHER

Vom Umgang mit „schwierigen Denkmälern“ – abräumen oder damit leben?

Warum fordert die staatliche Denkmalpflege den Erhalt von Denkmälern, die Krieg und Menschenverachtung verherrlichen? Dies soll aus Anlass des Symposiums über das Denkmal der 35. Infanterie-Division in Karlsruhe in diesem Beitrag erörtert werden. Zunächst muss die gesetzliche Grundlage betrachtet und anschließend der gedankliche Hintergrund erläutert werden.

Krieger- oder Gefallenendenkmäler sowie Mahnmale für die Opfer von Krieg und Nationalsozialismus sind immer als Kulturdenkmale anerkannt. Die Denkmaleigenschaft dürfte in der Regel unstrittig sein. Zitiert sei verkürzt § 2 des Denkmalschutzgesetzes Baden-Württemberg: „Kulturdenkmale sind Sachen, an deren Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatgeschichtlichen

Gründen ein öffentliches Interesse besteht.“ Das wissenschaftliche Interesse am Erhalt liegt auf der Hand: Jedes dieser Denkmäler ist ein Dokument für die Geschichtswissenschaft, denn es überliefert den Umgang des jeweiligen Stifters mit der Erinnerung an vorangegangene Kriege und Gräueltaten.

Ein typisches Beispiel ist das Kriegerdenkmal auf dem Gelände der ehemaligen Grenadierkaserne in der Moltkestraße 62. Es ist Kulturdenkmal aus wissenschaftlichen Gründen, errichtet 1895 in Erinnerung an den deutsch-französischen Krieg von 1870/71. Warum wissenschaftliche Gründe? Zunächst sind die Namen der Kriegsteilnehmer vermerkt, und wir



Kriegerdenkmal in der ehemaligen Grenadierkaserne in der Moltkestraße 60.

können an der Gestaltung des Denkmals das Selbstverständnis dieses Truppenteils ablesen. Darüber hinaus ist jedoch auch der Umgang der Franzosen mit diesem Kriegerdenkmal interessant. Die französische Armee, die von 1952 bis 1991 in der Grenadierkaserne stationiert war, ließ nämlich dieses Denkmal der Niederlage ihrer Nation unangetastet, während nach dem Zweiten Weltkrieg alle Denkmäler des Nationalsozialismus in Karlsruhe auf Befehl der französischen Verwaltung abgebrochen wurden.

Ein weiteres Beispiel ist das Mahnmal für die Toten der beiden Weltkriege auf dem Friedhof von Mühlburg von 1961. Es ist nicht nur ein Kulturdenkmal aus wissenschaftlichen und heimatgeschichtlichen, sondern auch aus künstlerischen Gründen, auch wenn man darüber geteilter Meinung sein kann. Geschaffen wurde die Skulptur von Carl Egler (1896–1982), einem Bildhauer, dessen Skulpturen in Karlsruhe uns noch beschäftigen werden.

Das Gefallenendenkmal des Sportvereins FC Südsterne 06 in Rüppurr schließlich hat eher heimatgeschichtliche Bedeutung. Der Findling wurde als Erinnerung an den Ersten Weltkrieg aufgestellt und durch die auf dem Boden liegende Platte



Mahnmal für die Opfer der beiden Weltkriege von Carl Egler in Mühlburg, Lerchenstraße 7.



Gefallenenehrenmal des FC Südsterne 06, Ettlinger Allee 7.

für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs erweitert.

Der Umgang mit Kulturdenkmälern wird im § 8 des Denkmalschutzgesetzes geregelt: „Ein Kulturdenkmal darf nur mit Genehmigung der Denkmalschutzbehörde 1. zerstört oder beseitigt werden und [...] 3. aus seiner Umgebung entfernt werden, soweit diese für den Denkmalwert von wesentlicher Bedeutung ist.“

In der Karlsruher Diskussion über den Umgang mit Denkmälern für den Krieg oder für nichtdemokratische Herrschaft wurde nicht an deren Zerstörung gedacht, sondern an die Entfernung aus der Umgebung, also die Verbringung auf einen noch zu schaffenden Denkmälerfriedhof. Denkmalrechtlich zu prüfen wäre also, ob die Entfernung des eingangs vorgestellten Kriegerdenkmals aus seiner Umgebung nach § 8 statthaft ist. Die staatliche Denkmalpflege muss entscheiden, ob der Denkmalwert wesentlich reduziert wird, wenn man das Kulturdenkmal versetzt.

Die Antwort ist klar: Der Denkmalwert wird durch seine Versetzung immer reduziert. Ein gutes Beispiel ist das Leibgrenadierdenkmal auf dem Europaplatz (nicht zu verwechseln mit dem Kriegerdenkmal in der Moltkestraße). Der Obelisk mit dem Greifen wurde dort errichtet, weil sich an Stelle der Hauptpost, der heutigen Postgalerie, die von Friedrich Weinbrenner 1804-1808 errichtete alte Grenadierkaserne befand. Die Grenadiere zogen Ende des 19. Jahrhunderts in die neue Kaserne in der Moltkestraße um. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde Karlsruhe zur entmilitarisierten Zone. Quasi als Ersatz für die nun nicht mehr vorhandene Garnison und als Erinnerung an den Krieg wurde 1924/25 das Leibgrenadierdenkmal errichtet. Teil der Geschichte ist, dass das Denkmal nicht auf dem Gelände der neuen Kaserne in der Moltkestraße oder irgendwo am Stadtrand errichtet wurde, sondern mitten in der Stadt an einer städtebaulich herausragenden Stelle.

Der Standort eines Denkmals ist Teil seiner Aussage. Die Denkmale für den Krieg von 1870/71 und den Ersten Weltkrieg wurden meist an prominenter Stelle



Leibgrenadierdenkmal auf dem Europaplatz, seit 2010 wegen Bauarbeiten abgebaut, Wiederaufbau von Denkmalpflege gefordert.

errichtet, also in der Nähe von Kirche und Rathaus oder auf einem Platz im Stadt- oder Dorfmittelpunkt. Mahnmale für den Zweiten Weltkrieg finden sich eher an untergeordneter Stelle, nämlich als Erweiterung von Gefallenendenkmalen des Ersten Weltkriegs oder auf Friedhöfen. Die Translozierung und Verbringung auf einen Denkmälerfriedhof würde diese Tatsache nur noch mittelbar, also etwa durch Hinweisschilder, erfahrbar machen.

Hauptanlass für die Tagung ist das Gefallenendenkmal der 35. Infanterie-Division, eines der selteneren Beispiele für ein Denkmal, das ausschließlich an den Zweiten Weltkrieg erinnert und außerhalb eines Friedhofs im öffentlichen Straßenraum steht. Im Frühjahr 2014 setzte sich die Gruppe der Linken im Gemeinderat für die Entfernung dieses Denkmals ein, da die 35. Infanterie-Division im Zweiten Weltkrieg an Kriegsverbrechen in der Sowjetunion beteiligt war. Eine derartige Forderung ist in Karlsruhe nicht neu. So hatte 1985 der Gemeinderat auf Antrag der damaligen Grünen Liste über die Entfernung des Leibdragonerdenkmals am Mühlburger Tor beraten. Anstoß erregte die Inschrift von 1931, die einen übersteigerten Nationalismus bezeuge. Wir können die denkmalrechtliche Frage, ob das Gefallenendenkmal der 35. Infanterie-Division, ein Kulturdenkmal im Sinne des Denkmalschutzgesetzes, von seinem jetzigen Standort entfernt werden darf, im Folgenden durchspielen: Den Antrag auf Versetzen des Kulturdenkmals kann nur der Eigentümer stellen. Die Denkmalpflege würde diesen Antrag ablehnen, denn der Standort dokumentiert, dass 1964 auf öffentlichem Grund, an einer städtebaulich herausgehobenen Stelle auf private Initiative ein Gefallenendenkmal errichtet werden konnte. Der Denkmalwert würde durch die Verbringung an einen anderen Ort erheblich reduziert und müsste deshalb von den Denkmalbehörden abgelehnt werden.

Der Antrag, das Gefallenendenkmal zu versetzen, hätte vermutlich keine Chance auf Durchsetzung. Es gibt nur drei Gründe, aus denen ein Kulturdenkmal abgebrochen oder versetzt werden kann: Der Eigentümer weist nach, dass das Objekt gar kein Kulturdenkmal ist. Dazu müsste ein Gutachten erstellt werden, das diesen Nachweis erbringt. Doch schon die Tatsache, dass das Denkmal für die Gefallenen der 35. Infanterie-Division Gegenstand eines Symposiums wurde, weist die wissenschaftlichen Gründe seiner Denkmaleigenschaft nach. Der Erhalt des Kulturdenkmals ist wirtschaftlich nicht zumutbar. Das ist beim Denkmal für die Gefallenen der 35. Infanterie-Division nicht möglich, da es keine Kosten verursacht.

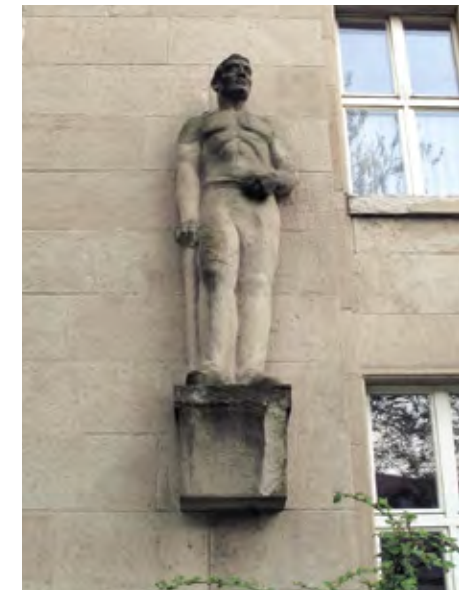
Es gibt höherrangige öffentliche Interessen, die eine Versetzung verlangen, also etwa den Bau einer Straße. Ob die Ablehnung des ideologischen Hintergrundes oder ähnliches als öffentliches Interesse herhalten könnte, ist fraglich.

Soviel zum Denkmalrecht. Darüber hinaus wirft der Wunsch nach der Entfernung von Denkmälern für Despotie und Krieg Fragen auf, die über die juristische Problematik hinausgehen.

Wenn das Gefallenendenkmal der 35. Infanterie-Division entfernt würde, weil diese Division an Kriegsverbrechen beteiligt war, dann müsste auch über andere Denkmäler des Zweiten Weltkriegs nachgedacht werden. Wie sollte mit dem Gefallenendenkmal des Sportvereins Südstern in Rüppurr umgegangen werden? Sollte dessen Gedenkplatte für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs entfernt werden? Unter den dort aufgeführten Kriegsteilnehmern mögen Kriegsverbrecher gewesen sein. Sollte das Verhalten der aufgeführten Gefallenen untersucht und ihr Name gelöscht werden, wenn sie Kriegsverbrecher waren? Bleibt das Gefallenendenkmal für den Ersten Weltkrieg stehen? Auch in diesem Krieg sind Kriegsverbrechen



Gefallenendenkmal von Carl Egler in Daxlanden, Kastenwörtstraße.



Skulptur „Arbeiter“ von Carl Egler am ehemaligen Arbeitsamt in der Kapellenstraße 17.

begangen worden. Denkmäler für den Ersten Weltkrieg, auf denen die Namen jüdischer Bürger verzeichnet sind, können keinesfalls entfernt werden. Sie sind Zeugnisse ersten Ranges für die Teilhabe dieser Gruppe an der Gesellschaft des Kaiserreichs und den Irrsinn des Völkermords in der Zeit des Nationalsozialismus.

Das Gefallenendenkmal des Bildhauers Carl Egler in Daxlanden zeigt, dass eine „Entnazifizierung“ des Denkmälerbestandes kaum möglich ist. Es wurde auf Initiative eines örtlichen Denkmalkomitees 1930 bis 1932 errichtet. Die Skulptur von Carl Egler zeigt zwei Soldaten, die sich verwundet davonschleppen. Die Inschrift wurde nach dem Zweiten Weltkrieg um die Gefallenen dieses Krieges erweitert. Bei dem Denkmal in Daxlanden könnte man sich zur Aussage versteigen, dass es ein Monument aus dem Vorfeld des Nationalsozialismus ist und folglich auch seine Entfernung fordern.

Carl Egler schuf die Reliefs am ehemaligen Karlsruher Arbeitsamt, Kapellenstraße 17, das von 1937 bis 1938 nach Plänen von Stadtbaurat Robert Amann errichtet wurde. Und von Carl Egler stammen auch das bereits erwähnte Mahnmal auf dem Friedhof von Mühlburg sowie ein Mahnmal für die Opfer der „Euthanasie“ auf dem Karlsruher Hauptfriedhof, beide von 1961.

Wie soll mit den Mahnmalen von Carl Egler umgegangen werden? Die einen wegstellen, weil sie moralisch anfechtbar sind? Die anderen stehen lassen?

Wie soll die Stadt Karlsruhe überhaupt mit den baulichen Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus umgehen? Das ehemalige Arbeitsamt in der Kapellenstraße 17 ist eines von nur fünf unter nationalsozialistischer Herrschaft neu



Rückfront des ehemaligen Arbeitsamtes mit einem von zwei Turmbauten.



Reichspostdirektion, 1938 errichtet von Hermann Billing, Ettlinger Straße 3.

errichteten Arbeitsämtern im deutschen Reichsgebiet. Was macht dieses Gebäude zu einem Geschichtsdokument, also zum Kulturdenkmal? Der Bau entlarvt den Bauherrn: Die Eingänge, und damit die Schlangen der Arbeitslosen, befanden sich nicht an der Straßen-, sondern an der Gebäuderückseite. Ursprünglich sorgten vorgesetzte Drehtüren, die nicht erhalten sind, für einen raschen Besucherdurchfluss. Die Skulpturen von Carl Egler zeigen, im Stil der Zeit, den Kopf- und den Handarbeiter, also etwa einen Ingenieur und einen Arbeiter.

Zusammen mit der ehemaligen Reichspostdirektion von Hermann Billing, errichtet 1934 bis 1938, den Kriegerdenkmalen der 1930er Jahre und auch dem Denkmal für die 35. Infanterie-Division bildet sich die Topografie des Nationalsozialismus und des von ihm verursachten Krieges in Karlsruhe ab. Der Nationalsozialismus hat seine Zeugnisse auch im Karlsruher Stadtgebiet hinterlassen und es wäre falsch, sie zu entfernen. Wir würden die Geschichte unserer Stadt, die sich ja stark in den baulichen Hinterlassenschaften präsentiert, zu einer Erfolgsgeschichte machen. Kriegerdenkmale erinnern an den Krieg, Gefallenendenkmale an die Kriegstoten. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal erinnert an einen Alleinherrscher, und selbst die Pyramide erinnert an einen absolutistischen Fürsten, der uns wahrscheinlich nur deshalb weniger unsympathisch ist, weil er schon länger tot ist und uns eine schöne Stadt samt Schloss beschert hat.

Es ist schwer zu akzeptieren, dass sich die Unterdrückung einprägsamer manifestiert als die Befreiung (so Norbert Huse). Was ist das Denkmal der Revolution von 1989 in der DDR? Es ist kein materielles Denkmal, sondern der Ruf „Wir sind das Volk“. Dieser Satz wird bleiben. Die Demokratie muss keine Denkmale aufrichten. Aber es ist wichtig, dass die Denkmale, die aus undemokratischer Zeit auf uns gekommen sind, erhalten bleiben. Wir können den gegenwärtigen politischen Zustand nur einordnen und beurteilen, wenn wir zurückschauen. Diese Rückschau wird auch durch die unbequemen Denkmale in unserer Mitte ermöglicht.

Am Ende sei noch auf nationalsozialistische Bildzeugnisse im Innern von Kirchen eingegangen. Heutiges christliches Glaubensverständnis sollte den damaligen Denkweisen entgegenstehen, und so erstaunt es, dass solche Darstellungen überdauert haben. Die Gemeinden müssen sich, da ihre Kirchen meist Kulturdenkmale sind, mit den Erhaltungsforderungen der Denkmalpflege auseinandersetzen, die auch hier erhoben werden. Darstellungen aus der Zeit des Nationalsozialismus in Kirchen dokumentieren, sofern sie sich positiv auf diese Ideologie

beziehen, die Verstrickung der Kirchengemeinden mit dem Nationalsozialismus. Folglich besteht an ihrem Erhalt öffentliches Interesse aus wissenschaftlichen Gründen.

Für Kirchen sieht § 11 des Denkmalschutzgesetzes von Baden-Württemberg allerdings eine Ausnahme vor: „Die Denkmalschutzbehörden haben bei Kulturdenkmälern, die dem Gottesdienst dienen, die gottesdienstlichen Belange (...) vorrangig zu beachten.“ Falls also eine Kirchengemeinde geltend macht, dass sie in ihrer Kirche, wegen der Innenausstattung aus nationalsozialistischer Zeit nicht mehr Gottesdienst feiern könne, muss dies von der Denkmalpflege, nach einem festgelegten Prozedere, akzeptiert werden.

Die Problematik sei an einigen Beispielen aus Nordbaden aufgezeigt. Die katholische Heilig-Kreuz-Kirche in Dielheim-Balzfeld ist ein Bau des 18. Jahrhunderts. Das Deckengemälde mit der Darstellung des Jüngsten Gerichts stammt von Stefan Gerstner, der von 1885 bis 1971 in Mörsch bei Karlsruhe lebte und Schüler von Hans Thoma war. Das Gemälde ist stilistisch in die Zwischenkriegszeit einzuordnen, zeigt einen Christus mit markanten Gesichtszügen und muskulösem und gleichzeitig ausgezehrtem Körperbau. Auf der Seite der Erlösten finden sich ein Gefangener in Ketten, eine Greisin, eine junge Mutter und ein Verwundeter. Auf der Seite der Verdammten sind eine Frau im Typus einer Prostituierten, ein peitschenschwingernder Asiate, der für die „asiatische Gefahr“ steht, und ganz unten, der Hölle am nächsten, ein Geschäftsmann mit Geldsack, der durch seine Hakennase als Jude karikiert wird, dargestellt.

In der evangelischen Kirche Dossenheim befindet sich in der Altarnische, verdeckt durch eine Verkleidung, das Gemälde eines „germanischen“ Christus von Hans Adolf Bühler (1877 – 1951).



Heilig-Kreuz-Kirche in Dielheim-Balzfeld im Rhein-Neckar-Kreis, Am Kirchberg 3.



Deckengemälde der Heilig-Kreuz-Kirche mit nationalsozialistisch motivierten Motiven.



Altarnische in der evangelischen Kirche Dossenheim, Hauptstraße 37 (Rhein-Neckar-Kreis).

Bühler war Künstler, Professor an der Akademie in Karlsruhe und Kunstideologe des Nationalsozialismus. Von ihm stammt beispielsweise die im Krieg zerstörte Ausmalung des Bürgersaals im Karlsruher Rathaus. Das Wandbild in Dossenheim zeigt einen überlebensgroßen Christus mit blonden Haaren, der auf einem Felsen über einer heroischen Landschaft steht. Unter dem Felsen kauert eine als jüdisch karikierte Figur, die, im Gegensatz zum strahlenden, guten Christus, das dunkle Böse darstellt. Die Abdeckung des Gemäldes ist ein Kompromiss, den die Denkmalpflege nicht ablehnen konnte, und der gottesdienstlichen Belangen Rechnung trägt. Die Zerstörung des Gemäldes hätte mit Verweis auf die wissenschaftliche Bedeutung nicht genehmigt werden können.

Die spätmittelalterliche evangelische Kirche von Laudendach wurde 1936 erweitert und im Sinne des Nationalsozialismus umgestaltet. Der Pfarrer schrieb 1937 an das Ministerium für Kultus und Unterricht: „Diese Kirche ist das christl. Gotteshaus des 3. Reiches! Sie atmet den Geist des Nationalsozialismus!“ Unterschrift: „Heil Hitler! gez. Pg. Erwin Schenck, Pf.“ Dominiert wird das Innere durch eine monumentale Treppenanlage mit einem ebenso monumentalen Blockaltar. An den Chorwänden finden sich links und rechts ungewöhnliche Schrankenanlagen, die Kanzel und Lesepult ersetzen. Ein Fenster in der Mittelachse mit Hitler und Hindenburg wurde nach dem Krieg entfernt, erhalten blieb jedoch das „Heldengedenkfenster“, das auf einem Muster aus blutrotem Eichenlaub neben den Namen der Kriegsgefallenen auch ein Hakenkreuz zeigt. Das Hakenkreuz ist abgedeckt, eine Hinweistafel erläutert die Verstrickung der Gemeinde in die nationalsozialistische Ideologie und die Gründe, aus denen das Fenster erhalten werden soll. Im Jahr 2012 zeigte die Gemeinde die Ausstellung „Christenkreuz und Hakenkreuz“ des Berliner Forums Geschichte und Gegenwart e. V.

Die spätmittelalterliche evangelische Kirche von Laudendach wurde 1936 erweitert und im Sinne des Nationalsozialismus umgestaltet. Der Pfarrer schrieb 1937 an das Ministerium für Kultus und Unterricht: „Diese Kirche ist das christl. Gotteshaus des 3. Reiches! Sie atmet den Geist des Nationalsozialismus!“ Unterschrift: „Heil Hitler! gez. Pg. Erwin Schenck, Pf.“ Dominiert wird das Innere durch eine monumentale Treppenanlage mit einem ebenso monumentalen Blockaltar. An den Chorwänden finden sich links und rechts ungewöhnliche Schrankenanlagen, die Kanzel und Lesepult ersetzen. Ein Fenster in der Mittelachse mit Hitler und Hindenburg wurde nach dem Krieg entfernt, erhalten blieb jedoch das „Heldengedenkfenster“, das auf einem Muster aus blutrotem Eichenlaub neben den Namen der Kriegsgefallenen auch ein Hakenkreuz zeigt. Das Hakenkreuz ist abgedeckt, eine Hinweistafel erläutert die Verstrickung der Gemeinde in die nationalsozialistische Ideologie und die Gründe, aus denen das Fenster erhalten werden soll. Im Jahr 2012 zeigte die Gemeinde die Ausstellung „Christenkreuz und Hakenkreuz“ des Berliner Forums Geschichte und Gegenwart e. V.



Zustand der evangelischen Kirche in Ittersbach, Friedrich-Dietz-Straße 1, nach 1932 (Landkreis Karlsruhe).



Zustand der Kirche nach dem Rückbau und mit den Gemälden von Brooks-Gerloff. Die Darstellungen auf den Emporenbrüstungen wurden restauriert.

Die evangelische Kirchengemeinde von Karlsbad-Ittersbach setzt zeitgenössische Malerei gegen die Innenausstattung, die aus dem nationalsozialistischen Dunstkreis stammt.

Der Innenraum der Kirche, errichtet 1808/09, wurde 1932 zu einer Art Gefallenengedenkstätte umgewandelt. Durch die Imitation einer Stufenanlage wurden Altar und Kanzel monumental zusammengefasst und darüber auf der Chorwand die Namen der Gefallenen auf Kreuzen verewigt. Die Emporenbrüstungen wurden mit Bildern und Bibelziten bemalt, die auf den Krieg und die Gefallenen Bezug nehmen. Sie stammen von dem Baden-Badener Künstler Karl Mall. In den 1990er Jahren wurde die Chorwand wieder rückgebaut. Das spitzbogige Gewände, das in den Chorturm des 15. Jahrhunderts führt, ist wieder sichtbar. Vier Gemälde von Janet Brooks-Gerloff (1947–2008) auf der nun weiß gestrichenen Chorwand zeigen biblische Darstellungen zum Thema „Begegnung“ und setzen sich theologisch und künstlerisch mit der Gefallenenthematik auf den Emporenbrüstungen auseinander.

Mit den Verstrickungen dieser Kirchengemeinden in das nationalsozialistische Gedankengut wird also unterschiedlich umgegangen: Der Bezug steht unkommentiert in Balzfeld, wird verschwiegen in Dossenheim und künstlerisch sowie

theologisch kommentiert in Ittersbach. In Laudenbach ist die Umgestaltung der Kirche geplant. Das Heldengedenkfenster, Altar und Schrankenanlage sollen bleiben, die beiden letzteren allerdings in veränderter Form.

Die Ausweisung des Gefallenendenkmals für die 35. Division als Kulturdenkmal durch die Denkmalpflege und die damit verbundene Erhaltungsforderung muss Anstoß erregen. Die Entfernung des Denkmals würde eher das Vergessen als die Auseinandersetzung mit den deutschen Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg fördern. In der Abschlussdiskussion des Symposiums wurde die Möglichkeit einer Weiterentwicklung des Denkmals durch die Anbringung von Informationen über die Kriegsverbrechen der 35. Division vorgeschlagen. Sie sollten vor Ort entweder in sachlicher Form, etwa durch Informationstafeln, oder in künstlerischer Art dargestellt werden. Eine solche Lösung würde die Denkmalpflege begrüßen.

Literatur

Norbert Huse, *Unbequeme Baudenkmale. Entsorgen? Schützen? Pflegen?* München 1997.

Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe, 1715–1945. Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1987 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Band 7).

Clemens Kieser, Ausdruck totalitärer Beschäftigungspolitik. Ein Arbeitsamt in Karlsruhe, in: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg*, Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege Baden-Württemberg, 2/2015, S. 87-91.

Hans Vollmer (Red. und Bearb.), *Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler des XX. Jahrhunderts*, Leipzig 1953–1962.

Quellen

Akten, Sammlung „Architekten, Künstler, Handwerker“ und Datenbank des Landesamtes für Denkmalpflege Baden-Württemberg.

Homepages der Kirchengemeinden.

JENS RÜGGERBERG

Tübingen: Streit um ein Denkmal – Positionierung und Verlauf eines Streits um das Gedenken¹

Stolz bezeichnet sich Tübingen seit Jahrzehnten als Universitätsstadt, auch im Briefkopf ihrer Stadtverwaltung. Diese Selbstetikettierung lässt allzu leicht vergessen, dass die Stadt über 120 Jahre lang, von 1875 bis 1994, mindestens genauso stark durch die Anwesenheit von Militär geprägt war. Wer die Stadt heute besucht, kann, einen geübten Blick vorausgesetzt, drei ehemalige Kasernen entdecken, alle südlich des Neckar und der Eisenbahnlinie in der heutigen Südstadt gelegen, die jetzt in zivil genutzte Gebäude beziehungsweise Wohnviertel umgewandelt sind. Seit der Auflösung des Verteidigungsbezirkskommandos 54 ist die Stadt fast vollständig zivilisiert – im wahrsten Sinne des Wortes.²

Schon die Entstehung der Südstadt war eng verknüpft mit dem Militär. Das erste Gebäude, das südlich der Eisenbahn errichtet wurde, war 1875 eine große Kaserne, im Palazzo-Stil gebaut, mit Palladio-Anleihen, monumental, ausgerichtet in einer Sichtachse auf Bahnhof und Schloss, wohl finanziert mit Mitteln, die Frankreich nach dem verlorenen Krieg von 1870/71 abgepresst worden waren. Bis 1898 war dort ein Füsilierregiment stationiert, danach das 10. Württembergische Infanterieregiment Nr. 180. 25 Jahre nach dem Kasernenbau entstanden in der Südstadt die ersten Straßenzüge und es siedelten sich gerade auch Handwerker an, die von Aufträgen des Militärs lebten.³

1911 wurde die Eberhardskirche gebaut, als Zivilkirche für die Südstadt und zugleich als Garnisonskirche,⁴ 1914–1916 kam die so genannte „Neue Kaserne“ hinzu. Die Infanteriekaserne war in den Jahren der Aufrüstung, die dem Ersten Weltkrieg vorangingen, zu klein geworden.⁵ Als man begann, den nächsten großen Krieg vorzubereiten, wurde mit dem Bau der dritten Kaserne begonnen. Im Gewinn Burgholz entstand 1934 die größte der Kasernen, die Burgholzkaserne.⁶

In den Zwischenkriegsjahren folgte den ersten beiden Kasernen die Errichtung von Kriegerdenkmälern. 1927 wurde in der Nähe der Infanteriekaserne ein Denk-

mal für die Gefallenen des 180. Regiments eingeweiht und 1937, inzwischen wurde die Kaserne wieder militärisch genutzt, ein weiteres, das nun explizit den „Helden der Verteidigung des Dorfes Thiepval“ (an der Somme) gewidmet war. 1936 wurde in einem Mannschaftsgebäude der „Neuen Kaserne“ eine Gedenktafel für die Gefallenen des Hohenzollerischen Füsilieregiments Nr. 40 enthüllt, dessen Veteranen seit Anfang der 1920er Jahre in der Kaserne regelmäßig ihre Veteranentreffen abhielten. Und 1939 schließlich wurde vor derselben Kaserne ein weiteres Kriegerdenkmal für die „Hohenzollernfüsilier“ angebracht – im Rahmen einer militärischen Zeremonie, wie 1937 bei der Einweihung des Denkmals vor der Infanteriekaserne.⁷

1938 ordnete der Tübinger Standortälteste auf Weisung aus Berlin an, den Kasernen nun auch offiziell Namen zu verleihen. Im Rahmen der ideologischen Kriegsvorbereitung wurde aus der Infanteriekaserne die Thiepvalkaserne und aus der Neuen Kaserne die Loretto-Kaserne – die „Hohenzollernfüsilier“ hatten an der „Loretto-Schlacht“⁸ 1915 teilgenommen. Beides – Thiepval und Loretto – waren übrigens Schlachten, die das deutsche Militär verloren hatte. Bei der Namensgebung wird der Standortälteste wohl auch Revanchegeanken beflügelt haben wollen. Die Stadt nun benannte eine Straße an der Thiepvalkaserne 1938 in Thiepvalstraße um und eine an der Loretto-Kaserne 1939 in Lorettostraße. Die Burgholzkaserne schließlich erhielt den Namen Hindenburgkaserne.

Das Denkmal, das heute im Mittelpunkt meines Vortrages steht, stammt, anders als seine Vorgänger in Tübingen, aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Es wurde 1959 vom „Kameradenhilfswerk der ehemaligen 78. Infanterie-Sturmdivision e. V.“ auf der Neckarinsel in Tübingen errichtet. Es stand an der flussaufwärts gelegenen Spitze der Insel unter hohen alten Bäumen und konnte wegen seines unauffälligen und entlegenen Standorts von Spaziergängern nur zufällig entdeckt werden. Der damalige Tübinger Oberbürgermeister Hans Gmelin (Exkurs Hans Gmelin: 1940 Leutnant in der 78. Division, 1941–1945 Adjutant des deutschen Gesandten in Bratislava, Hanns Ludin, 1945–1948 in französischer Internierung, 1955–1974 Oberbürgermeister von Tübingen, bis zu seinem Tode 1991 Ehrenvorsitzender des „Kameradenhilfswerks“ – auf seine Rolle in der Slowakei wurde ich 1998 durch die Lektüre einer Fußnote in Raul Hilbergs Standardwerk über die Ermordung der europäischen Juden aufmerksam⁹) enthüllte es im Jahr seiner Errichtung feierlich und übernahm es in die „Obhut“ der Stadt Tübingen.¹⁰ Es war schlicht, aus grob behauenen Natursteinen gebildet und etwas

mehr als mannshoch, von Efeu überwachsen und bis kurz vor seiner Demontage mit einer Metalltafel versehen. Diese trug die Inschrift „Ihren toten und gefallenen Kameraden – Die 78. Infanterie-Sturmdivision“ und „1939–1945“ sowie über der Inschrift die beiden taktischen Zeichen der Division, das Ulmer Münster und die eiserne Faust des Götze von Berlichingen, beide jeweils auf Wappenschilden stilisiert dargestellt.

Den fünf bis jetzt erwähnten Kriegerdenkmälern und Kriegergedenktafeln gemeinsam ist, dass sie nicht allgemein der Weltkriegstoten gedenken, sondern der Toten bestimmter militärischer Formationen, die in einem regionalen Bezug zu Tübingen stehen. Fast alle dieser Denkmäler wurden von Veteranenvereinigungen errichtet. Das 78er-Denkmal stellt insbesondere auch deshalb eine Ausnahme dar, weil nach dem Zweiten Weltkrieg eher selten Denkmäler für die Gefallenen bestimmter Wehrmachtseinheiten errichtet wurden. Die meisten Kriegerdenkmäler, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der alten Bundesrepublik errichtet wurden, dürften solche für die Gefallenen bzw. die Weltkriegstoten allgemein, einer Gemeinde oder einer Kirchengemeinde sein. Vielfach findet man auch kommunale Denkmäler für die „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ oder dergleichen.¹¹

Die Angehörigen der 78. Infanterie-Division stammten ganz überwiegend aus Baden-Württemberg.¹² Tübingen war einer der Aufstellungsorte der Division.¹³ 1952 wurde das so genannte Kameradenhilfswerk der ehemaligen Division in Tübingen gegründet. Es dürfte nie mehr als 5.000 bis 7.000 Mitglieder gehabt haben. Mitte der neunziger Jahre sollen es noch etwa 1.300 gewesen sein.¹⁴ Inzwischen hat es sich aber aufgelöst, denn es leben nur noch wenige Veteranen. In regelmäßigen Abständen fanden dann in Tübingen Veteranentreffen statt, die das „Kameradenhilfswerk“ organisiert hat. Beim ersten Treffen 1952 sollen 6.000 Ehemalige teilgenommen haben.¹⁵ Gewöhnlich hielten die Oberbürgermeister Grußworte, zuletzt Eugen Schmid 1988.¹⁶ 1952 wurde ein ehemaliger Divisionskommandeur besonders herzlich begrüßt, der erst kurz zuvor aus britischer Haft entlassen worden war.¹⁷ Ein britisches Militärgericht hatte ihn nämlich wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, die er allerdings nicht im Rahmen der 78. Division begangen hatte.¹⁸ Anfang 1952 war er faktisch begnadigt worden.¹⁹

Bis 1991 fanden die Divisionstreffen in Tübingen statt, und selbst 1985 kamen noch 700 Veteranen.²⁰ In der Einladungsbroschüre zum zweiten Treffen 1953 finden sich 41 Anzeigen örtlicher und regionaler Geschäfte und Gastwirtschaften,

davon zehn mit einem Hinweis auf die ehemalige Zugehörigkeit des Inhabers zur 78. Division. Die Veteranen wurden nach ihrer früheren Zugehörigkeit zu bestimmten Einheiten auf 14 verschiedene Tübinger Gastwirtschaften verteilt. In vier Lokalen davon trafen sich die ehemaligen Angehörigen der Regiments- und Bataillonsstäbe.

Seit Anfang der 1990er Jahre fanden die Divisionstreffen in der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw statt. Gastgeber war dort die Pateneinheit der ehemaligen 78. Division, das 251. Fallschirmjägerbataillon der Bundeswehr.²¹ Nach der Auflösung des Bataillons wurde die Patenschaft offiziellen Angaben zufolge nicht auf das dort neu eingerichtete berühmt-berüchtigte und geheim operierende „Kommando Spezialkräfte“ (KSK), die damals neue Eliteeinheit der Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr,²² übertragen. Der Traditionsraum der Veteranenvereinigung, der sich in der Kaserne befunden hatte, habe aufgelöst werden müssen. In ihm hatten Erinnerungsstücke und Devotionalien aus der Geschichte der Division gelegen. Lediglich ein Treffen zwischen „Kameradenhilfswerk“ und KSK habe es noch gegeben.²³

Jeweils am Vorabend des Volkstrauertages lässt die Stadtverwaltung an allen Kriegerdenkmälern in Tübingen selbst und in den eingemeindeten Dörfern ringsum Kränze bzw. Blumenschmuck niederlegen. Bis 1998 erfolgte die Kranzniederlegung am 78er-Denkmal durch den damaligen Kulturamtsleiter Dr. Wilfried Setzler, und zwar zusammen mit Mitgliedern des „Kameradenhilfswerks“ und Offizieren aus Calw²⁴ – in späteren Jahren ließ Setzler übrigens in seiner Eigenschaft als Professor für geschichtliche Landeskunde an der Universität Tübingen seine Studentinnen und Studenten kritische Seminararbeiten über den Umgang mit der Nazivergangenheit in Tübingen schreiben, auch über derartige Kranzniederlegungen.²⁵

Halten wir also bis hierher fest: In Tübingen war 120 Jahre lang nicht nur Militär präsent, sondern auch die militärische Traditionspflege. Zwar war in den drei Tübinger Kasernen nach 1945 kein deutsches Militär mehr stationiert, sondern französisches, aber die französische Garnison beteiligte sich in den späteren Jahren an den Treffen des „Kameradenhilfswerks“ der 78. Division, und zwar durch ausgewählte Vertreter bei Empfängen.

Angeregt durch die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, die 1995 in Stuttgart gezeigt wurde, habe ich mich gefragt, ob auch die 78. Division Kriegsverbrechen in der Sowjetunion begangen hat. Denn

sie hatte zur Heeresgruppe Mitte gehört, aus deren Bereich die Ausstellung zahlreiche Verbrechen dokumentierte. Eine Recherche im Bundesarchiv Militärarchiv in Freiburg führte rasch zu der Erkenntnis, dass die Division im Rahmen eines Rückzugsgefechts 80 km westlich von Moskau im Januar 1942 die Strategie der verbrannten Erde angewandt hatte. Ziel war, Dörfer, die sie räumte, nicht unzerstört der Roten Armee zu hinterlassen.

Im Rahmen der Rückzugsaktion (Zurückverlegen der Hauptkampflinie), die die Division zwischen dem 14. und dem 24. Januar 1942 unter dem Decknamen „Winterreise“ durchführte,²⁶ zerstörte sie eine größere Anzahl russischer Dörfer.²⁷ Holzhäuser, Scheunen und Futtermittelvorräte, die nicht mitgenommen werden konnten, wurden verbrannt und Steinhäuser geschleift. Wo das nicht möglich war, wurden die Fenster eingeschlagen und die Öfen zerstört. In seinem Abschlussbericht vermerkte der damalige Divisionskommandeur Völckers noch, dass die Division durch die Straßen- und Abschnittskommandanten „auch bereits die gesamte wehrfähige Bevölkerung und die noch vorhandenen Viehbestände hinter die neue Hauptkampflinie“ zurückgeführt habe: „Ergebnis: ca. 300 bis 400 wehrfähige Männer und 200 bis 250 Stück Groß-Vieh.“²⁸ Die Männer zwischen 15 und 65 Jahren sollten dann in deutsche Kriegsgefangenenlager eingeliefert und die übrige, nun obdachlos gewordene Bevölkerung aus der von der Division geschaffenen „wüsten Zone“ abgeschoben werden.²⁹ In dem betreffenden Gebiet zwischen Rusa und Gshatsk herrschten damals 30 bis 40 Grad minus,³⁰ über das Schicksal der Männer, Frauen, Kinder und Greise ist nichts bekannt, man muss jedoch das Schlimmste befürchten.³¹ In den im Freiburger Militärarchiv vorhandenen Akten der 78. Division ist die Aktion „Winterreise“ gut dokumentiert. Ein ehemaliger Obergefreiter der Division hat die Zerstörung der Dörfer später bestätigt und seinen Bericht in sowjetischer Kriegsgefangenschaft so zusammengefasst: „Abends war es ein furchtbarer Anblick, wenn der ganze Horizont rot war vom Feuerschein der brennenden Ortschaften. Man muss bei dieser sinnlosen Zerstörung noch bedenken, daß doch gerade um diese Zeit die grösste Kälte herrschte, und die Bevölkerung somit restlos der Kälte preisgegeben wurde. Es wurden so sämtliche Ortschaften zwischen Rusa und Gshatsk sinnlos zerstört. Dies geschah alles im Dez. und Januar 1941/42.“³²

Die Veröffentlichung der Aktenfunde im „Schwäbischen Tagblatt“ Tübingen³³ sowie einer Zeugenaussage des ehemaligen Angehörigen der Division, der das, was er in sowjetischer Gefangenschaft gesagt hatte und was in den Akten stand,

bestätigte,³⁴ führte zu einer kontrovers geführten Diskussion in Tübingen. Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und „Kameradenhilfswerk“ wurde kritisiert. Insbesondere die Kranzniederlegungen durch die Stadtverwaltung am 78er-Denkmal gerieten in die Kritik, obwohl zu Ihnen nicht (mehr) öffentlich eingeladen wurde. 120 im Jahr 1996 der Redaktion des „Schwäbischen Tagblatt“ zugesandte Leserzuschriften befassten sich mit der NS-Vergangenheit, knapp die Hälfte hiervon betrafen die 78. Infanterie-Division.³⁵

Im Rahmen der Kontroverse kam es zweimal zu öffentlichen Manifestationen. Am Volkstrauertag 1995 wurden die Besucher der Trauerfeier des „Volksbunds deutsche Kriegsgräberfürsorge“ auf dem Tübinger Bergfriedhof durch Flugblätter und ein Transparent an die „Verbrechen der 78. Division“ erinnert,³⁶ und am internationalen Antikriegstag 1996, dem 1. September, wurde das Ehrenmal auf der Neckarinsel symbolisch verhüllt. Auf der Stoffhülle stand „DENK-MAL“, dazu wiederum ein Hinweis auf die Verbrechen der Division und ihre Opfer unter der sowjetischen Zivilbevölkerung.³⁷

Im Einladungsflugblatt³⁸ zur Manifestation vom 1. September 1996, zu der übrigens auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Reutlingen aufgerufen hatte, wurde zu einer Umgestaltung des Denkmals aufgerufen: „Die Verhüllung soll ein Denk-Anstoß sein für ein Denkmal, das an die Verbrechen der 78. Infanterie-Division erinnert, aber auch an den Umgang mit der (Wehrmacht-) Geschichte in Westdeutschland seit den fünfziger Jahren. In Zukunft sollen also weder das ‘Kameradenhilfswerk’ [...] noch die Stadt Tübingen am Vorabend des ‘Volkstrauertages’ ihre üblichen alljährlichen Kränze am ‘Ehrenmal’ niederlegen (können). Stattdessen soll das neue Denk-mal! zum Erinnern an die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust auffordern und zum Gedenken an die Opfer beitragen. Es soll auch zum Weiterdenken einladen, zum Lernen für eine friedliche Zukunft, zum Engagement gegen Kriege und Kriegsverbrechen. Setzen wir ein erstes Zeichen: Brechen wir mit einer unseligen Tradition!“³⁹

In einer der Ansprachen während der Veranstaltung am Denkmal wurde die Zielsetzung der Initiatorinnen und Initiatoren noch einmal erläutert: „Es wäre unseres Erachtens zu einfach, einfach nur den Abriss [des Denkmals] zu fordern, [...] weil dieses Denkmal nicht nur – wie es in der Inschrift heißt – an die ‘toten und vermissten Kameraden’ erinnert; so, wie es hier steht [...], erinnert es auch an den Umgang mit der Vergangenheit in Tübingen.“ Deshalb müsse das Denkmal so umgestaltet, beziehungsweise so in einen künstlerischen Kontext gestellt wer-

den, dass der historische Kontext, die Geschichte des Denkmals, künstlerisch sichtbar gemacht werde. Die Initiatoren schlugen vor, „daß ein künstlerischer Wettbewerb ausgeschrieben wird. Wir haben keine fertigen Ergebnisse zu präsentieren und können der Stadt auch nicht vorschlagen, welche konkrete künstlerische Umgestaltung hier vorgenommen werden soll. Wir wollen einen offenen Wettbewerb, der dann zu einer Diskussion führt, die dann ihrerseits – hoffentlich! – Ergebnisse zeitigt.“⁴⁰

Wenige Tage nach der Verhüllung wurde die Metalltafel von Unbekannten demontiert und gestohlen.⁴¹ Mitte September 1996 ging dem „Schwäbischen Tagblatt“ ein anonymes Bekennerschreiben zu, das mit „Junge Pioniere der Roten Armee/Fraktion Tübingen“ unterzeichnet war und an den „antifaschistischen Widerstand der Roten Armee“ gegen die deutschen Invasoren erinnerte. Es nahm Bezug auf die zuvor erfolgte Verhüllung und deren Zielsetzung und erklärte die eigene Tat zum Vorschlag zur „längerfristigen Umgestaltung des Denkmals“. Dem Schreiben war ein Teil der Metalltafel beigefügt: Die Unbekannten hatten aus der Tafel einen fünfzackigen Stern herausgesägt und rot gefärbt. Es sollte ein Sowjetstern sein, der nach dem Willen der Unbekannten am Denkmal angebracht werden sollte, dort, wo vorher die Tafel hing.⁴²

Nun sah sich der damalige Oberbürgermeister Eugen Schmid, ein parteiloser Konservativer, selbst veranlasst, öffentlich Stellung zu nehmen: Zwar sei jetzt offenbar auch die 78. Division an Verbrechen beteiligt gewesen, gleichwohl sei es für ihn „naiv oder hinterhältig, um nicht zu sagen ungeheuerlich, nunmehr ein totales Verdammungsurteil über ganze Wehrmachtseinheiten und kollektiv über alle ihre Angehörigen zu fällen. Was die ‘Denk-Mal’-Aktionisten systematisch angezettelt und heuchlerisch begleitet haben, ist einfach eine Schande. [...] Ich empfinde die Arroganz dieser Nachgeborenen verletzend, ja unerträglich. Die Inszenierung läßt jede Achtung vor dem humanen Erbe aller Kulturen vermissen, nämlich der Toten, auch der Toten eines Krieges, in trauernder und wo nötig mahnender Würde zu gedenken.“⁴³ Ein Jahr zuvor hatte sich nach dem Volkstrauertag 1995 die damalige Erste Bürgermeisterin Gabriele Steffen, Mitglied der GRÜNEN, noch nachdenklicher geäußert. Sie hege Zweifel an der bisherigen Praxis der Kranzniederlegungen und halte es für problematisch, bei gefallen Soldaten von Opfern zu sprechen: „Das klingt so, als hätte das Sterben doch einen Sinn gehabt.“ Allerdings wünsche sie sich eine „eilvernehmliche Lösung“ mit den Veteranen-Verbänden.⁴⁴

Die Kontroverse um die Division, um das „Kameradenhilfswerk“, um die Zusammenarbeit der Stadt mit diesem und um die Totenehrung, führten dazu, dass das „Kameradenhilfswerk“ 1999 beschloss, sein Mahnmal, dessen Gedenktafel nun fehlte, demontieren und an einem anderen Standort wieder aufstellen zu lassen.⁴⁵ Damals gab es in Münsingen auf der Schwäbischen Alb noch einen Truppenübungsplatz. Am Rande des damaligen Truppenübungsplatzes, wohl noch im militärischen Sperrgebiet, stellte die Bundeswehr einen neuen Standort für das Denkmal zur Verfügung. Eine neue Gedenktafel mit altem Wortlaut sowie einem kleinen Hinweis auf die seinerzeitige Zerstörung der Tafel wurde angebracht. Fortan trafen sich die Veteranen auf der Schwäbischen Alb. Dort haben sie übrigens vor 15 Jahren auch einen Gedenkraum eingerichtet, denn die Bundeswehr schloss damals landauf-landab Traditionsräume von Veteranenvereinigungen. Man wollte sie schlichtweg nicht mehr in den Kasernen haben.

Durch den Bericht einer Historikerkommission zur Überprüfung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941–44“⁴⁶ wurde mir im Dezember 2000 bekannt, dass der Historiker Christian Gerlach in einem weißrussischen Archiv in Minsk weitere Akten der 78. Sturmdivision gefunden hatte. Denn in dem Bericht war auf die Funde Gerlachs Bezug genommen worden. Aus ihnen ergab sich, dass die Division, die damals als Sicherungseinheit eingesetzt wurde, ausweislich eines Kommandobefehls vom 22. Januar 1944 weitere Kriegsverbrechen begangen hat. Dem Befehl zufolge hatte die gesamte Zivilbevölkerung im Bereich der Division jeden Morgen bis 6.00 Uhr die Wege zu entminen: „Ich befehle daher, dass Wege, die von deutschen Truppen befahren werden müssen, täglich von *sämtlichen* Ortseinwohnern (einschließlich Frauen und Kindern) mit Kühen, Pferden und Fahrzeugen bis zur nächsten Kommandantur *zuerst* abgetrampelt werden.“⁴⁷ Man fragt sich, wie groß der Druck auf die Dorfbewohner war, dass sie sich derart in Lebensgefahr begaben. Wurden sie mit Waffengewalt zum „Abtrampeln“ der Wege gezwungen? Jedenfalls wurden viele Weißrussen durch derartiges Vorgehen der Wehrmacht von Minen zerrissen. Wie viele Menschenleben dabei auf das Konto der 78. Sturmdivision gingen, ist allerdings nicht bekannt. Außerdem fand Gerlach heraus, dass die Division an der Erfassung von weißrussischen Kindern für den „Reichseinsatz“ (also zur Zwangsarbeit) beteiligt war. Die Division „ließ vorsichtshalber auch die 7- bis 14-jährigen Kinder registrieren“⁴⁸.

Anfang Dezember 2000 veröffentlichte das „Schwäbische Tagblatt“ die neuen Vorwürfe.⁴⁹ Dieses Mal gab es weit weniger Diskussionen in der Öffentlichkeit.

Nachdem das Denkmal abgeräumt und ein Großteil der Veteranen verstorben war, nahm man ohne große Diskussion zur Kenntnis, dass die 78. Division weißrussische Zivilisten als menschliche „Minensuchgeräte“ eingesetzt hatte. Die Reste der Gedenktafel wurden dann im Dezember 2013 im Neckar bei Tübingen entdeckt.⁵⁰ Die Stadtverwaltung erhob keine Ansprüche auf sie. Die Veteranen bekamen sie und brachten sie auf die Schwäbische Alb.

Es zeigt sich auch am Denkmal der 78. Division in Tübingen, was Meinhold Lurz⁵¹ beschreibt: „Nirgendwo anders stellt sich die Frage nach Sinn und Notwendigkeit von Kriegen so unmittelbar und drastisch wie vor den Denkmälern ihrer Opfer. Statt den Krieg und seine Verantwortlichen anzuklagen, verherrlichen Kriegerdenkmäler den Tod als Opfer, Heldentum und Tugend.“⁵² Den Initiatoren der Tübinger Manifestation vom 1. September 1996 ging es darum, dieses Verherrlichen unmöglich zu machen. Dabei diente ihnen die St. Johanniskirche in Hamburg-Altona als Vorbild, deren Kirchenvorstand die Umgestaltung des gemeindeeigenen Kriegerdenkmals aus den 1920er Jahren beschlossen hatte: „Durch die Umgestaltung muß erreicht werden, daß das Denkmal nie wieder als Ermutigung für militaristisches und nationalistisches Denken und Handeln in Anspruch genommen werden kann.“⁵³ Die Kirchengemeinde hatte sich auch auf Kurt Tucholsky berufen: „Jede Glorifizierung eines Menschen, der im Kriege getötet wurde, bedeutet drei Tote im nächsten Krieg.“⁵⁴

In Tübingen kam es leider nicht mehr zu einem künstlerischen Wettbewerb, der zu einer Umgestaltung des Denkmalensembles auf der Platanenallee hätte führen können und sollen. Denn zuerst wurde das Denkmal von Unbekannten stark beschädigt, und dann wurde es von seinen Urhebern selbst abgeräumt.

Und ganz zum Schluss noch ein Hinweis auf das Schicksal der vier anderen eingangs erwähnten Kriegerdenkmäler und Kriegergedenktafeln aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen: Das 180er-Denkmal von 1927 dient aufgrund seiner zentralen Lage in der Nähe eines Lebensmittelgeschäftes und der Tatsache, dass es Sitzgelegenheiten bietet, Jugendlichen als Ort für nächtliche Trinkgelage. Das 180er-Denkmal von 1937 ist nicht zugänglich, weil es an einer vielbefahrenen Straße liegt. Es wird deshalb nicht wahrgenommen. Die Gedenktafel für die „Hohenzollernfüsilier“ von 1936 befindet sich immer noch im ehemaligen Mannschaftsgebäude, in das inzwischen Eigentumswohnungen eingebaut wurden. Die Eigentümergemeinschaft beschloss, die Gedenktafel mit einem kritischen Hinweis und einer historischen Einführung zu versehen. Und die Tafel für die „Ho-

henzollernfüsilierere“ von 1939 schließlich lagert nach ihrer Demontage nun schon seit Jahren in einem städtischen Magazin.

Aber es gibt noch eine weitere Gedenktafel, nämlich für die Gefallenen des Infanterieregiments 35. Dieses hatte zur 25. Infanterie-Division gehört und war in Tübingen aufgestellt worden. Die Gedenktafel trägt das Motto der Division „Furchtlos und treu“, dasselbe Motto übrigens, das auch das 180. Regiment hatte, sowie die Worte: „Regiment 35 – unseren Gefallenen und vermissten Kameraden“. Da das 35. Regiment 1934/35 in der nachmaligen Hindenburgkaserne aufgestellt worden war, brachte sie der „Kameradenkreis 35. Regiment“ 1982 vor der ehemaligen Hindenburgkaserne, in der damals französisches Militär stationiert war, an. 1999 wurde sie vom „Kameradenkreis“ von dort entfernt und später mit Genehmigung der Stadtverwaltung in einem versteckten Winkel des Tübinger Bergfriedhofs, allerdings in der Nähe des Eingangs, wieder angebracht. Soweit bekannt, lässt die Stadtverwaltung an diesem „privaten“ Denkmal keine Kränze niederlegen. Auch das 35. Regiment war an Kriegsverbrechen in der Sowjetunion beteiligt. Der „Kameradenkreis“ löste sich 2004 auf. Die Öffentlichkeit hat dessen Gedenktafel offenbar nie zur Kenntnis genommen, trotz eines Aufsatzes über das Regiment und seine Tafel von 2009.⁵⁵

Anmerkungen

- ¹ Dieser Aufsatz basiert auf einem früheren Beitrag des Autors: Streit um das Erinnern – Streit um das Gedenken, in: Erinnern gegen den Schlußstrich. Zum Umgang mit dem Nationalsozialismus (= Geschichtswerkstatt, Band 29), Freiburg i.Br. 1997, S. 157-171.
- ² Chronik zur Stadtgeschichte auf der Homepage der Stadt Tübingen, Eintrag zum 31.3.1999: <http://www.tuebingen.de/2319.html#176.242> (zuletzt abgerufen am 25.1.2015).
- ³ Jens Rüggeberg, Zum Volkstrauertag etwas Immergrün. Vor dem Umbau der Thiepval-Kaserne ein Rückblick auf ihre Geschichte, in: Schwäbisches Tagblatt, 17.11.2001.
- ⁴ Evangelische Eberhardskirchengemeinde Tübingen (Hrsg.), Kirche im „Jenseits“, Kirche im Diesseits. 100 Jahre Eberhardskirche in Tübingen, Tübingen 2011.
- ⁵ Jens Rüggeberg, Zwei Tafeln für die Füsilierere. Im Loretto-Areal gibt es nur wenige Spuren aus der Kasernen-Zeit, in: Schwäbisches Tagblatt, 13.11.1999.
- ⁶ Zur Tübinger Militärgeschichte vgl. auch Matthias Möller (Hrsg.), Still gestanden? Die Geschichte einer alten Kaserne, Tübingen 2009.

- ⁷ Zu den Gedenktafeln vgl. Rüggeberg 1999 (wie Anm. 5) und 2001 (wie Anm. 3) sowie Oonagh Hayes, Vor der Kaserne, vor dem großen Tor ... Das Ehrenmal für das 180. Infanterie-Regiment und die Thiepval-Gedenktafel: Zwei Treffpunkte zwischen Stadt und Garnison, in: Möller 2009 (wie Anm. 6), S. 75ff.
- ⁸ Die Kriegspropaganda prägte bereits 1915 den Begriff „Loretoschlacht“ – vgl. Die Schlacht von La Bassée und Arras im Mai 1915 (Loretoschlacht), Stuttgart und Berlin 1915 (= Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier, Zwölftes Heft).
- ⁹ Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 501, Fußnote 1190.
- ¹⁰ Berichte in Schwäbisches Tagblatt, 10.10.1959 und 12.10.1959. Zu Gmelin vgl. Jens Rüggeberg, Vom Nazi-Diplomaten zum Nachkriegsoberbürgermeister. Hans Gmelin und die Vergangenheit, die nicht vergeht. Demnächst abrufbar unter www.tuebingen.vvn-bda.
- ¹¹ Fachbereich Design der Fachhochschule Dortmund (Hrsg.), „Unseren tapferen Helden...“. Kriegs- und Kriegerdenkmäler und politische Ehrenmale. Dortmunder Beispiele, Essen 1987, S. 13; Rieth, Adolf, Denkmal ohne Pathos. Totenmale des Zweiten Weltkriegs in Südwürttemberg-Hohenzollern, mit einer geschichtlichen Einleitung, Tübingen 1967, S. 27.
- ¹² Vgl. Rudolf Wich (Hrsg.), Baden-württembergische Divisionen im 2. Weltkrieg, Karlsruhe 1957.
- ¹³ Vgl. u.a.: Kameradenhilfswerk der ehemaligen 78. Inf.- und Sturm-Division e.V. (Hrsg.), Die 78. Infanterie- u. Sturm-Division 1938–1945. Eine Dokumentation in Bildern. Aufstellung, Bewaffnung, Einsätze, Soldaten, Friedberg 1981, S. 5.
- ¹⁴ 1995 waren es nach eigenen Angaben 1.291 Mitglieder („Alte Kameraden“, Nr. 12/1995, S. 23).
- ¹⁵ Kameradenhilfswerk der ehemaligen 78. Inf.- und Sturm-Division e.V. 1981 (wie Anm. 13), S. 164.
- ¹⁶ Schwäbisches Tagblatt, 5.9.1988.
- ¹⁷ Kameradenhilfswerk der ehemaligen 78. Inf.- und Sturm-Division e.V. 1981 (wie Anm. 13), S. 164.
- ¹⁸ „Freiheit“, Nr. 29 vom 11.4.1947 (Exemplar im Stadtarchiv Wuppertal).
- ¹⁹ Auskunft der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 12.5.1995.
- ²⁰ Schwäbisches Tagblatt, 23.9.1985.
- ²¹ Kameradenhilfswerk der ehemaligen 78. Inf.- und Sturm-Division e.V. 1981 (wie Anm. 13), S. 168.
- ²² Zum Kommando Spezialkräfte vgl. u.a.: Tobias Pflüger, Die neue Bundeswehr. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg? Köln und Karlsruhe 1997; Arno Neuber, Waffendealer, alte Kameraden und Killer-Einsätze. Das Kommando Spezialkräfte in Calw, in: IMI-Standpunkt 2007/035, im Internet unter <http://www.imi-online.de/2007/04/23/waffendealer-alte-ka/> (zuletzt abgerufen am 8.2.2015); Verbrecherische Wehrmachtsdivision als mögliche Traditionsgeberin für das Kommando Spezialkräfte und die GSG 9, Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21.5.2007, Bundestagsdrucksache 16/5380, im Internet unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/053/1605380.pdf> (zuletzt abgerufen am 8.2.2015). – Übrigens bleiben selbst die Gefallenen des KSK geheim. Zwar werden im Ehrenmal der Bundeswehr am Bendlerblock in Berlin die Namen der Gefallenen der Bundeswehr an eine Wand projiziert, aber nicht aller: Die Namen der Gefallenen des KSK fehlen dort (mündliche Auskunft von Oberst Prof. Dr. Matthias Rogg, 6.11.2014).

- ²³ Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten Angelika Beer (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) am 9.1.1998, Bundestagsdrucksache 13/9674, im Internet aufzufinden unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/13/096/1309674.asc> (zuletzt abgerufen am 8.2.2015); Tobias Pflüger, Bundeswehr und „alte Kameraden“. Patenschaft oder nicht?, in: Wissenschaft & Frieden, Nr. 3/1999, im Internet auffindbar unter <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1383> (zuletzt abgerufen am 7.2.2015).
- ²⁴ Persönliche Beobachtung des Verfassers am Vorabend des Volkstrauertages 1996, 1997 und 1998. 1998 berichtete das „Schwäbische Tagblatt“ über eine „Ehrenformation“ der Bundeswehr bei der Kranzniederlegung (vgl. den Bericht vom 16.11.1998).
- ²⁵ Auskünfte von Studentinnen und Studenten an den Verfasser.
- ²⁶ Die Hauptkampflinie wurde nicht nur im Bereich der 78. I.D. zurückverlegt, sondern auch im Bereich der benachbarten Divisionen. Der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg hat die Operation übrigens literarisch verarbeitet. In einer Passage seines Romans „Sturm“ schildert er den Einzug von Rotarmisten in ein Dorf, das die Deutschen vor ihrem Rückzug niedergebrannt hatten (deutsche Übersetzung der vom Autor überarbeiteten russischen Ausgabe von 1965, Berlin, 2. Auflage 1987, S. 269ff.).
- ²⁷ In den erhaltenen Divisionsakten befindet sich eine „Tafel für Zerstörungen“ vom 2.1.1942, in der festgelegt wurde, wann welche Kräfte der Division welches Dorf zerstören sollen: BA/MA, Aktenbestand RH 26-78, Aktenband 36, Anlage A 18 zum Kriegstagebuch der Abteilung Ia der Division.
- ²⁸ BA/MA, RH 26-78/38, Anlage D 3 zum Kriegstagebuch, S. 4.
- ²⁹ Bes. Anordnungen zum Div.-Befehl Nr. 1/42 vom 1.1.1942, Anlage A 16 zum Kriegstagebuch des Ia, BA/MA, RH 26-78/36; Div.-Befehl Nr. 11/42 v. 17.1.1942, KTB-Anlage A 33, RH 26-78/36; Befehl des Ic vom 20.12.1941, KTB-Anlage A 3, RH 26-78/36.
- ³⁰ Eintragungen im KTB des Ia vom 14. bis 24.1.1942, BA/MA, RH 26-78/35; Eintragungen im KTB des Ib („Darstellung der Ereignisse“) vom 17. und 25.1.1942, RH 26-78/106; Kameradenhilfswerk der 78. Sturmdivision e. V. (Hrsg.), Buch der 78. Sturmdivision, Tübingen o.J. (1955, 2. Aufl. 1965), S. 145.
- ³¹ Vgl. auch den Befehl des Ia vom 27.12.1941, KTB-Anlage A 9, BA/MA 26-78/36: „Gegen Zivilbevölkerung, die Anzeichen feindlichen Verhaltens zeigt, sind schärfste Maßnahmen anzuwenden.“ (S. 2).
- ³² Bericht von Wilhelm Göbel aus Brombach (bei Lörrach) in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, abgedruckt in: Hannes Heer (Hrsg.), „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen“. Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995, S. 47f.
- ³³ Schwäbisches Tagblatt, 6.5.1995.
- ³⁴ Göbel gegenüber der Tübinger Lokalzeitung, in: Schwäbisches Tagblatt, 6.5.1995.
- ³⁵ Schwäbisches Tagblatt, 13.1.1997.
- ³⁶ Schwäbisches Tagblatt, 20.11.1995.
- ³⁷ Schwäbisches Tagblatt, 2.9.1996.
- ³⁸ Überschrift: „Vom Denkmal zum Denkmal! Zweite-Weltkriegs-Veteranen erinnern an ihre ‚Helden‘ und ‚Helden‘-Taten – wir erinnern an die Untaten der ‚Helden‘ und fordern: Schluß mit dem ‚Heldengedenken!‘“
- ³⁹ Flugblatt im Archiv d. Verf.

- ⁴⁰ Aus der Ansprache d. Verf. am 1.9.1996, nach einem Tonbandmitschnitt.
- ⁴¹ Schwäbisches Tagblatt, 10.9.1996 – Das „Kameradenhilfswerk“ behauptete fälschlicherweise, „daß am Sonntag, 1. September, anlässlich einer Kundgebung (...) unser Gedenkstein verhüllt und die Gedenktafel entwendet wurde.“ („Alte Kameraden“, Nr. 10/1996, S. 20).
- ⁴² Schwäbisches Tagblatt, 17.9.1996.
- ⁴³ Schwäbisches Tagblatt, 21.9.1996.
- ⁴⁴ Schwäbisches Tagblatt, 21.11.1995.
- ⁴⁵ Schwäbisches Tagblatt, 9.8.1999.
- ⁴⁶ Omer Bartov u.a., Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, November 2000, S. 80, im Internet unter http://www.his-online.de/fileadmin/user_upload/pdf/veranstaltungen/Ausstellungen/Kommissionsbericht.pdf (zuletzt abgerufen am 8.2.2015).
- ⁴⁷ Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 970 (Hervorhebungen im Original). Gerlach erwähnt noch zwei weitere ähnliche Befehle.
- ⁴⁸ Ebenda, S. 476.
- ⁴⁹ Schwäbisches Tagblatt, 9.12.2000.
- ⁵⁰ Schwäbisches Tagblatt, 9.1.2013.
- ⁵¹ Der Experte für Kriegerdenkmäler, vgl. Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland, 6 Bände, Heidelberg 1985 bis 1987, insbes. Band 6: Bundesrepublik, Heidelberg 1987.
- ⁵² Zit. n. Fachbereich Design 1987 (wie Anm. 11), S. 3.
- ⁵³ Aus dem Beschluss vom 29.3.1994, zit. n.: St. Johannisgemeinde Hamburg-Altona (Hrsg.), NEIN zum Kriegerkult. Dokumentation, Hamburg o.J. (1995), S. 7.
- ⁵⁴ Ebd., S. 7.
- ⁵⁵ Jens Kolata, „Rücksichtsloses und energisches Durchgreifen“. Die 25. Infanterie-Division und die sowjetische Bevölkerung im Jahr 1941, in: Möller, Matthias 2009 (wie Anm. 6), S. 83ff.

Autorinnen und Autoren

DR. SUSANNE ASCHE, Historikerin und Literaturwissenschaftlerin, Direktorin des Kulturamts der Stadt Karlsruhe.

DR. UTE FAHRBACH-DREHER, Kunsthistorikerin, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart, Dienstsitz Karlsruhe.

HANNES HEER, Historiker, Publizist und Ausstellungsmacher, Hamburg.

PROF. DR. BILL NIVEN, Literatur- und Kulturwissenschaftler, Professor für zeitgenössische deutsche Geschichte an der Trent-University von Nottingham.

PROF. DR. MATTHIAS ROGG, Berufssoldat und Historiker, Oberst und Direktor des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr in Dresden.

DR. RENÉ ROHRKAMP, Historiker und Archivar, Oberassistent beim Staatsarchiv in Eupen/Belgien, seit Dezember 2014 Leiter des Stadtarchivs Aachen.

JENS RÜGGERBERG, Jurist, VVN-BdA, beteiligt an der Auseinandersetzung um das Denkmal der „78. Infanterie- und Sturmdivision“ 1995/96 in Tübingen.

PROF. DR. SYLVIA SCHRAUT, Historikerin, Universität der Bundeswehr München.

JÜRGEN SCHUHLADEN-KRÄMER M.A., Historiker, Stadtarchiv Karlsruhe.

DAS SYMPOSIUM „DER ZWEITE WELTKRIEG – LAST ODER CHANCE DER ERINNERUNG? WIDERSPRUCH GEGEN DAS EHRENMAL DER 35. INFANTERIE-DIVISION IN KARLSRUHE“ GRIFF DIE BEGINNENDE DISKUSSION UM EIN LANGE ZEIT AUS DEM ÖFFENTLICHEN BEWUSSTSEIN VERSCHWUNDENES DENKMAL AUF.

1964 verwirklichten ehemalige Angehörige der 35. Infanterie-Division, die 1936 mit Divisionsstab in Karlsruhe aufgestellt worden war, ein Gefallenenehrenmal - nicht auf dem Friedhof, sondern an herausragender Stelle im öffentlichen Raum in Karlsruhe beim Haydnplatz. Dieses interpretiert den Krieg des nationalsozialistischen Deutschlands und ihrer Wehrmacht im Allgemeinen und die Beteiligung der 35. Infanteriedivision im Besonderen als Opfergang. Damals wollte kaum jemand in der bundesrepublikanischen Gesellschaft etwas davon wissen, dass die Wehrmacht insbesondere im Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion schwere Kriegsverbrechen verübt hat. Viele derjenigen, die als Beteiligte davon wussten, verleugneten es. Inzwischen hat die historische Forschung viele begangene Verbrechen offen gelegt. Seit der so genannten Wehrmachtssaustellung – *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* – hat der Erinnerungsdiskurs in Deutschland abermals eine Zäsur erfahren: Die Unterscheidung zwischen angeblich „sauberer“ Wehrmacht und „verbrecherischer“ SS lässt sich nicht mehr aufrecht erhalten.

Das Denkmal der 35. Division veranschaulicht den Umgang der frühen Bundesrepublik Deutschland mit der NS-Geschichte. Gleichzeitig fordert es dazu auf, auf der Basis des heutigen Wissensstandes eine öffentliche Diskussion darüber zu führen, an welche Ereignisse heute in welcher Form erinnert werden sollte und wie mit den Hinterlassenschaften früheren Gedenkens umzugehen ist.

Die acht Beiträge des Symposiums setzen sich mit diesen Fragen wie mit der Erinnerungskultur in Deutschland insgesamt auseinander.

